

Er scheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,30 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 25 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 2,30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 2 Mk. pr. Monat. Eingetr. in der Post-Beilage: Preisliste für 1895 unter Nr. 7128.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeile oder deren Raum 40 Pf. für Berlin- und Veranlagungs- und Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochenenden bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortlicher: Junt 1, Nr. 1508. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Mittwoch, den 20. Februar 1895.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

### Die soziale Lage in Italien.\*)

Dieser Hauptunterschied zwischen beiden Hälften Italiens bleibt nicht beim ökonomisch-sozialen Leben, sondern überträgt sich zugleich auf die politische Strömung.

Die militaristische Politik in ihrer hochtrabenden Art, welche auch koloniale Ausdehnung nicht durch praktische Arbeit erwarten mag, sondern immer dreinschlagen muß, ist eine Entwidlung von geringer Tragweite für die menschlichen Fortschritte, eine unbürgerliche Episode im „Kampfe zwischen den Gesellschaftsgruppen“, wie Nowikoff sagt.

Auf der anderen Seite ist die friedliche Politik des bescheidenen Wirkens, ganz der stillen Arbeit geweiht, segensreich für's Land, die Industrie, den Handel sowie für die natürlichen Kolonien Italiens in Süd-Amerika, ganz zweifellos die fortgeschrittenere. Sie zielt auf jene Zukunft der europäischen Völker hin, welche mit der Erfüllung des großen Ideals der „Vereinigten Staaten von Europa“ einsehen soll.

Crispi verkörpert nun weit entschiedener als sein Vorgänger die dynastische und militaristische Politik, welche unselig bisher der italienischen Monarchie immer folgen gemüht hat, welche außerhalb des Parlaments nach unserer Verfassung über die auswärtigen Beziehungen entscheidet, was auf die inneren nicht minder bestimmend wirkt. Damit empfangen wir noch einen Anlaß, aus dem heraus Süd-Italien, seinen sozialen Bedingungen nach der Militärpolitik günstig, einen ferneren Beweggrund mit Crispi zu sympathisieren findet. Seine Kolonialbestrebungen gehen denselben Pfad, von dessen Sittlichkeit er überzeugt ist und der seinem ausdauernden Gemüthe trefflich entspricht. „Italien kann kein Belgien im Großen spielen“, äußerte er einst in der Kammer, kennzeichnend für seine „größentollernde“ Politik.

In Ober-Italien meint man ganz im Gegenteil, daß uns der Dreibund direkt oder indirekt ungeheure Wehrlasten auferlegt. Seit 1870 hat Italien rund 8 Milliarden Franken für sein Militärbudget hingegeben, weil es Großmacht sein will. Ein Drittel dieser 6000 Millionen, in die Erde, in Kanäle, Verbesserungen und Ackerbaufolonien gesteckt, hätte den Reichthum und folglich die Kräfte des Landes verdoppelt. Ferner hält man im Norden, wo der praktische Blick scharf entwickelt ist, die Erythraische Kolonie für einen unnötigen Luxus, von dem kein Mensch ermitteln kann, nach welcher Richtung er sich einst in Nutzen verwandeln sollte. Ich schlug gelegentlich in der Kammer vor, dort eine Strafanstalt zu gründen, etwa als Pionier-Einrichtung zu gunsten freier Kolonisten späterer Zeit, und Crispi nahm es gut auf. Aber diese Gegend scheint selbst für die Stralänge zu schlecht zu sein. Wir opfern Leute und Geld auf ohne eine Ahnung, was dabei herauskommen wird, — oder besser: ohne einen Zweifel, daß alles blos verpulvert ist, — und bezohlen die fühl lassende Geunghung, daß General Baratieri den Ras Mangascha schlug, recht theuer.

Das wäre die andere Ursache, weshalb Nord-Italien, welches Crispi die Konsequenzen des Dreibundes bis zum Reißerfen treiben, 1890 den Abbruch des Handelsvertrages mit Frankreich mindestens beschleunigen gesehen hat, sich ganz

\*) Schluß des Leitartikels in Nr. 42 des „Vorwärts“.

vorniegend der äußeren wie kolonialen Politik, also auch ihrem Vertreter Crispi entgegensteht.

In bezug auf die inneren Angelegenheiten bewirkten gleiche Ursachen dieselben Ergebnisse.

Die Unterdrückung des sizilianischen Aufstandes, einem Soldaten und hundert Bauern das Leben kostend, ferner die gewaltsame Auflösung der sozialistischen Partei mit endlosen Prozessen im Gefolge, — das alles geschieht für die Interessen und Vorurtheile der Großkapitalisten. Naturgemäß sind diese Beherrscher gerade des südlichen Italiens dadurch in ihren Sympathien für Crispi sehr befehrt. So kam es, daß von den 16 Deputirten der Insel in der letzten Kammer nicht weniger als zehn direkt oder indirekt (sog. Berufsklienten) den Großgrundbesitz vertraten; ebenso stand es mit den anderen unteritalienischen Provinzen.

Jene Finanzgesetze aber, welche nächst dem Vorgehen gegen die Sozialisten das brennendste Objekt bilden, haben in der Hand Crispi's die kleine und mittlere Bourgeoisie schmerzlich getroffen, indem die Steuer des beweglichen Eigenthums von 13 auf 20 Prozent erhöht worden ist. Die Arbeiter wußte er heranzuziehen, indem die Abgaben für Salz, Petroleum und Zucker gesteigert wurden. Die Großgrundbesitzer dagegen erhielten die Vergünstigung, daß 100 Hektar eingezäuntes Getreide bis zu 7 Fr. Zoll anferlegt bekamen. Folglich wird nicht nur das Brot für Bourgeoisie und Proletariat entsprechend theurer, sondern auch den kleinen Landbesitzern kann der Aufschlag nichts helfen, weil sie ja das Korn selbst verzehren, was sie produzieren. Erst den großen Eigentümern, welche damit auf dem Markte erscheinen, fällt auf jene Art ein hoher Vortheil ganz umsonst zu, ohne daß sie die geringste Mühe deswegen hätten, wie z. B. mit vorheriger Verbesserung ihrer großen Wirtschaftsbetriebe.

So ist dargelegt, weshalb Crispi mit der Zustimmung aller süditalienischen Abgeordneten rechts, links und inmitten der Kammer rechnen darf, während Nord-Italien ihn von den Bänken der Konservativen, Fortschrittler, Radikalen und Sozialisten her einmüthig bekämpft.

Und dies erklärt zugleich etwas parlamentarisch Widerspruchsvolles. In sozialen Dingen beweisen sich Konservative und Männer von rechts überhaupt oft fortgeschrittenere, liberalere als ganz links Stenende. Denn letztere gehören größtentheils den südlichen Provinzen an und vertragen sich, mit nicht übertriebenen Ausnahmen, trotz ihres liberalen Heberwurfs in wirtschaftlichen und sozialen Fragen als viel weiter zurückgeblieben denn mancher norditalienische Konservative.

So steht es mit den Hauptelementen des politischen Lebens in Italien. Hier Crispi und die Oppositionsliga, dort die verschiedenartige Lage der Wirtschaftsklassen im Süden und Norden, die unter der allgemeinen Krise sich winden.

Welchen Ausgang darf man also nun den bevorstehenden Wahlen vorherjagen, die, während der Schlachtzug für und wider Crispi schallt, in Wahrheit zwei verschiedenen politischen Unterführungen zu folgen haben.

Zuerst erhebt ein ziemlich gewisser und mehr allgemeiner Punkt aus folgender Bemerkung: stellt der Süden (Sizilien und

eine Striche abgerechnet) für sich eine Mehrheit von Crispi nützlichen Abgeordneten, so wählt der Norden seinerseits eine große Majorität von Anti-Crispiniten.

Auch eine fernere Prophezeiung ist leicht gegeben: ob in der Gesamtzahl der neuen Deputirten, welche 508 beträgt, die als Crispiniten oder Anti-Crispiniten gewählten Männer vorwiegen, es ist sicher, daß die Kammer schon in den ersten Sitzungen oder doch nach kurzer Frist Herrn Crispi stürzen wird, aus den Gründen, die ich bei Behandlung der Oppositionsliga entwickelte.

Von den Bezeichnungen als Crispiniten und Nicht-Crispiniten aber abgesehen: wie dürfte das Wahlergebnis der Wahrscheinlichkeit nach für die bestehenden politischen Fraktionen ausfallen? Werden wir einen Triumph der Konservativen nach Art Rubin's erleben, oder einen der Radikalen, wie Cavallotti bestimmt erwartet?

Die positive Antwort auf solche Fragen muß sich zuvor mit zwei Unbekannten abfinden.

Deren erste ist nun, daß die Neuwahlen nach den durchgeführten und richtiggestellten Listen geschehen. Ein frisch erlassenes Gesetz, ebenfalls von Crispi erfunden, gestattet nämlich, eine Menge demokratischer Wähler auszumergen. Selbst in den Wahlkollegien, welche stets radikale oder sozialistische Deputirte erkoren, vermüthe ich manches unvorhergesehenes Ergebnis. Allerdings kann der Ausschluß demokratischer Stimmen gehoben werden durch das ungemaine Mißverhältnis allerwärts, in jeder Partei und Gesellschaftsklasse, und welches die Regierung nicht abzuschwächen versteht, sondern mit ihren fiskalischen Maßregeln noch anhäuft.

Die zweite Unbekannte ist die clerikale Betheiligung an der Wahlurne. Und das Problem des Merkantilismus ist für Italien bedeutungsvoll.

Da die schwarze Partei in Italien nun einmal das Gegengewicht wider die nationale Einheitsidee bildete, so kam es auch, daß gerade die Konservativen antikeritaler waren und sind, als selbst die Radikalen. Man erinnere sich, daß der Einmarsch italienischer Truppen in Rom am 20. September 1870 von einem rechtskonservativen Ministerium vom reinsten Wasser, dem Kabinett Ranza angeordnet wurde.

In den politischen Wahlen des Königreiches haben die Radikalen darum nie theilgenommen, am allerwenigsten aber sich als Partei konstituiert. In verschiedenen Gemeinden nahmen und nahmen sie dagegen ihre Rechte wahr und bekamen denn hier und da wirklich die betreffende Verwaltung in ihre Hände.

Das Aufkommen einer sozialistischen Partei auch in Italien vor erst zwei bis drei Jahren, von dem Programm und der Taktik des marxistischen Sozialismus geleitet, hat selbstverständlich einen engeren Zusammenschluß der konservativen Elemente veranlaßt, wie ich es in einer Kammerdebatte im Dezember 1893 schon vorherjagte. Indessen bietet Italien die Sondererscheinung, daß seine Bourgeoisie, ohne größere Ausdehnung und daher sehr häufig den Finanzinteressen und politischen Wünschen des Großgrundbesitzes zum Opfer gebracht, dem Sozialismus fortwährend ein Kontingent zuführt, auf das in Deutschland oder Frankreich nicht einmal der größte Trummer rechnen dürfte. Lehrer an Universitäten, höheren und Mittelschulen, Fachgelehrte (so namentlich

### Feuilleton.

(Nachdruck verboten.)

### Skizzen aus dem südamerikanischen Hinterlande.

Ein Blatt

südamerikanischer Geschichte.

„Und Du hast entschieden Recht,“ stimmte ihm Ricanor Godoy zu, der zu seiner rechten Hand saß, „ich bin entschieden Deiner Meinung. Was uns Paraguagern noth thut, ist ehrlische Arbeit; und dazu können wir unsere Bevölkerung nicht durch eine Revolution zwingen. Möge der Vater und die Mutter durch ihr gutes Beispiel im Hause ihren Kindern voranleuchten, so werden wir in einem Menschenalter eine vernünftige Regierung und gesunde Verhältnisse überall haben, und auf einer solchen Basis sollten wir unsere Aufgabe zu vollenden suchen. Das ist meine Meinung. Aber ich bin auch ein Republikaner vom reinsten Wasser; wenn die Mehrheit gegen mich ist, so werde ich mich schweigend dem unterwerfen, was sie beschließen sollte. Sollte unsere Mühe umsonst sein, und wir nutzlos unser Blut zum Opfer bringen, so soll unsere Nachkommenschaft das vollbringen, was wir vergebens versuchten, das Heil und die Rettung unseres Vaterlandes. Ich bin Cuor auf jeden Fall.“

Die schöne Frau Concepcion fühlte sich auch berufen, ihre Meinung zu äußern:

„Sie machen zu viel Aufhebens, meine Herren,“ sagte sie, „und Sie überschätzen die Schwere Ihres Wagnisses gegen eine so verlockende Regierung, wie es die unsere ist, zu Felde zu ziehen. Wenn Sie wüßten, mit welcher Aufregung und welcher Freude Sie von fast der ganzen Bevölkerung erwartet werden. Was riskiren Sie? Ich glaube, Sie werden keinen Tropfen Blut zu vergießen haben, und es wird kein Schwertschlag nötig sein,

um Sieger zu werden. Sie haben alle Vortheile für sich. Sie haben die besten Kräfte bei Ihnen, die das Land aufzuweisen hat. Sie haben alle alten Krieger, die von einigem Auf sind, die drei besten Generale aus dem letzten Kriege sind bei Ihnen; und wenn Sie wirklich etwas darauf geben sollten, zu wissen, daß unsere Gesellschaft mit Ihnen sympathisirt, so nehmen Sie es für sicher an, daß ich im Namen der Frauen von Asuncion und den Mütter ihrer Söhne spreche . . . sehen Sie sich um, meine Herren! Alte Krieger, Sie sehen den General Caballero, und der Nachwuchs unserer Jünglinge,“ sie wies auf Silvano, der leuchtenden Blickes ihr folgte, „sind unserer Meinung. Denken Sie nicht lange darüber nach, Ihre Ideen der ehrlischen Arbeit können Sie besser verwirklichen unter einer ehrlischen Regierung, als unter einer unehrlischen. Ich will die erste sein, die dem einzziehenden Sieger den Vorbezug überreichen wird.“

Es sprach einer nach dem andern. Der Gemahl Concepcion's sprach von den furchtbaren Diebstählen, die die Regierung beging; von dem englischen Gelde, das sie schamlos unter ihre Anhänger vertheilte, statt es für Ackerbau und Beförderung des Handels und Gewerbes anzuwenden. Der General erzählte, daß er eigens deshalb nach Barrero Grande gekommen sei, um seine schwachen Kräfte der nationalen Erhebung zu weihen. Auch Silvano Godoy sprach und entschuldigte sich damit, daß er als jüngster seine Meinung laut werden lasse. Er sprach ziemlich verwirrt und brachte ab und zu erlösend den Namen von Frau Gill mit dem Gegenstande in Verbindung und endete damit, daß er sich für eine Revolution erklärte. Der Schluß des langen Hin- und Herredens war in der That die Abstimmung zu gunsten einer möglichst bald zu bewerkstelligenden bewaffneten Erhebung.

Ricanor Godoy na! a seinen Bruder beim Hinausgehen aus der Versammlung sei.

„Willst Du mir ein Wort erlauben, Silvano, als älterer Bruder . . .“

„Was willst Du . . .“

„Ich will Dir nur den Rath geben, Dich nicht von schönen Augen verblüffen zu lassen. Wenn Du zehn Jahre

älter bist als heute, wirst Du vielleicht ganz anders denken als heute über Weiber . . .“

„Ich weiß nicht, was Dich zu solchen Worten berechtigt . . .“

„Eine sehr einfache Sache . . . Du hast Dich von Frau Concepcion's schönen Augen übertölpeln lassen . . .“

„Bruder . . .“

„Nun, dann will ich Dir sagen, daß Du Dich in sie verliebt hast, wenn Dir das besser klingt . . . Hüte Dich . . . Du bist noch allzu jung, um verheirateten Frauen den Hof zu machen.“

Frau Concepcion schien sich dazu entschlossen zu haben, bei der Revolutionstruppe bleiben zu wollen. Da die Sache doch nicht über das Knie zu brechen war, und man allerlei Vorbereitungen zu treffen hatte, auch vorläufig die Zahl der Revolutionäre nicht genügte, vertrieb man sich die viele überflüssige Zeit durch kleinere Vergnügungen, Ausflüge zu Pferde, Bälle, und ab und zu durch die landesüblichen Fehjagden auf Rebhühner, die man dort so lange zu Pferde jagt, bis sie vollständig ermüdet sind.

Frau Gill nahm an allem theil. Bei dem Mandoviren der barfüßigen Rekruten hielt sie zwischen ihrem Manne und dem General, der die Oberleitung führte, auf einem zahmen Schimmel, und bei den Jagden war sie immer die erste hinter dem Rebhuhn her, begleitet in diesem Falle von dem jungen Godoy, der trotz der Ermahnungen seines Bruders seit dem Tage, daß er sie zum ersten Male gesehen, unbedingt zu ihrer Fahne schwor. Ihr Gemahl begleitete sie ungern bei diesen Jagden, weil er zu bequem war, und auch der General nahm zu viel Rücksicht auf sein beginnendes Embonpoint, als daß er der lebendigen Frau immer zur Seite geblieben wäre.

In einem schönen Morgen ritt man wieder aus. Die militärischen Exercitien, die gleich bei Tagesanbruch begonnen hatten, waren nach einer kleinen Stunde beendet worden, und gleich darauf ritt die kleine Gesellschaft, bestehend aus Frau Gill, den beiden Brüdern Godoy's, dem General, Gill und einem halben Duzend anderer Personen, in den Kamp hinaus, um der kleinen Jagd zu fröhnen.

Verste und Kundliche) und Kleinfischer sind unzählbar in der Partei vertreten. Und weil hier außerdem die Industriearbeiter in der Bevölkerung kein wesentliches Kontingent stellen, so ist der Zulauf zum Sozialismus von der niederen und mittleren Bourgeoisie her fast so groß wie etwa seitens der Erdarbeiter.

Die übrigen Bourgeois von einer gewissen Wohlhabendheitsstufe aufwärts sammt den Großkapitalisten, die selbstverständlich alles andere sind als Sozialisten, sitzen in der unangenehmsten Allemne. Ihre patriotische Feindschaft mit dem Merkantilismus, bis heute in der Gesetzgebung ausgebrochen, — ich nenne die Aufhebung der Ordensgesellschaften, die Säkularisation ihrer Besitztümer bis zum Betrage einer Milliarde, Entfernung des Religionsunterrichts aus den Schulen — alles Konsequenzen des Streites für die nationale Unabhängigkeit gegen die weltliche Herrschaft der Päpste, hat ihnen die schweigende oder förmliche Unterstützung durch die katholische Kirche entzogen. Diese aber verfiel unter den Bauern immerdar über einen bestimmten Einspruch.

Es ist doch schon vorgekommen, daß die Merkantilen ebenso wohl sich weigerten, für die höhere Bourgeoisie oder die Grundherren den Bauern die Jagel anzustellen, wie sie es gelegentlich auch wieder befohlen haben. Und in Venetien haben sie einen katholischen Sozialismus gefördert, wobei es ihnen eines schönen Tages passiren wird, daß der Landmann, um ganz Sozialist zu bleiben, seinen Katholizismus fahren läßt.

Hieraus stammt die Nothwendigkeit für die Konservativen und selbst Fortschrittler im Süden, mit der Merkantilen Partei sich zu vertragen. Hieraus erklärt sich die berühmte Ansprache des Herrn Crispi in Neapel vom verflochtenen August „mit Gott und dem Könige fürs Vaterland“ — übrigens eine Nachbildung der preussischen Devise.

Ganz Italien, die Fortschrittler des Nordens als Merkantilenfeinde voran, war unbehaglich erstaunt über das unerwartete Beginnen Crispi's, der mit seinem linken Fuße dabei als Hochgraduirter in der Freimaurerloge steht, die doch den Gipfel des Antimerkantilismus bedeutet, — der 1890, ebenfalls als Ministerpräsident, in Rom unter außerordentlichen Umständen gegen das Pfaffenwesen ein Dekretal Giordano Bruno's, des Märtyrers der Gedankenfreiheit, aufrichten ließ!

Alein so geschwind sind Merkantile und Vatikan der neuen Einladung nicht gefolgt. Theils brannten sie ihre Blöße für die überhandnehmende Verfolgung, theils wissen sie recht wohl, daß die politische Kraft der Bourgeoisie und des Magnatenthums noch vorhält. Sie warten also ruhig ab, daß diese Parteien im Kampfe mit dem Sozialismus sich erst ordentlich erschöpfen, der in dichten Massen, täglich wachsend, zur Einnahme der öffentlichen Macht anrückt. Warrakaden legt die Artillerie bald weg, — seine Waffen sind die gesetzliche Propaganda und ihre Wahlergebnisse. Die Merkantilen legen sich keine Stunde früher ins Mittel, als ihnen nicht der Löwenanteil an der künftigen Herrschaft über Italien deutlich winkt.

Zur Zeit scheinen sie trotz Crispi's Entgegenkommen nicht als organisierte Fraktion an die Urne treten zu wollen. Damit wird aber die Voraussage in bezug auf das Endergebnis je nach der Partei wesentlich sicherer.

Die Radikalen und Sozialisten, welche bei den nahenden Wahlen weniger getrennt und gegensätzlich agiren werden, da der Ruf nach gemeinsamer Vertheidigung der einfachsten politischen Rechte schwerer wiegt, besonders einem Crispi gegenüber, — sie werden ihre Mandate allermindestens aufs Doppelte bringen. Vielleicht aber darf die äußerste Linke, die augenblicklich nur aus fünf Sozialisten und fünfundsiebzig Radikalen besteht, künftig auf fünfzehn Sozialisten und neunzig Radikalen zählen.

Es giebt Leute, die da glauben, unter so bewandten Umständen könnte die berühmte Prophezeiung Mazzini's (1872) wahr werden, wonach „Crispi der letzte Minister der Monarchie sein wird“. Ich meine jedoch, daß die Frage, ob Republik oder Monarchie, in Italien weit weniger brennend ist, als die wirtschaftlichen Fragen. Nur in der Romagna, der Lombardie und in Ligurien, also im Norden, giebt es eine ausgesprochene republikanische Partei. Aber sie verbeißt sich in die formalpolitischen Formeln Mazzini's und gewinnt deshalb keinen Boden, sondern verplümmt. Will sie sich aber an den großen ökonomischen Fragen betheiligen und somit an der Verbesserung der sozialen Verhältnisse mitwirken, dann mag sie früher oder später in der großen sozialistischen Partei aufgehen.

Auch die Konservativen haben Aussicht auf Zuwachs an Eichen, und vermuthlich wird diese Partei das politische Erbe Crispi's antreten.

Gerings oder gar keine Vortheile werden die Gruppen der Mitte und des linken Flügels ernten, welche das öde politische Quacksalberthum darstellen. Gdohiens sind sie bis zum opportunistischen Handelsbetriebe gediehen.

Denn — und das sei mein letztes Wort, — es ist unverkenn-

bar, daß Crispi durch seine Ingegniosität und seinen Auersinn die Wirkung zweier großer Lager bewirkt hat, wie sie sich nun in allen Ländern und am deutlichsten in Belgien bilden: des konservativ-merkantilen (katholischer oder protestantischer Konfession) drüben und des demokratisch-sozialistischen hieben. In ihnen trennen sich die beiden Elemente des wirtschaftspolitischen Lebens: Kapital und Grundbesitz auf einer Seite, und auf der andern die schaffende Arbeit.

Prof. Enrico Ferri.

## Politische Ueberlicht.

Berlin, 19. Februar.

**Aus dem Reichstage.** Die Debatten über den Etat des Reichsamts des Innern nahmen heute noch die ganze Sitzung in Anspruch. Von unseren Genossen Willenberger, Kühn (Langenbielau) und Hofmann wurden noch zahlreiche Beschwerden über die Ausführung der Unfallversicherung, und von dem ersteren besonders darüber, daß die lange versprochene Novelle zum Unfallgesetz noch immer nicht von der Regierung eingebracht sei, vorgebracht.

Eine Anzahl Redner anderer Parteien brachten ebenfalls eine ganze Reihe von Wünschen über alles Mögliche und noch Einiges vor. Herr v. Böttcher nahm alle diese Wünsche mit gutem Humor entgegen, wobei der verehrte Herr sich geberdete, als sei von seinem baldigen Abgange in den letzten Wochen nie die Rede gewesen.

Die Sitzung zog sich bis kurz vor 7 Uhr hin. Morgen befinden sich auf der reich befestigten Tagesordnung u. a. auch der Jesuitenvertrag und der konservativ-antijemittische Antrag wegen Verbot der Einwanderung der russisch-polnischen Juden.

**Im Abgeordnetenhaus** wurde zu Beginn der Sitzung das Rentmeistergesetz beraten, durch das eine große Anzahl Beamter ihre Stellung verlieren können. Der Finanzminister versprach, daß dieselben keinen Ausgang ihrer Einnahmen haben werden. Er konnte aber die ihm diesbezüglich gemachten Einwürfe nicht widerlegen. Hiemitlich einzig war das Abgeordnetenhaus in der absässigen Kritik des neuen Stempelsteuer-Gesetzes. Der treffenden Rede des Abg. Richter, die wir ausführlich im Parlamentsberichte wiedergeben, wußten die Herren von der Rechten nur unartikulirte Laute entgegenzusetzen.

**Aus der Wahlstatistik über das Dreiklassen-Wahlssystem** macht die Korrespondenz im Ministerium des Innern darauf aufmerksam, daß die Wirkung der neuen Gesetzgebung bei den Landtagswahlen in den Städten ganz anders gewesen ist, als auf dem flachen Lande. Es umfaßte nämlich

	in den Städten	auf dem Lande
die I. Abtheilung	1888 3,29	1893 2,72
„ II. „	10,09	9,64

vom Hundert der Urwähler. Die Staatsregierung sieht, wie die Korrespondenz mittheilt, ihre Aufgabe durch die jetzt vorliegende statistische Arbeit nicht für beendet an, sondern wird nach wie vor den Verhältnissen, wie sie sich nach dem 1. April 1895 gestalten werden, ihre Aufmerksamkeit zuwenden. In welcher Richtung etwaige weitere Verbesserungen bezüglich der Wahlreform liegen werden, läßt sich demnach zur Zeit noch nicht bestimmen. Wir kommen auf diese Statistik noch zurück.

**Gegen die Tabaksteuer-Vorlage** hat die Kommission der Tabakarbeiter Berlins alle Gründe in einer Eingabe an den Reichstag zusammengestellt. Dieselbe wird morgen früh den Mitgliedern des Reichstages zugehen. Wir werden den Inhalt derselben in unserer nächsten Nummer in ihren wesentlichen Theilen zur Kenntniß unserer Leser bringen.

**Gegen die Umsturzvorlage.** Unsere Leser erinnern sich noch der am 7. Februar in den „Grenzboten“ veröffentlichten Erklärung einer Anzahl Professoren, Geisteslicher u. s. w. gegen die Umsturzvorlage, die auch wir ausführlich gebracht haben. Sie war unterzeichnet von Geheim-

Silvano blidte sie stumm an, ohne ein Wort zu sagen. „Oder sollte ich mich wirklich ernsthafter verletzt haben... am Ende doch... mein linker Knöchel beginnt erheblich zu schmerzen... Wollen Sie mir einmal behilflich sein, mir auf die Füße zu helfen... nein, lassen Sie, ich kann sicher nicht stehen...“

Silvano sprach noch immer nichts. Die Situation war ihm zu neu und ungewohnt.

Er war ein blutjunger Mann und in diesem Augenblick kreuzten sich alle möglichen Gedanken in seinem Kopfe, nur nicht die, daß er eine Frau vor sich habe, die Hilfe brauchte.

„Aber Sie sind merkwürdig ungeschickt, Silvano; Sie haben wohl noch nie mit Frauen zu thun gehabt.“ Und sie sah ihm dabei mit einem glühenden Blick in die Augen. „Sie thäten gut, mir den Strumpf vom Fuß zu ziehen und mir aus jenem Bach etwas Wasser zu holen, um meinen Schmerz zu lindern.“

Der junge Mann stürzte davon und brachte in seinem Gute Wasser und zog dann mit zitternden Händen den leichten Strumpf von ihrem Fuß.

„Da wo sie jetzt sind... schmerzt es mich; wollen Sie einmal die Stelle betasten...“

Er beugte ein kleines Schnupstuch und legte es auf den angegebenen Ort.

„Ich glaube ich fühle weniger Schmerz... ich danke Ihnen, mein guter Silvano... aber wir wollen noch ein wenig rasten... ich kann meinen Fuß noch nicht im Steigbügel halten... sehen Sie sich hierher... wissen Sie, daß ich schwer in Ihrer Schuld bin... weiß der Himmel, was aus mir geworden wäre, wenn mich das Pferd geschleift hätte...“

Silvano blieb stumm. Er mochte nur eine unbehilfliche Geste und mußte keine Antwort zu geben.

„Dab' ich je einen ungeschickteren Ritter gesehen, Silvano, als Sie... Sie scheinen nur mit Pferden umgehen zu können... Sie lassen sich ungeschickt die größten Schmeicheleien sagen und bleiben stumm dabei, als wenn sich das so gehörte.“

Silvano wurde zuerst blutroth, dann wieder blaß, näherte sich der Frau ein wenig mehr und sagte dann leise: „Sie bedenken nicht, was Sie sprechen, Seneca; die Lage ist gefährlich genug.“

Er hielt, wieder erröthend über seine Kühnheit, still. „Komisch sind Sie... also gefährlich für mich oder für Sie...?“

(Fortsetzung folgt.)

rath Förster, Pfarrer Naumann, Prof. Geisner, Adolf Wagner u. s. w. Jetzt schreibt der „Vossischen Zeitung“ Herr Dr. Karl v. Mangoldt in Dresden, der die weiteren nachträglichen Zustimmungserklärungen entgegengenommen hat:

„Der Erfolg war ein ganz überraschender. Täglich liefen und kamen noch ganze Stöße von Zuschriften ein, und zwar durchweg aus den Kreisen von „Bildung und Besitz.“ Unzählige Male lehren Ausdrücke der Zustimmung wieder wie „aus vollstem Herzen, aus ganzer Seele stimme ich der Erklärung zu“, „auf das bereitwilligste stelle ich Ihnen meine Unterschrift zur Verfügung“ u. s. w. Sehr bemerkenswerth ist, daß auch zahlreiche „Männer des praktischen Lebens“, Industrielle, Kaufleute, Ingenieure, Buchhändler, Aerzte, nachträglich unterzeichnet haben, so daß der Vorwurf, den einige Blätter den Unterzeichnerten gemacht haben, daß sie dem praktischen Leben fern ständen, nicht mehr zutrifft. Unter den Unterzeichnern befinden sich wiederum sehr zahlreiche evangelische Geistliche aus allen Theilen Deutschlands, dazwischen eine große Zahl Lehrer von Gymnasien und Realschulen. Von mehreren derartigen Instituten haben gleich die halben Kollegien unterzeichnet. Ebenso sind unter den nachträglich Unterzeichnerten eine Anzahl Richter und Rechtsanwälte; einer der ersten hebt besonders hervor, welche ungeheure Gefahr in der Vorlage für die Integrität des Richterstandes liege. Sogar ein Lehrer an einem Kadettenhause, Lieutenant d. R., verleiht seine volle herzliche Zustimmung zu der Erklärung. Ein Landgeistlicher schreibt: „Gott sei Dank — viel ich aus, als ich heute von dem Unternehmen las, an dessen Spitze Sie sich gestellt — daß endlich deutsche Männer sich finden, die die Regierung und Volksvertretung von dem Irrwege zurückrufen, den sie betreten haben. Die Umsturzvorlage darf nicht Gesetz werden. Die Verabsäumung des vierten Ständes hat schon begonnen, greifbare Gestalt anzunehmen, — da kommt diese unglückselige Vorlage! Auch im Namen des Christenthums und unseres Herrn selbst, der gerufen: „Kommt her zu mir alle, die ihr mühselig und beladen seid!“ — protestire ich gegen dieses Gesetz. Ich bin nur ein einfacher Landpfarrer, doch stelle ich Ihnen meinen Namen gern zur Verfügung.“ Ein anderer Geistlicher schreibt: „Wenn ein Kranken vor Schmerzen heult, soll man die Schmerzen heilen und ihn nicht den Mund zuhalten, sonst wird er rasend.“ Ein dritter Geistlicher bricht in folgende Worte aus: „Es ist mir ein persönliches Bedürfnis und es ist eine nationale und kulturelle Pflicht, gegen diese Vorlage ohne gleichen am Ende des 19. Jahrhunderts Zeugniß abzugeben.“ Ein Oberlehrer in einer Provinzialstadt Posen schreibt: „Unser Herr und Meister hat auch Kritik am Befehlenden üben müssen, um helfen zu können. Wie wollen wir kleinen Leute es anders machen? Im übrigen, je mehr man für seine Treue zur Kaiser und Reich bürgen kann, desto freudiger kann man unterschreiben.“ Ein Berliner Dr. phil. schließt seinen Brief mit den Worten: „Schlimm genug, daß es solcher Rundgebungen überhaupt bedarf, daß wir im Reichstag eine Vertretung haben, die fähig erscheint, die Freiheit der Forschung preiszugeben.“ Ein Ingenieur in der Provinz Hannover meint: „Ich halte es für Pflicht aller anständigen Leute, aus ihrer Zurückhaltung herauszutreten und ihren Willen frei und offen zu bekunden.“ Ein Arzt in Leipzig schreibt: „Es gilt das deutsche Volksthum zu heben, aber nicht es zu knebeln.“ Da es unmöglich ist, die nachträglich eingelaufenen Unterschriften alle zu veröffentlichen, so sei im folgenden nur eine kleine Auswahl bemerkenswerther Namen gegeben. Casar Kistall, Kaufmann und Schriftsteller in Leipzig; Ferdinand Avenarius, Herausgeber des „Kunstwart“ in Dresden; Dr. Arthur Schilling, Professor der Geschichte und Literatur an der Hochschule zu Karlsruhe; Dr. med. Brenneke, prakt. Arzt in Magdeburg; Prof. Dr. Buchner, Vorstand des hygienischen Instituts der Universität München; Stadtpfarrer W. Burdach in Gotha; Hauptpastor Diekmann in Wesselsburen; Prof. Dr. H. Boering, Gymnasialdirektor und Privatdozent in Groß-Bitterfeld; G. O. Erdmannsdorfer, Redakteur der „Deutsch-nationalen Ztg.“ in Düsseldorf; Ingenieur Theodor Fritsch in Leipzig-Randsh; Dr. Gustav Hartenstein, Vorsitzender des Gewerbegerichts in Stuttgart; Dr. G. Heyd, Professor an der Universität Heidelberg; Justizrath Höniger in Noworawl, Ehrenbürger der Stadt Noworawl und Provinziallandtags-Abgeordneter; Georg Hoffmann, Landgerichts-Direktor in Leipzig; Amtsgerichtsrath Nath Hermann Jarkow in Berlin; Dr. H. Kurella, Oberarzt an der Provinzial-Irrenanstalt zu Bries; Sanitätsrath Dr. Konrad Käster in Berlin; Pfarrer Dr. C. Lehmann in Hornberg i. B., Ausschussmitglied des evangelisch-sozialen Kongresses; Fabrikdirektor A. Lehmann in Nieder-Sachsen bei Berlin; Fabrikant Franz Limper in Neudlinghausen; Fabrikbesitzer F. Matthias in Hantsch i. B., weiland Reichsanwalt in Kreisid; Ray May in Heidelberg; Prof. Dr. Friedrich Paulsen in Berlin; Dr. Heinrich Röpler, Direktor der Gold- und Silberscheide-Anstalt in Frankfurt a. M.; Verlagsbuchhändler Gustav Ruprecht in Göttingen; Verlagsbuchhändler Wilhelm Kluprecht in Göttingen; Doktor der Staatswissenschaften; G. Schöpfer-Andt; Doktor der Staatswissenschaften in Heidelberg; Friedrich Spielhagen in Charlottenburg; Dr. Hermann Stolp in Charlottenburg; Stadtpfarrer Traub in Stuttgart.“

Herr Dr. v. Mangoldt schließt mit folgender Bitte:

„Die Bewegung gegen die Umsturzvorlage gewinnt auch in nichtsozialdemokratischen Kreisen von Tag zu Tag mehr den Charakter einer Volksbewegung großen Stils. Damit ist es für einen einzelnen ganz unmöglich, die Sache noch in der Hand zu behalten. Ich bitte daher freundlichst, mir weitere Zustimmungserklärungen nicht mehr zuzulassen. Dagegen ist von Gotha aus in den letzten Tagen durch Herrn Prof. Emminghaus und Genossen eine Petition an den Reichstag gegen die Umsturzvorlage in Umlauf gesetzt worden, die in vortheilhafter Weise alle Gegenstände zusammenfaßt. Ich möchte es daher allen Unterzeichnern der „Grenzboten“-Erklärung dringend ans Herz legen, von dieser Petition Kenntniß zu nehmen und, wenn es ihnen irgend möglich, für deren schnelle Verbreitung und Unterzeichnung in ihrem Kreise Sorge zu tragen. Und damit Glück auf! und frisch ans Werk!“

**Die „Wahlpflicht“.** Von den verschiedensten Seiten — natürlich den reaktionären Parteien — ertönt jetzt der Ruf nach Einführung der sogenannten Wahlpflicht mit einer solchen Ueber-

einstimmung, daß das Gesetz auf eine Verabredung zurückgeführt werden muß. Die Schreiber stellen sich unter Wahlpflicht natürlich das Bismarck'sche Ideal vor, daß jeder Wähler von einem Polizeidiener oder Gendarm aus dem Hause geholt und an die Wahlurne „geschleppt“ wird. Ohne diese, nach Behauptung ihres Erfinders, die „wahre Freiheit der Wahl“ verbürgende Form des Wählens ist es mit der Wahlpflicht eine bedenkliche Sache. Das hat sich in Belgien gezeigt, wo die Herren Reaktionen, um die „träge konservative Masse“ gegen die Sozialisten mobil zu machen, eine Geldstrafe auf das Nichtwählen setzten, und den bitteren Schmerz erleben mußten, daß die „träge konservative Masse“ in heißen Häusen sozialistisch wählte.

Das städtische Ransch-Ehrenbürgerrecht ist von den Anbetern der alten Reaktionisten hintennach doch als nicht genügend erachtet worden, und sie sind jetzt auf eine neue genaue Idee verfallen. Der Reichstag und der Bundesrath sollen den Ex-Abgott mit Verleihung des Reichs-Ehrenbürgerrechts in den April schicken.

**Oberpräsident Graf Stolberg** hat als Reichstagskandidat im Kreise Lfd. Dlehtlo sich auf alle Forderungen des Bundes der Landwirthe, selbst auf den Antrag Ransch verpflichtet.

An der Spitze des Juges ritt der General mit Concepcion, dahinter in einer zwanglosen Gruppe folgte die übrige Gesellschaft; etwas mehr abseits von ihr ritt Silvano, der, obwohl er den Kopf gesenkt hatte, doch keinen Augenblick eine Bewegung des vordersten Paares aus den Augen verlor. Man war eben dabei eine etwas vorspringende Waldkante, die in den Kampf hineinschnitt, zu umreiten, als vorne eine aus dem Walde hervorpringende Tiger-lage die beiden Vorderpferde erschreckte, daß sie sich auf einen Augenblick schraubend emporbäumten, dann in die Knieen stürzten, sich wieder emporrichteten, um im schärfsten Galopp um die Waldecke herum durchzugehen. Der brave General hatte alle Hände voll zu thun, um nach einigen Minuten seines Pferdes Herr zu werden; und unterdessen war Frau Concepcion, die augenscheinlich das ihrige nicht bändig konnte, aus der Blickweite verschwunden. Silvano hatte in demselben Augenblick seinem Pferde die Sporen eingesetzt und war ihr nachgaloppirt.

„Wo ist meine Frau...“ rief Herr Bantista.

„Mein Bruder ist ihr nachgeritten,“ antwortete ihm Nicanor Goboy, „und da beide vom rechten Wege abkommen könnten, werde ich diese kleine Waldzitate nehmen, um beide sicher zurückzuführen. Verweilen indessen die Herren hier einen Augenblick... ich kenne besser als jeder andere das Terrain.“

Und ohne eine Antwort abzuwarten, setzte er in einem alten verwachsenen Waldweg hinein und verschwand den Blicken der Jagdgesellschaft.

„Wir wollen wirklich vorziehen, auf sie zu warten,“ entschied sich Gill, „Goboy kennt jeden fußbreiten Weg hier zu Lande und wird uns die Ausreißer schon zurückbringen.“

Silvano Goboy war also so rasch er konnte dem Pferde von Frau Gill gefolgt, und erreichte es gerade in dem Augenblick, als sich der durch's rasche Reiten gelockerte Sattelgurt vollends löste und Frau Concepcion vom Pferde stürzte und im hohen Kamppras liegen blieb. Sie hatte sich, wie es schien, dabei einen Knöchel verletzt. Silvano hatte im selben Augenblick dem Durchgänger den Weg abgeschnitten, und führte ihn, nachdem er ihn am herabhängenden Zügel ergriessen hatte, zurück. Er stieg vor der im Gras sitzenden Frau ab und fragte sie, ob sie sich ernsthaft Leides gethan habe.

„Ich glaube nicht, mein Freund; ich werde wohl mit ein wenig Anstrengung wieder nach Hause kommen; ich bedauere nur, daß ich Ihnen so viel Mühe machen mußte.“

**Generalversammlung des Bundes der Landwirthe** betr. Nicht unangehen muß den Leitern des Bundes die Stellungnahme des Herrn v. Aldermann-Salisch gewesen sein; das offizielle Organ des Bundes, die „Deutsche Tages-Zeitung“, unterschlägt die Rede und die Resolution, die mit großem Beifall aufgenommen wurde. Auffällig erscheint es, daß die Zahl der Besucher des Zentralsalles so sehr übertrieben wird. Wenn die Blätter 6000, einzelne sogar 6000 Personen anwesend sein lassen, so vergessen sie ganz und gar, daß die Räume nur auf circa 3000 Personen polizeilich abgemessen sind; die Polizei und die Ordner waren mit großem Eifer bemüht, die Eindringenden fernzuhalten, trotzdem auf den Gallerien noch Platz in Hülle und Fülle vorhanden war.

**Wenn das ein Sozialdemokrat gesagt hätte!** Herr von Wangenheim leistete auf der Generalversammlung des Bundes der Landwirthe u. a. folgenden Satz:

„Geht es so weiter, so können wir getrost Deutschland in eine russische oder französische Hälfte theilen und im Kriegsfalle wird Deutschland ohne einen Kanonenschuß besiegt sein.“

Würde das ein Sozialdemokrat und kein „notleidender Bauer“ gesagt haben, so hätte man Ach und Weh ob des Landesverfalls geschrien. —

**Der Boykott ist ein spezifisch — sozialdemokratisches Kampfmittel**, dies wird von unseren unwissenden Gegnern stets behauptet. Wie wenig dies richtig ist, wird wieder einmal durch folgende Notiz erwiesen, die wir in der „Kreuz-Zeitung“ finden:

**Katholischer Boykott über Hamburg.** Die Hamburger Bürgerschaft hatte jede Unterstützung katholischer Gemeindefürsorge abgelehnt. Der „Anzeiger für die katholische Geistlichkeit Deutschlands“ bemerkt dazu: „Wäre es etwas Unmoralisches, wenn alle Katholiken über Hamburg den Boykott verhängten? Wir Geistliche sollten wenigstens zusammenstehen und in Hamburg so lange nicht mehr kaufen, als die Intoleranz gegen die katholischen Bürger fort dauert. Fast jede Woche werden uns ja von Hamburg aus alle möglichen Waaren angeboten; von jetzt ab sei die Karotte: Alle Hamburger Preisvorstände unbesehen in den Papierkorb! Und wenn noch einer von uns eine Rechnung in Hamburg zu bezahlen hat, so schreibe er bei Einzahlung des Betrages auf den Reupon der Postanweisung: Dies war die letzte Bestellung, so lange die Intoleranz der Hamburger Bürgerschaft gegen die Katholiken fort dauert. Ich bin überzeugt, daß dieses Mittel nicht versagen wird, einen tiefen Eindruck zu machen.“ —

**Nationalliberale Verlogenheit.** Die „Nat. Lib. Korr.“ stellt die Einnahmen unserer Parteikasse den Einnahmen der Generalkommission der Gewerkschaften gegenüber und schließt ihre durch Sachkenntnis nicht getrüben Bemerkungen folgendermaßen:

„Jedenfalls sind es ungeheure Summen, die alljährlich aufgebracht werden, und selbst wenn die Berliner Hauptkasse sämtliche Einkünfte der Partei auswies, würde der Aufwand für die einzige, der Hebung der ökonomischen Lage der Arbeiter zugewandte Ausgabe, die sich die Sozialdemokratie gestellt hat, nicht 12 pCt. der Einnahmen betragen.“

Wenn die Verlogenheit der Nationalliberalen Korrespondenz nicht bekannt ist, muß annehmen, daß die 72 000 M. Einnahmen der Generalkommission die Gesamtaufwendungen der deutschen Arbeiterkassen für gewerkschaftliche Zwecke annehmen. Fast eine ganze Anzahl deutscher Gewerkschaften alljährlich mehr verausgaben kann als die Generalkommission in den verflochtenen 2 1/2 Jahren, scheinen diese patentierten Sozialpolitiker nicht zu wissen. —

**Aus Württemberg.** Wie das Stuttgarter „Neue Tagblatt“ meldet, soll die Wahl des ultramontanen Rechtsanwalts Rembold, welcher wie bekannt mit 18, nach anderer Lesart mit 11 Stimmen im Bezirk Nalen über unseren Genossen Agster siegte, angefochten werden. Es sollen 9 Stimmen mehr zum Vorschein gekommen sein, als überhaupt Wähler abgestimmt haben. Es ist ferner bemerkbar, daß in drei Orten des Bezirks, die katholisch sind, bei der Stichwahl für Genosse Agster weniger Stimmen abgegeben wurden, als bei der Hauptwahl. Die Geistlichen müssen dort, wie es scheint, ihre Schäflein tüchtig bearbeitet haben, oder ist es etwas anderes? — Derselben Blatt zufolge soll die Wahl des Stadtschultheißen Haug von Langenau im Bezirk Ulm-Land von Seiten der Volkspartei angefochten worden sein, weil verschiedene Schultheißen die Lippen der letzten Reichstagswahl benutzten, statt neue Landtagswahlen anzufertigen.

**Die Thronrede,** mit der das norwegische Parlament heute eröffnet wurde, erwähnt die Differenzen zwischen König und Volksvertretung nicht. Von Gesetzesvorlagen werden in der Thronrede angekündigt solche über die Kontrolle der Produktion und des Verkaufs von Margarine, über den Walfischfang, über die Wehrpflicht in den nördlichen Landesteilen, über den Bau der Eisenbahn Bergen-Ostnorwegen-Christiania-Nord. Da die vermehrten Staatsausgaben neue Einnahmequellen nötig machen, wird eine Vorlage über eine Stempelsteuer auf Wechsel und andere Schuldscheine angekündigt. Schließlich erwähnt die Thronrede, daß noch bedeutende Summen nötig seien, bevor das Vertheidigungswesen als für zweckentsprechend geordnet angesehen werden könne. —

**Chauvinismus.** Die „Kreuz-Zeitung“ schreibt heute, um die Erbfeindschaft der Franzosen gegen die Deutschen abzuwehren, in Anlaß des Untergangs der „Elbe“ sei kein Wort des Beileids aus Frankreich zu uns herübergeflungen. Wenn auf der Redaktion der „Kreuz-Zeitung“ keine französischen Zeitungen gelesen werden, so kann natürlich auch kein Wort des Beileids — oder sagen wir richtiger: des menschlichen Mitleids, zu ihr gelangen sein. Wenn aber die „Kreuz-Zeitung“ sich die Mühe nehmen will, irgend welche französischen Blätter aus der Zeit nach dem Untergang der „Elbe“ zu lesen, so wird sie in allen noch viele Worte menschlichen Mitleids finden. Das letzte Hauptbild (zwei Seiten füllend) des „Journal Illustré“, ist z. B. dieser Katastrophe gewidmet. So ist der Chauvinismus — er schlägt den Daisfächer ins Gesicht, hat Schuppen vor den Augen und ein Brett vor dem Schädel. —

**Gegen die geheimen Fonds im französischen Etat** sind lediglich die Sozialdemokraten energisch aufgetreten. Genosse Prudent beantragte ihre Aufhebung und behauptete, dieselben würden an Revolutionärs-Journalisten vertheilt. Der Minister bekämpfte diesen Antrag und versicherte, die geheimen Fonds würden für den Dienst der öffentlichen Sicherheit verwendet. Obert fragte, ob die Regierung entschlossen sei, die Expressionsangelegenheit zu verfolgen. Der Justizminister versicherte, alle Schuldbücher würden vor Gericht gestellt werden. Der Antrag Prudent wurde mit 868 gegen 120 Stimmen abgelehnt und das Kapitel „geheimen Fonds“ genehmigt. —

**Genosse Jaurès über die Unterrichtsfrage.** Man schreibt uns aus Paris unterm 16. Februar: Eine Rede, die abends wieder lange im Lande nachzittern, die so mancher zu bekämpfen, aber niemand zu widerlegen vermögen wird, ist die gelegentlich der jüngsten Unterrichtsdebatten von unserem Genossen Jaurès gehaltenen Rede, deren innerer Gehalt, hoher Gedankenflug und vollendete Form selbst auf die Gegner so mächtig einwirkte, daß sie ihr die Anerkennung nicht verweigern konnten und unwillkürlich Beifall klatschten. Und doch hat er on dem Liberalismus unserer Bourgeoisie eine ebenso vernichtende Kritik wie an dem Merkantilismus geübt, wie dies übrigens der

Leser selber beurtheilen mag. Jaurès führte nämlich, auf den Kampf der Merkantilen gegen die Schulgesetze hinweisend — ich gebe nur den Hauptinhalt wieder — im wesentlichen folgendes an:

„Um das Fülliment der Schule vorzubereiten, sucht man den weltlichen Unterricht bis in seine Quelle, die dem Wissenschaftler ist, zu discrediren. Man spricht so viel von dem Bankrott der Wissenschaft und weist uns an einen Bankier, der nie fällt, weil seine Wechsel, auf Unsichtbares und Unprüfbares gezogen, nie protestirt werden. Was vor allem gewahrt werden muß, und das unschätzbare, ungeachtet aller Borurtheile, aller Leiden und aller Kämpfe vom Menschen errungene Gut ist, das ist der Gedanke, daß es keine heilige, d. h. keine der vollen Erforschung des Menschen unterlagte Wahrheit giebt; daß das Höchste in der Welt die unumschränkte Freiheit des Geistes ist; daß keine innere oder äußere Macht, keine Gewalt und kein Dogma das beständige Streben und Fortschreiten des menschlichen Geschlechts begrenzen darf; daß die Menschheit eine große Unterrichtscommission ist, deren Arbeiten keine Regierungszensur, keine hienimliche oder irdische Intrigue zu beschränken oder fälschen darf; daß jede Wahrheit, die nicht aus uns kommt, eine Unwahrheit ist. . . . Sehr sonderlich sind jene, die von der Vernunft verlangen, daß sie abbaue, unter dem Vorwande, daß sie nicht die ganze Wahrheit besitze oder je besitzen werde; sehr sonderlich jene, die unter dem Vorwande, daß unser Gang ein unsicherer und stolpernder ist, uns lähmen, aus Verweigerung kein volles Licht zu haben, uns in volle Nacht werfen wollen.“

Was aber gegen die „Neugläubigen“ besonders spricht, das ist, daß sie keine Gläubigen sind. Sie, die das Band gerne zum alten Glauben, d. h. zur alten Folgsamkeit zurückführen möchten, ihnen fehlt selber der Glaube, den sie bei anderen wieder herstellen möchten. Jählend, daß sie weder sich noch den herrschenden Klassen die Aufrichtigkeit des Glaubens zurückgeben können, beschränken sie sich zu sagen: Wenn wir nicht mehr glauben können, so stellen wir uns wenigstens so den Massen gegenüber. Dazu ist es aber zu spät; denn wenn, um ihre Privilegien zu retten, ein Töbel der Bourgeoisie sich um den Vatikan scharen und unter der heuchlerischen Hülle eines nachgemachten Glaubens Schutz suchen würde, so würde sie ihr Dasein um keinen Moment verlängern, sondern nur ihre Agonie entzerrt haben. Wir können aber im vorhinein beurtheilen, was unter der wieder hergestellten geistlichen Zucht aus unserem öffentlichen Unterricht werden würde. Man würde jede Freiheit und Bewegung des Geistes überwachern, von den Lehrern den trügerischen Schein verlangen, jedes Wort, jede Haltung verdrehen und das Verbrechen versuchen: dem werdenden Volke die religiöse Heuchelei der endigen Bourgeoisie einzupflanzen.“

Gegen diese Gefahr, führte Jaurès weiter aus, bleibt es nur ein Mittel: eine sozialistische Politik. Dadurch würde man um die Republik jene Volksträfte gruppieren, die allein erlauben würden, der organisierten Macht, die die Kirche ist, die Waage zu halten. Ferner würde man in demselben Maße, als grünlliche soziale Reformen zur Durchführung gelangten, jenen störrischen Theil der Bourgeoisie, der keine kompakten Klasseninteressen hat, oder sich über dieselben erhebt, in eine neue Ordnung eingewöhnen und damit die Chancen der Reaktion vermindern. Endlich würde dadurch der weltliche Unterricht jene Höhe und Wirksamkeit erlangen, die er heute nicht haben kann, weil man keine Moral — und darunter ist eine allgemeine, erhabene Lebensanleitung zu verstehen — lehren kann, die nicht in der Wirklichkeit unserer Gesellschaft liegt. In der Gesellschaft, die der unserigen vorausgegangen, bestand wenigstens eine Uebereinstimmung zwischen den Ideen und den Handlungen, den Worten und den Thaten. Es gab eine gesellschaftliche Rangordnung, wie es eine ihr entsprechende religiöse Rangordnung gab; eine Stufenleiter der Schöpfung, auf deren Gipfel die höheren Mächte und Gott standen, wie es eine Stufenleiter der Gesellschaft gab, auf deren Gipfel der Adel, der Priester und der König standen; und es war da weder Betrug noch Zweideutigkeit: der Höhere wußte, daß er vor Gott dem Aelstigen gleich ist; aber ebenso wußte er, daß so lange er auf der Erde weilt, er auf Anordnung desselben Gottes ein Höherer sein werde. Und die Geringfügigkeit, die man für die Niederen empfand, löschte man diesen selber ein.“

Was hingegen die heutige Gesellschaft charakterisirt, ist, daß bei ihr überall ein wesentlicher Widerspruch zwischen den Thaten und den Worten herrscht. Es giebt heute kein einziges großes Wort, das seinen wahren, vollen und edelichen Sinn hätte: Brüderlichkeit, und überall ist Kampf; Freiheit, und die Macht beherrscht alles; Gleichheit, und die Schwachen sind der Gewalt überliefert; Eigenthum, d. h. die enge, persönliche Beziehung zwischen dem Menschen und der Sache, zwischen dem Menschen und einem Theil der von ihm umgestalteten und nutzbar gemachten Natur, und das Eigenthum wird immer mehr und mehr zu einer ungeheuerlichen Fiktion, die etlichen Menschen die Naturkräfte überliefert, deren Gesetz sie nicht einmal kennen, und die menschlichen Kräfte, deren Namen sie nicht einmal kennen. Ueberall Hohlheit und Heuchelei der Worte. Ueberot hatte dies schon vor mehr denn einem Jahrhundert geahnt, als er sagte: „Slaven haben ist nichts; was aber unerträglich ist, das ist Sklaven zu haben und sie Bürger nennen.“ Um all diesen Widersprüchen zu entgehen, giebt es nur einen Ausweg: unsere gesellschaftliche Ordnung dem Zeitpunkt zu nähern, wo die heute lägherischen Formen Wahrheit geworden sein werden. Dann allein wird es auch einen aus die Wirklichkeit sich stützenden Moralunterricht geben können.“

**Die englischen Liberalen** sind in einer sehr unangenehmen Lage. Da sie prinzipiell ebenso undemokratisch und unsozialistisch sind, wie ihre Konkurrenten die Konservativen, so können sie selbstverständlich keine sozialistischen und demokratischen Forderungen aufstellen, sondern müssen das Volk durch Forderungen zu täuschen suchen, die den Schein des Radikalismus haben, ohne radikal zu sein. Zum Beispiel durch die verlangte Abschaffung des Oberhauses. Diese Forderung ist an sich ganz werthlos. Beschwände heute das Oberhaus und bliebe das Unterhaus und die übrige Staats- und Gesellschaftsordnung Englands bestehen, so wäre thatsächlich alles beim alten.

Lord Salisbury, der Führer der Tories, der jetzt im Oberhaus sitzt und deshalb an den parlamentarischen Kämpfen des Unterhauses nicht theilnehmen kann, hat am Sonnabend vor „loyalen“ Irändern eine Rede gehalten, in welcher er erklärte, der ganze Völk gegen das Oberhaus sei eitel Windbeutel, das Oberhaus habe weder die Absicht noch die Kraft, sich dem Willen der Nation zu widersetzen. „Aber, meinte Lord Salisbury, Herr Rosebery vertritt doch nicht den Willen der Nation! Es giebt nur eine Möglichkeit, den Willen der Nation zu verstehen — und das sind Neuwahlen!“

Hiergegen ist freilich nichts einzuwenden. Aber die Neuwahlen — das ist ja gerade was die englischen Liberalen so fürchten. Sie klammern sich kramphast an die Gewalt, weil sie befürchten, wenn dem Volke die Entscheidung übergeben wird, nicht wieder ans Ruder zu kommen. „Wir bleiben, so lange wir eine Majorität im Unterhaus haben!“ rief der Schatzkanzler Harcourt gestern aus. Nun — diese Majorität schmit zusammen wie Schnee vor der Sonne. Das Amendement Chamberlain's wurde gestern Nacht mit 297 gegen 288 Stimmen verworfen, und der Schluß der Debatte, die letzte Kreuzprobe, gar bloß mit 279 gegen 271 St. beschlossen. So daß die Regierungsmajorität also auf 8 zusammengefallen ist. Das ist allerdings keine Majorität mehr. — Nachdem vorstehendes geschrieben, traf folgendes Telegramm ein:

London, 19. Februar. Der Kabinettsrath, welcher für morgen angesetzt war, ist plötzlich auf heute einberufen worden; wie es heißt, hat der Premierminister Lord Rosebery, welcher gestern eine lange Audienz bei der Königin hatte, den Kabinettsrath zusammenberufen, um angesichts der bei den gestrigen Abstimmungen im Unterhause hervorgetretenen geringen Majoritäten über die Lage zu berathen.

Es scheint also, daß das Ministerium Rosebery sich endlich zu dem Schritt entschließen will, den es schon längst hätte thun sollen; und den so lange hinausgezogen zu haben, ihm weder Ehre noch Nutzen gebracht hat. —

**Zum Panaminoprozess** liegt die folgende Depesche aus Rom vor: Die Verteidiger der in dem Prozeß wegen Hinterziehung von Schriftstücken der Banca Romana verurtheilten Personen stellen den Antrag, daß die Unterziehung durch das Verhör von Gialitti und Rosano vervollständigt werde. Die Anklagebehörde beschloß die endgültige Entscheidung über diesen Antrag bis Montag zu vertagen. —

**Uniz Jorilla,** der bisherige Führer der unversöhnlichen spanischen Republikaner, hat politischen Selbstmord begangen, er hat mit der spanischen Regierung seinen Frieden geschlossen, lehrt aus der Verbannung zurück und erklärt, sich vom politischen Leben endgiltig zurückziehen zu wollen. Die bürgerlichen Republikaner in Spanien machen schlechte Geschäfte mit ihren Führern, Castelar wurde zum Negativen und Jorilla zieht sich von der politischen Kampfbühne frige zurück. Es ist die gleiche Erscheinung wie in anderen Ländern. Der bürgerliche Radikalismus geht überall den Krebsgang, die Sozialdemokratie muß die Erbschaft übernehmen, ihr erwächst in allen Ländern die Aufgabe, nicht nur den wirtschaftlichen Emanzipationskampf für die Arbeiterklasse zu führen, sondern allein, ohne jede Unterstützung durch die Bourgeoisie, für die Erlämpfung der politischen Freiheit zu wirken. —

**Die Niederlagen China's** haben eine Verminderung der Autorität der Regierung zur Folge gehabt. Unruhen in China und das stärkere Hervortreten der Seeräuber sind die Folge der Kriegsergebnisse in China. Hierüber liegen die folgenden Meldungen vor: Nach einer Meldung der „Times“ aus Hongkong tritt auf Formosa das Seeräuber-Umwesen wieder stärker auf. Die Zustände auf Formosa sind schlimmer geworden. Die chinesischen Truppen scheinen nicht im stande, die Unruhen zu unterdrücken. Das englische Kanonenboot „Rattler“ wird zur Unterstützung des schon nach Formosa entsandten Kreuzers „Mercury“ bereit gehalten. —

## Aus England.

London, 14. Februar.

**Adressdebatte.** — Herr Gardie's Amendement für die Arbeitslosen. — Intriguen der Konservativen und Sieg für die Sozialdemokratie. — Tories und Parnelliten. — Der Fall Raughan Williams. — Das Arbeitsprogramm der Regierung.

Eine Woche Parlament liegt jetzt hinter uns, und sie hat zwei Dinge deutlich zu Tage treten lassen: die Schwäche der Regierung und die Unfähigkeit der Opposition. Die Thronrede, mit der das Parlament eröffnet wurde, kündigte ein paar, an sich nicht schlechte Gesetzesvorlagen an, machte aber schon vor der versprochenen Zuerkennung von Dikäten an die Abgeordneten Halt und fand kein Wort über die Arbeitslosigkeit, unter der Hunderttausende von Arbeitern zur Zeit bitter zu leiden haben. Diese Ignorierung einer brennenden, die Arbeiterklasse an vielen Orten tief erregende Frage wäre unbegreiflich, wenn man nicht wüßte, welche Zersahrenheit im Schooße der Partei herrscht, die heute durch ihre Vertreter das Ruder des britischen Staates in Händen hält. Was immer die liberale Partei heute thut oder nicht thut, bedroht ihren Bestand. Sie kann keinen Schritt vorwärts thun, ohne Mitglieder nach rechts abzugeben, und ihr Zaudern oder Juridmeilchen entfremdet ihr immer mehr proletarische Elemente. Nur eines hält noch ihren Zerfall oder ihr Versinken in Regierungsunfähigkeit auf: die Unfähigkeit der ihr gegenüberstehenden konservativ-unionistischen Partei. Sie lebt nicht auf eigenen Mitteln, sie erhält sich durch die Fehler ihrer Rivalin.

Herr Gardie hatte angekündigt, er werde, wenn die Thronrede keine Maßregeln zur Vinderung der Arbeitslosennoth ankündigte, ein Tadelamendement zur Adresse beantragen. Parlamentarisch war dieses Amendement nicht fürchten, da Herr Gardie zur Zeit noch eine aus einem Mitglied bestehende Fraktion darstellt. Und selbst wenn John Burns und die anderen Arbeiter-Abgeordneten sammt etlichen Radikalen — die einen aus Anstandrücksichten, die andern, wie Dilke-Labouchere, aus Malice für das Amendement stimmten, so wäre auch das vorübergegangen. So scheint die Regierung gerechnet zu haben, ohne sich zu vergegenwärtigen, daß hinter dem Berge, d. h. außerhalb des Parlaments, auch noch Leute wohnen, und daß diese solche Dinge aus anderen Gesichtspunkten betrachten. Es hätte ihr kaum Schlimmeres passieren können als ein parlamentarischer Sieg, der ihr erlaubte, mit einigen allgemeinen Hebensarten über die Frage der Arbeitslosigkeit zur Tagesordnung überzugehen. Noch schlimmer freilich würde es ihr bekommen sein, wenn die Konservativen im entscheidenden Moment den Antrag Herr Gardie unterstützten und dadurch sie in eine Minorität gesetzt hätten. Aber diesen Herren paßte es nicht, kurzweg für das Amendement des sozialistischen Abgeordneten zu stimmen, sie brachten vielmehr ein solches ihrer eigenen Fabrikation ein, das in allgemeinen Ausdrücken von der Nothlage in Industrie und Landwirtschaft sprach, und wußten es durch einen Trick so einzurichten, daß dieses zuerst zur Berathung kam. Dadurch erreichten sie zwar, daß Herr Gardie und andere im Falle einer negativen Haltung der Regierung gezwungen waren, mit ihnen zu stimmen, aber die letztere war jetzt gewarnt und kündigte noch vor der Abstimmung die Ernennung einer außerordentlichen Kommission zur Berathung geeigneter Vorschläge an. Dies bewirkte, daß das konservative Amendement mit einer, allerdings sehr knappen Majorität — genau 12 Stimmen — abgelehnt wurde. Das Kabinet ist für den Moment gerettet, und den parlamentarischen Sieg hat — der Sozialist errungen. Wie wenig die Kommission, der ein ziemlich weites Gebiet gesteckt wurde und die beauftragt ist, so bald als möglich einen vorläufigen Bericht über die unmittelbar erforderlichen Maßregeln zu geben, auch verrichten mag, ganz leer wird die Arbeiterklasse doch nicht ausgehen.

Aus der Debatte ist bemerkenswerth, daß während die Sprecher der Regierung die Verhältnisse im möglichst rosen Licht schilderten, die konservativen Redner grau in grau malten — aber nur, um vor den Augen derjenigen, die nicht alle werden, das Trugbild der Besserung der Geschäfte durch Verschlechterung des Geldes tängen zu lassen, d. h. durch Einführung der Doppelwährung, hinter der bei einigen noch die fata Morgana von Schatzkassen sich birgt. In bezug auf alles, was darüber hinausgeht, zeigten sie sich noch ablehnender als die Liberalen. Man merkte sehr, daß Randolph Churchill gestorn.

Noch schlechter führten die Konservativen in der Abstimmung über das Amendement der Parnelliten zur Adresse. Die 9 Tren, die sich nach Parnell nennen, aber herzlich wenig von seinem Geschick verrathen, verlangten, die Regierung solle unmittelbar auflösen und Comenule zur Wahlparole machen. Sie könnten nicht dulden, daß dieses in den Hintergrund gedrängt und die Entscheidung ins Ungewisse hinausgeschoben werde. Dieses Verlangen war ihr Recht, obwohl alle Welt weiß, daß eine Auflösung keine Comenule-Methode ins Parlament zurückbringen würde. Die Konservativen unterstützten das Amendement, weil es Parteiparole bei ihnen ist, daß die Wähler überhaupt noch nicht über die Comenulebill befragt worden seien. Soweit durchaus logisch. Hätten sie nun bei dieser Gelegenheit den Irändern irgend welche Konzessionen gemacht, sich zu irgend welchen positiven Anerkennungen aufgeschwungen, so hätten sie es den Antiparnelliten erschwert — unter Umständen sogar unmöglich gemacht, gegen das Amendement zu stimmen. Nichts von alledem. Selbst Herr Balfour, der

immerhin klüger ist, als die Mehrzahl seiner Genossen, war diesmal ungeschickt genug, zu erklären, er würde, wenn wieder irischer Staatssekretär, noch genau denselben Maximen verfahren wie 1886-92. So konnte der immer schlagfertige Tim Dealy unter allgemeinem Gelächter den unglückseligen Parnelliten entgegenhalten, sie hätten das in der Weltgeschichte bisher unerhörte Faktum fertig gebracht, irische Stimmen für nichts zu verkaufen. Das Amendement wurde mit einer Mehrheit von 20 Stimmen abgelehnt, und den Parnelliten ist es außerdem geradezu unmöglich gemacht, ihr Vorhaben, von jetzt ab stets gegen die Regierung zu stimmen, zur Ausführung zu bringen.

Wenn sich die Konservativen so zu Bourbonen entwickeln, dann ist freilich nicht abzusehen, wie lange die Liberalen noch mit ihrer wackligen Mehrheit fortwurzeln werden. Dann hat das Ministerium Rosebery wirklich nur seine guten Freunde zu fürchten, die Labouchere und Genossen, die sich geben, als hätten sie in Rosebery den Vertreter der Finanzwelt, während der wirkliche Gegensatz meines Erachtens auf dem Gebiet der auswärtigen Politik zu suchen ist.

Die ersten Tage des Parlaments haben auch eine Erklärung des Lordkanzlers Herschell über den Fall des Richters Vaughan Williams gebracht, den der „Vorwärts“ neulich erwähnte. Herr Herschell erklärte sehr entschieden, daß die in dieser Hinsicht ausgesprochenen Gerüchte durchaus erlogen seien, Vaughan Williams sei auf eigenen Wunsch und entgegen seinen, Herschells, Vorstellungen auf die richterliche Rundreise gegangen, und es sei eben nur, wie auch in Vorjahren, für die Dauer seiner Abwesenheit ein Interimsrichter ernannt worden. Diese Erklärung ist unumwunden geblieben, die Anklagen behaupten jetzt, der Stein des Anstoßes liege im Handelsamt, wo einige Beamte dem besagten Richter die Prozedur erschwerten. Außenstehende können darüber nicht urtheilen, es scheint aber, als ob ein ziemlich subalterner Krakehl übermäßig aufgebauscht worden ist, zu ganz anderen Zwecken, als der bedrohten Moral ihr Recht zu sichern. Will man das Verhalten der Herren Mundella und Ferguson als panamistisch bezeichnen — obwohl von einem Mißbrauch ihrer politischen Stellung zum Zweck der Geldschneiderei nicht die Rede ist — so hat es jedenfalls den Anschein, als habe auch die juristische Welt ihr Panama. Man spricht von einem nicht sehr skrupellos geführten Kampf um die Anwartschaft auf einen Obergerichtsposten, und das Publikum thut gut, die Auslassungen des Juristenorgans, das zuerst Lärm geschlagen, mit etwas Vorsicht aufzunehmen.

Wie lange sich die Adressdebatte hinziehen wird, ist noch nicht abzusehen. Sie sollte diese Woche zu Ende geführt werden, da aber gestern die Debatte über die Amnestierung der irischen Dynamiter nicht zu Ende geführt wurde, kann es noch bis in die nächste Woche hineingehen. Der erste Regierungsantrag, der zur Verhandlung kommen wird, betrifft die Entlastung der Staatskirche in Wales, dann sollen folgen eine Vorlage über die Verbesserung der irischen Landgesetze, eine revidierte Auflage von Sir William Harcourt's Bill über das lokale Veto (Verbot oder Reduzierung der Schanzmieten), eine Ausdehnung des Fabrikgesetzes und die Wahlrechts-Erweiterung (Herabsetzung der Prüfen zur Erlangung der Wählerqualifikation, Aufhebung aller Pluralstimmen und Deduktion der Wahllosen aus öffentlichen Mitteln). Wollen sehen, wie viel von dem Versprochenen zur Ausführung kommt.

Zu Mitgliedern der außerordentlichen Kommission über die Arbeitslosenfrage sollen u. a. John Burns und Keir Hardie ernannt worden sein. Ferner werden zwei Minister als Mitglieder genannt: Herr Campbell-Bannerman und der Unterstaatsminister Dyle Acland. Der letztere ist wegen seiner demokratischen Gesinnung auch in Sozialistenkreisen sehr beliebt. Die Liste wird wohl heute Abend bekannt werden.

## Parteinachrichten.

In Charlottenburg und Nixdorf finden am 26. Februar, abends 8 Uhr, zwei große Versammlungen statt, in welchen das Thema: „Warum fordern die Frauen das politische Wahlrecht?“ behandelt werden soll. Für Charlottenburg ist die Versammlung in dem Lokale „Bismarckstraße“, Wilmersdorferstraße 27, einberufen, und hat Fr. Lauder das Referat übernommen. Für Nixdorf findet die Versammlung in den „Victoria-Sälen“, Hermannstraße, statt, in der Frau Zhrer über das Thema referieren wird. Die unterzeichnete Kommission richtet an die Parteigenossen und Genossinnen die Bitte, recht lebhaft für den Besuch der Versammlungen zu agitieren. Die Frauen-Agitations-Kommission.

Der Agrar-Ausschuß der sozialdemokratischen Partei hat sich bekanntlich in drei Unterausschüsse getheilt, die je ein geographisch begrenztes Gebiet zur Bearbeitung überwiesen erhalten haben. Diese Unterausschüsse haben ihre Arbeiten wieder dergestalt vertheilt, daß jedes Mitglied ein bestimmtes Gebiet als sein Arbeitsfeld übernimmt. So ist z. B. Genosse Schulze-Coffebau die Aufgabe geworden, das Material für das Königreich Sachsen zu sammeln und zu bearbeiten, während Genosse Rabenstein-Leipzig die Provinz Sachsen, Anhalt und Genosse Bock-Gotha die thüringischen Staaten zugewiesen erhielt. Die betreffenden Parteigenossen wenden sich nun an die Parteigenossen der betreffenden Provinzen mit dem Ersuchen, sie durch Zusendung von geeignetem Material zu unterstützen. Es handelt sich dabei um die Entwicklung der Besitz- und Betriebsverhältnisse, die Lage der Bauern und Landarbeiter: Löhne, Behandlung, Arbeitsvermittlung, Wanderungen, Sachsendüngerei, Rechtspflege, Verwaltung, Schul- und Militärverhältnisse, Verkehrsweisen, Verschuldung, Wucher, Substationen, Steuerwesen, Armenpflege, Versicherung, Nebenarbeit als Hausindustrie, Wald- und Bergarbeit u. c. Als geeignetes Material wären anzusehen: Amtliche Mittheilungen aller Art, namentlich Statistiken, Verordnungen, wissenschaftliche Arbeiten über Technik und Lebensverhältnisse, Ausschnitte aus parteigenösslichen und gegnerischen Zeitungen, Arbeitsverträge oder Arbeitsordnungen, ferner unmittelbare Darstellungen, die sich in wesentlichen auf bekannte tatsächliche Verhältnisse zu beschränken hätten.

Die Angelegenheit Hennig stand als einziger Punkt auf der Tagesordnung einer Dresdener Parteiversammlung. Nach langer, lebhafter Debatte gelangte nachstehende Resolution mit großer Mehrheit zur Annahme: „Die Versammlung erklärt: Der Genosse Hennig hat mit der Veröffentlichung seiner Broschüre ein Unrecht begangen, wie er das künftig nicht mehr thun darf; die Versammlung erklärt es jedoch für Pflicht, dem Genossen Hennig, dessen Ehre durch allerlei Beschuldigungen geschädigt worden ist und der für die Partei opferwillig und ehrlich gewirkt hat, bei der Erwerbung seiner Unterhaltungsmittel möglichst Hilfe zu leisten.“ Der Vorsitzende, Genosse Bruhns, konstatirt sodann, daß mit der Annahme der vorstehenden Resolution die „Angelegenheit Hennig“ für die hiesigen Parteigenossen endgiltig erledigt sei und daß es jedes Parteigenossen Pflicht sein muß, dafür zu sorgen, nunmehr die Einigkeit unter den Parteigenossen angesichts der schweren Zeiten, welche uns bevorstehen, mit allen Kräften aufrecht zu erhalten. Damit fand die Versammlung ihren Schluß.

Die Freiheit — d. h. die sächsische — durfte am Montag der Genosse Trognitz in Zwickau begrüßen. Die fünfzehn Monate Gefängnis, von denen er 11 hinter

einander abgeessen hatte, sollten die „Verbrechen“ sühnen, die Trognitz als Redakteur des „Sächs. Volksblatt“ begangen haben soll. — Hoffen wir, daß die Gesundheit des braven Genossen nicht all zu sehr gelitten hat.

Eine Wahlkreis-Konferenz für den Kreis Kronach-Richtensfeld in Bayern, die am letzten Sonntag in Schrey abgehalten wurde, war von fast allen größeren Orten durch Delegirte besetzt. Im ganzen Kreis befehlt zur Zeit erst ein Wahlverein; von der Gründung weiterer Vereine wurde Abstimme genommen, dagegen soll jeder Ort einen Vertrauensmann wählen. Im übrigen ging aus den Berichten hervor, daß im Kreise ein langsam aber stetiges Vordringen unserer Ideen sich bemerkbar macht.

Die diesjährige sozialdemokratische Landeskonferenz für Ober-Oesterreich findet am 23. März in Linz statt.

National-Arbeitssekretariat. Der erste Bericht über die Stützung und Wirkung des in Folge des internationalen Kongresses von Brüssel gestifteten Arbeitssekretariats in Niederland ist erschienen. — Das Sekretariat ward am 9. Juli 1893 gestiftet und umfaßt damals 7 ländliche Organisationen. Augenblicklich umfaßt es: 22 Fachverbände und allgemeine Arbeiterorganisationen, im ganzen: 330 Vereine mit 15 728 Mitgliedern und 9 Organe.

Polizeiliches, Gerichtliches u. c.

— Genosse Lankau, der für den Inzeratenthell der Magdeburger „Volkstimme“ verantwortlich ist, wurde wegen groben Unfug mit 5 M. bestraft. Er hatte ein Reklamegedicht ausgenommen, das der Polizei nicht genehm war.

— Drei Liegnitzer Parteigenossen, die in einer Versammlung als Agitationskommission gewählt worden waren, hatten Anklage erhalten als Vorsteher eines „Vereins“, der die Versammlungen der Polizei nicht angezeigt und die Statuten nicht eingereicht habe. Da die Voraussetzungen der Anklage fehlten, mußte auf Freisprechung erkannt werden.

— Der Vertrauensmann für Hohenstein (Sachsen) wurde zu 30 M. Geldstrafe oder 10 Tagen Gefängnis verurtheilt, weil er den Stadtrath, der ihm die Ueberlassung des Rathhaussaales zur Abhaltung einer Generalversammlung des Arbeiter-Bildungsvereins verweigert hatte, beleidigt haben sollte.

— Wegen Uebertretung des Preßgesetzes stand am Sonnabend der Redakteur des „Fackelgenossen“, Genosse Georg Horn, vor der zweiten Strafkammer zu Dresden. Horn wurde im Dezember v. J. zu 10 Mark Geldstrafe verurtheilt, weil in dem von ihm redigirten Blatte die bestimmte Benennung des verantwortlichen Redakteurs fehlte. Die diesbezügliche Benennung lautete: Verlag und Schriftstelle G. Horn. Hierin soll eine Uebertretung des § 7 des Preßgesetzes liegen. Horn gab damals an, er habe das Fremdwort Redaktion mit einem deutschen Worte ersetzen wollen, allein dieser Einwand nützte ihm nichts. Auch das Sondergericht berücksichtigte diesen Einwand nicht, sondern es erkannte nach längerer Verhandlung auf Verurteilung der Berufung.

— Mit den Lippen gewackelt hatten einige Dresdener Parteigenossen, und zwar sollte das im Takte des Sozialistenmarches geschehen sein. Sie wurden deshalb mit einem Strafmandat in der Höhe von 20 Mark bedacht, weil die Polizei das Singen obigen Liedes auf der Passafestfeier verboten hatte. Das Schöffengericht befähigte das Strafmandat, trotzdem nicht erwiesen werden konnte, daß die Angeklagten wirklich gesungen hätten; die Gewarman hatten nur das „Wackeln mit den Lippen“ gesehen. Die Berufung, die Genosse Reichardt hiergegen einlegte, ist nun dieser Tage vom Dresdener Landgericht ebenfalls verworfen worden.

## Soziale Uebersicht.

Die Kosten der Berufs-Genossenschaften, soweit sie Entschädigungen betreffen, betragen im Jahre 1894 44,3 Millionen gegen 38,1 im Jahre 1893, 32,3 im Jahre 1892, 26,4 im Jahre 1891, 20,3 im Jahre 1890, 14,4 im Jahre 1889, 9,6 im Jahre 1888, 5,9 im Jahre 1887 und 1,9 Millionen im Jahre 1886, dem ersten Volljahre der berufs-genossenschaftlichen Thätigkeit. Die Entschädigungen sind nicht die einzigen Ausgaben der Berufs-Genossenschaften. In den Reserfonds mußten für 1894 die gewerblichen Berufs-Genossenschaften 30 pCt. der Entschädigungen einzahlen. Vertheilt sich die Entschädigungslast im Jahre 1894 zwischen den gewerblichen und landwirthschaftlichen Berufs-Genossenschaften, sowie den Aufsichtsbehörden ebenso wie im Jahre 1893, so find in die Reserfonds rund 10 Millionen zu legen gewesen. Dazu kommen noch die Kosten für die Verwaltung, sowie die Ausgaben für Unfalluntersuchungen, Schiedsgerichte, Unfallverhütung u. s. w., die sicherlich 8-9 Millionen betragen haben. Man wird demnach die Gesamtausgaben, welche die staatliche Unfallversicherung für 1894 verursacht hat, niedrig schätzen, wenn man annimmt, daß sie 63 Millionen betragen hat.

## Gewerkschaftliches.

Achtung! Protestversammlungen gegen die Tabaksteuer. In bezug auf unseren Aufruf betreffend die Einberufung von Protestversammlungen gegen die dem Reichstag zugegangene Tabaksteuer-Vorlage sind uns aus nachbenannten Orten wieder zustimmende, noch ablehnende Bescheide zugegangen: Charlottenburg, Köpenick, Jüterbog, Werder, Regin, Rathenow, Wittstock, Prizwall, Perleberg, Alt-Landsberg, Fährtenwalde, Küstrin, Jülichau, Guben, Belgard, Stargard, Pasewalk. — Wir richten dieserhalb nochmals die Bitte an die Genossen obiger Orte, ungesäumt uns anzugeben, ob sie mit dem Abhalten einer derartigen Versammlung einverstanden sind oder nicht.

Die Kommission der Tabakarbeiter.

J. A.: Karl Butry, Straßunderstr. 17.

Glasarbeiter, Achtung! Die Direktion der Vereinigten Glasbütten in Ottenhof hat ihren Glasarbeitern eine Lohnreduktion von ungefähr 30 pCt. angekündigt. Wir bitten daher, den Zug nach dort strengstens fernzuhalten. Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

Achtung, Pargneibodenleger! Befuß Aufnahme einer Statistik eruchen wir alle arbeitslosen Kollegen, auch die unorganisirten, sich im Zentral-Arbeitsnachweis der Holzarbeiter, Annenstraße 89, eintragen zu lassen. Weiter eruchen wir die Kollegen, sich zu der am Sonntag, den 24. Februar, bei Schöning, Stallschreiberstraße 29, stattfindenden Versammlung recht zahlreich einzufinden. Die Ortsverwaltung des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Das Ende des Streiks der Solinger Federmesser-reider soll, wie die „Verg. Arb.-Ztg.“ mittheilt, nahe bevorstehen. Eine gemeinschaftliche Kommissions-Sitzung von Arbeitgeber und Arbeitnehmer hat das neue Preisverzeichniß bis auf einige unwesentliche Punkte festgestellt.

Die Heizer, Maschinisten und Maschinenwärter Oesterreichs werden zu Pfingsten d. J. zu einem Fachkongress zusammenberufen, der in Wien stattfinden soll. Der hauptsächlichste Zweck ist die Gründung einer Organisation für genannte Berufe.

Die österreichischen Buchbinder geben daran, einen „Widerstandsfonds“ (Streikfonds) anzusammeln.

Der Ausstand der Handschuhmacher in Bräun ist beendet. Die Arbeiter haben eine nicht unerhebliche Lohnerhöhung durchgesetzt. Die Gehilfen sind sämtlich der österreichischen Organisation beigetreten.

Von der Generalkommission geht uns folgende Erklärung zu: In Nr. 40 bringt der „Vorwärts“ die Abrechnung der Generalkommission und bemerkt im Anschluß daran, daß ausdrücklich konstatiert werden müsse, daß die Generalkommission es nicht für nöthig gehalten habe, der Redaktion des „Vorwärts“ ein Exemplar des Rechenschaftsberichts zuzusenden. In Nr. 41 wird dann der Eingang des Berichtes konstatiert, jedoch der erhobene Vorwurf nicht etwa zurückgenommen, sondern noch verschärft. Diese Art der Kritik des „Vorwärts“ ist mir unverständlich und löst nach anderen Vorkommnissen vermuthen, daß die Absicht vorlag, der Generalkommission wieder einmal etwas an Jenge zu thun. Der Redakteur des gewerkschaftlichen Theils des „Vorwärts“ muß doch so erfahren sein auf dem gewerkschaftlichen Gebiet, daß er weiß, daß dem Gewerkschaftsblatte, aus welchem er die Abrechnung entnommen hat, der Rechenschaftsbericht sicher nicht zuerst zugesandt wird. Die Sachlage ist folgende: Vor 14 Tagen wurden circa 300 Exemplare des Berichtes angefertigt, und den Vorständen der Zentralvereine mit dem Ersuchen zugesandt, die Auflage des Berichtes zu bestimmen. In dem den Sendungen beigefügten Zirkular wurde zum Schluß gesagt: „Ferner machen wir darauf aufmerksam, daß der Bericht an die Partei- und Gewerkschaftspresse nicht eher versandt werden wird, ehe nicht die Vorstände die Befestigung gemacht haben. Aus diesem Grunde auch ist es nothwendig, daß die Vorstände uns baldigste Auskunft geben.“

Der Bericht ist auch an den Vorsitzenden des Steimmeyenverbandes, der gleichzeitig Expedient des „Bauhauwerkes“ ist, gesandt worden. Dieser muß wohl dann den Bericht dem Redakteur dieses Blattes zur Verfügung gestellt haben. Durch eine Handlung, die alles andere, nur nicht eine solche ist, welche zu weiterem Vertrauen Veranlassung geben könnte, ist dieses Gewerkschaftsblatt in den Besitz des Berichtes gekommen. Alle anderen Vorstände haben, obgleich sie zum theil Redakteure von Gewerkschaftsblättern sind, den Bericht für die Presse nicht ausgenutzt. Der Rechenschaftsbericht ist dann am Donnerstag, den 14. Februar, an die Partei- und Gewerkschaftspresse gesandt worden. Der „Vorwärts“ hatte keine Ursache zu dem Vorwurf, und zum mindesten hat er die Verpflichtung, denselben zurückzunehmen. Es wäre äußerst wünschenswerth, wenn der Redakteur des gewerkschaftlichen Theils des „Vorwärts“ sich bescheiden würde, seinen Bemerkungen nicht den Anschein zu geben, als sollten sie dazu dienen, der Generalkommission ein auszuweichen.

Für die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, G. Legien.

Der Redakteur des gewerkschaftlichen Theils des „Vorwärts“ vernahmt sich ganz zufrieden gegen die Annahme, als habe er mit der betreffenden Bemerkung der Generalkommission „auszuweichen“ wollen, wie er sich überhaupt davon frei weiß, gegen die Generalkommission „voreingenommen“ zu sein. Der Zweck der betreffenden Nachbemerkung ist nun erreicht; durch obige Einsetzung der Generalkommission ist zur genüge aufgeklärt, wie das gedachte Gewerkschaftsblatt in den Besitz der Abrechnung gelangte. Damit ist auch das Verhalten der Generalkommission genügend entschuldigt, was wir hier ausdrücklich zu erklären durchaus keinen Anstand nehmen. Hiermit dürfte der Zwischenfall wohl endgiltig erledigt sein.

## Literarisches.

Der Vortrag über die „Bürgerpflicht der Frau“, welchen Frau v. Gypski vor Weihnachten im hiesigen Konzerthaus hielt, ist jetzt auf vielseitigen Wunsch als Broschüre erschienen. Wer einen Ueberblick über die Frauenbewegung aller Länder von ihren ersten Anfängen bis auf die Jetztzeit gewinnen will, dem ist hier dazu Gelegenheit geboten. Das statistische Material ist sehr reichhaltig, die Zusammenstellung durchaus übersichtlich, die Form ansprechend. Eine Menge treffender Beispiele und Bemerkungen sind überall eingestreut. Wir sehen wieder einmal, daß Deutschland in der Frauenbewegung hinter allen Kulturstaaten (mit Ausnahme Oesterreichs) zurücksteht, während die „neue Welt“, Amerika, allen voraus ist. Wir können die Broschüre mit gutem Gewissen empfehlen. Obgleich der Vortrag hauptsächlich den Zweck hatte, bürgerlichen Frauen die Augen zu öffnen und sie auf den richtigen Weg zu führen, so hat er doch auch ein allgemeines Interesse.

N. L.

## Depeschen.

Wolf's Telegraphen-Bureau.

Berlin, 19. Februar. Amtlich wird gemeldet: Heute Nachmittag 1 Uhr fuhr der Sorauer Personenzug Nr. 52 bei Einfahrt in den Bahnhof Halle auf einen, am Sitende des verlängerten Bahnhof 1 stehenden Leerzug. Hierbei wurde ein Reisender des Zuges Nr. 52 unerheblich am Kopfe verletzt und die Maschine des Zuges beschädigt. Von dem Leerzuge entgleisten fünf Wagen und wurden erheblich beschädigt. Das Gleis für die Ausfahrt nach Nordhausen wurde hierdurch auf einige Stunden gesperrt.

Paris, 19. Februar. Die in der Militärschule von La Flèche angeblich infolge strenger Behandlung der Zöglinge ausgebrochene Meuterei ist nach Intervention des Kommandanten der Schule beigelegt worden.

London, 15. Februar. Nach einer Lond-Depesche aus Deal wurde gestern Abend eine Leiche mit einem Rettungsgürtel vom Dampfer „Eibe“ eingebracht. Ein glatter Goldring an der rechten Hand der Leiche trug den Namen A. Hermann 1892.

Cran, 19. Februar. Nach weiteren hier eingegangenen Nachrichten ist der Dampfer „Vesuv“, der, wie gemeldet, bei der Insel Hormigas Schiffbruch gelitten hat, nur unerheblich beschädigt. Personen sind bei dem Unfall nicht zu Schaden gekommen.

(Depeschen-Bureau Herald.)

Frankfurt a. M., 19. Februar. Die Frankf. Ztg. meldet aus Halle a. d. S.: Im hiesigen Bahnhofe fuhr heute Nachmittag der von Sorau-Guben kommende Schnellzug in den fertig rangirten, aber noch unbefestigten Kaffeler Zug. Nur ein Fahrgast wurde leicht verletzt. Der Materialschaden ist ziemlich bedeutend.

Budapest, 19. Februar. Die von hiesigen Arbeitern beabsichtigte Demonstration vor dem Abgeordnetenhaus, wo der Antrag des Abgeordneten Endray auf der Tagesordnung stand, die Abgeordneten um Ueberlassung der einmaligen Tagesdiäten für die nothleidenden Arbeiter von Alsdid zu eruchen, hat nicht stattgefunden, da die Sitzung des Abgeordnetenhauses sofort nach der Trauerfeier für den verstorbenen Erzherzog Albrecht ausgerufen wurde. Die Arbeiter waren heftige Gegner jenes Antrages.

Lemberg, 19. Februar. In Tarnowicz stürzte in der Kirche während des Gottesdienstes der alterthümliche Altar ein. Mehrere Personen wurden verletzt. Eine Frau verlor vor Schreck die Sprache.

Bern, 19. Februar. Die Bundesanwaltschaft hat die polizeiliche Ueberwachung des italienischen Sozialistenkongresses in Zürich verfügt.

Rom, 19. Februar. Giolitti, der heute Morgen Berlin verließ, trifft morgen hier ein. Er wird sich am Sonnabend dem Untersuchungsrichter stellen.

London, 19. Februar. Nach einer Meldung aus Chesoo konnten die Europäer, die sich an Bord chinesischer Schiffe bei Wei-Hai-Wei befanden, auf den amerikanischen Dampfer „Severn“ gerettet werden. Die Japaner nahmen einen Amerikaner gefangen, der vor ein Kriegsgericht gestellt werden soll.

London, 19. Februar. Wie die „Times“ aus Sansibar melden, ist in der deutsch-afrikanischen Kolonie eine Hungersnoth ausgebrochen.

## Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

41. Sitzung vom 19. Februar 1895, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: v. Bötticher.

Die Beratung des Etats des Reichsamt des Innern wird fortgesetzt. Die Debatte über das Kapitel „Reichs-Versicherungsamt“ und die dazu gestellten Anträge war gestern nicht zu Ende geführt worden.

Abg. Enneccerus (nll.): Wir werden für den Antrag des Zentrums, welcher die Mittel der Versicherungsanstalten in größerem Umfange als bisher für das landwirtschaftliche Kreditbedürfnis und auch für den Bau von Arbeiterwohnungen nutzbar machen will, unter der Voraussetzung stimmen, daß es nicht die Absicht ist, neben den vorhandenen Kreditanstalten noch besondere Organe der Versicherungsanstalten ins Leben zu rufen. Den Gedanken, die Berufsgenossenschaften wieder zu beseitigen, sollte man doch endlich fahren lassen. Das Marxensystem hat ja seine großen Mängel und Unbequemlichkeiten, aber noch hat niemand einen planmäßigen Vorschlag gemacht, was an die Stelle dieses Systems zweckmäßig zu setzen wäre. Es ist aus dem Gesetz unabweislich auf sehr erhebliche Ueberschüsse zu rechnen, da die Invalidenrente infolge des Todes des Empfangsberechtigten viel rascher erlischt, als einschlagsmäßig angenommen wird. Erfreulicherweise hat sich bis jetzt keine Stimme erhoben, um diese Ueberschüsse für die Arbeitgeber und das Reich in Anspruch zu nehmen; die Sozialdemokraten haben sich, was man ihnen ja nicht verargen kann, überhaupt geäußert, auf die erfreuliche Tatsache dieses Ueberschusses hinzuweisen. Wie die Ueberschüsse zu verwenden, das wird von ihrer Höhe abhängen. Der Tendenz des Antrags Auer, die Invalidenrente jedem 70-jährigen zuzusprechen, können wir nur zustimmen. Bei der Erleichterung der Bedingungen für die Invalidenrente kann man aber nicht, wie der Antrag Auer will, den Individuallohn allein zu Grunde legen. Wenn außerdem die Hälfte des Lohnes statt des bisherigen Drittels für die Invalidität maßgebend sein soll, so haben sich die Antragsteller wohl von den dann notwendigen Mehrausgaben keine Berechnung aufgemacht. Viel dringlicher als dieser Punkt ist aber prinzipiell die Ausfüllung der Lücke zwischen den 18 Wochen der Leistung der Krankenlosen und dem Eintritt der Invaliditätsrente; in der ganzen Zwischenzeit ist der Verletzte, der nachher für invalide erklärt wird, ohne alle Unterstützung. Den Antrag Hise auf mögliche Beschleunigung der Novelle zum Invaliditätsgesetz halten wir für unbedenklich und werden ihm zustimmen, dagegen lehnen wir den Antrag Auer ab, da wir nicht darüber entscheiden wollen, ob die beiden von ihm berührten Punkte gerade diejenigen sind, die zu allererst der Abhilfe bedürfen. Wenn Herr Mollenbuhr darüber Beschwerde führt, daß nicht einmal die Hälfte der Beiträge als Renten zu den Arbeitern zurückfließen, so ist das ein unvergeßliches Vorgehen, da Herr Mollenbuhr doch unmöglich übersehen haben kann, daß der Beharrungszustand noch lange nicht erreicht ist, und daß bei keiner Versicherungsanstalt in den ersten Jahren soviel gezahlt wird als später.

Staatssekretär v. Boetticher: Mit Recht hat der Redner betont, daß die Klagen über das Gesetz schwächer und schwächer und schließlich ganz verstummen werden. Die Versicherungs-Gesetzgebung wird, wie schon der Reichsanwalt ausführte, unausgeseht verbessert werden, und eine Stagnation ist nicht zu befürchten. Mit der Korrektur des Invaliditätsgesetzes wird der Reichstag sich offensichtlich im nächsten Jahre zu befassen haben. Freilich jedem Invaliden von Reichswegen eine Rente zu zahlen, zu diesem Schritte nach der sozialdemokratischen Richtung hin werden wir uns nicht entschließen, soll nicht die erziehlische Wirkung des Gesetzes ganz verloren gehen. Die Höhe der Verwaltungskosten wird vom Abg. Mollenbuhr zu Unrecht bemängelt; sie beträgt nur 50 Pf. pro Kopf der Versicherten, dagegen beim Preussischen Beamtenverein 350 M., im Durchschnitt der übrigen Versicherungsgesellschaften ca. 16 M. Von den Arbeitern wurden 1891 aufgebracht 47 Millionen, die Renten betragen 15 Millionen; dieselben Zahlen betragen 1892 47 und 22, 1893 48 und 28 Millionen. Hierüber beschwert sich Herr Mollenbuhr, vergißt aber, daß wir das Kapitaldeckungsverfahren haben. Schon 1890 wird die Summe der Renten der Arbeiterbeiträge übersteigen; 1900 werden 48 Millionen Beiträgen der Arbeiter 67 Millionen Renten gegenüberstehen. Möchten doch die Herren auch von diesen Zahlen in den Arbeiterverfammlungen eifrig Gebrauch machen! Die Kosten der Armenpflege sind deshalb nicht geringer geworden, weil die Armenpflege in den letzten Jahren eine viel intensiver geworden ist, und die Ansprüche aller Armen mit der erhöhten Berücksichtigung der Verunglückten und Invaliden gleichfalls gestiegen sind. Die Resultate einer darüber jetzt veranstalteten Enquete werden das nachweisen. Die Korrektur des Invaliditätsgesetzes lediglich bezüglich der beiden Anträge Auer empfiehlt sich nicht; die Debatte darüber würde doch das ganze Gebiet des Gesetzes umfassen und wird daher besser an vollständig angearbeitete, präzis formulirte Änderungsanträge angeknüpft. Im Sinne des Antrags des Zentrums wegen des Kreditbedürfnisses und des Baues von Arbeiterwohnungen ist das Reichs-Versicherungsamt wiederholt thätig gewesen; eine direkte Befugnis zu entsprechenden Anordnungen steht ihm aber nicht zu. Der Antrag Kruse hat keine Bedenken; die Frage wird ja bei uns bereits erwogen und unterliegt weiterer Erwägung; desgleichen die Frage, ob die klimatischen Fieberkrankheiten als Betriebsunfälle der Seeleute anzusehen sind. In letzterer Beziehung sind allerdings nicht unerhebliche Bedenken hervorgetreten, die sich aber überwinden lassen werden. Ich freue mich, daß der Reichstag an den Fundamenten unserer segensreichen Arbeiter-Versicherungsgesetzgebung nicht rütteln lassen will.

Abg. Grillenberger (Soj.): Hier und in der Presse wird uns vorgeworfen, wir hätten gegen alle Versicherungsgehalte gestimmt, und es wird daraus hergeleitet, daß wir überhaupt Gegner der Versicherung seien. Das ist unrichtig. Uns ging das Kranken- und Unfallversicherungs-Gesetz nicht weit genug und wir verwarfen die Karenzzeit und die Form der Organisation in den Berufsgenossenschaften. Ich kann hier mein Bestreben nicht unterdrücken, daß der Vorstand des Reichs-Versicherungsamtes bei dieser Versammlung nicht zugegen ist. Herr v. Bötticher ist ja ein vielseitiger Beamter, und wie wir ihm neidlos zugestehen, in allen Sitteln gerecht, er hat auch gewiß eine bedeutende Uebersicht über die Geschäftsverhältnisse des Versicherungswesens, allein es ist bei der riesigen Ausdehnung des Versicherungsbereiches verständlich, daß ihm allmählich die Fäden aus der Hand gleiten. Der Präsident des Reichs-Versicherungsamtes könnte uns hier bei gewissen Einzelheiten, die wir vorbringen, die Grundzüge mittheilen, die sowohl die Schiedsgerichte wie das Reichs-Versicherungsamt bei ihren Entscheidungen leiten, Rede und Antwort stehen. Schon 1889 hat die Sozialdemokratie einen Antrag auf Abänderung des Unfallgesetzes eingebracht, der ganz genau das wollte, was Herr Enneccerus heute als dringlicher bezeichnet als die Anträge Auer. Der Abg. Mollenbuhr hat diesen Umstand gestern ausdrücklich erwähnt, desgleichen das schon damals be-

antragte Wegfallen der Karenzzeit, Herr Enneccerus muß das alles aber überhört haben. Man thut immer so, als leiteten die Arbeiter zur Unfallversicherung gar keine Beiträge. Die Einführung der Karenzzeit beweist das Gegenteil, denn es ist unbestritten, daß gegenwärtig noch 78 pCt. aller Unfälle auf die Krankenkassen zunächst fallen. Außerdem ist der Umstand, daß dem verunglückten Arbeiter bei vollständiger Erwerbsfähigkeit bloß 2/3 seines gehabten Lohnes als volle Rente ausgezahlt wird, und daß er auf den dritten Theil seines Lohnes zu Gunsten der Unternehmer, der Unfall-Berufsgenossenschaften verzichten muß, ein Beweis, daß der Arbeiter einen erheblichen Beitrag mit zu den Kosten der Unfallversicherung zu zahlen hat. Tamals, 1890, hat Herr von Bötticher diesen Uebelstand als solchen anerkannt, und in beiden Punkten haben die im vorigen Sommer veröffentlichten Entwürfe eine Verbesserung enthalten. Häufig war der Fall vorgekommen, daß ein Verunglückter, der nach einiger Zeit einigermaßen arbeitsfähig geworden war, infolge eines erneuten Unfalls starb. Seine Hinterbliebenen erhielten nur die Rente aus dem wesentlich reduzierten Arbeitsverdienst, sie hatten also doppelt zu leiden. Eine Abhilfe dieses Uebelstandes, die wir feinerzig beantragt hatten, enthält der neue Entwurf nicht. Auch Strafbestimmungen gegen Unternehmer, die die Beiträge nicht zahlten, nachdem sie sie den Arbeitern abzogen, haben wir damals beantragt; diesem Punkte wie einem weiteren ist in den publizierten Entwürfen nur unvollkommen Rechnung getragen. Im Juni 1890 hat Herr von Bötticher erklärt, es komme eine Novelle schon in der nächsten Session, und darauf haben wir unsere Anträge zurückgezogen; jetzt ist man am Anfang 1895 und noch liegen die Novellen nicht vor, kommen auch wahrscheinlich in dieser Session noch nicht zum Vorschein. Herr von Bötticher hat diese Verzögerung damit begründet, daß diese Entwürfe außerordentlich sorgfältig ausgearbeitet werden, von einer Stagnation sei keine Rede. Vor einigen Wochen hörten wir von Regierungskreisen, man müsse es sich sehr wohl überlegen, ehe man auf diesem Gebiete einen weiteren Schritt thue, weil alle bisherigen sozialreformatorischen Maßnahmen nur Wasser auf die sozialdemokratische Mühle geleitet hätten. Damit ist doch angedeutet, daß man diese Gesetzgebung allmählich einschlafen lassen will. Wenn diese Gesetze lediglich der Sozialdemokratie genügt haben, so beweist dies nur, daß sie nicht weit genug gingen in der Beseitigung der Schäden unserer bürgerlichen Gesellschaft, daß sie auf die allgemeine Lebenshaltung der arbeitenden Klasse einen besseren Einfluß nicht ausgeübt haben. (Zustimmung links.) Wir haben auf die damaligen Gesetze keinen Einfluß gehabt, und doch haben sie Ungenugthuung erregt. Schlimmer noch als die Grundlagen der Gesetze selbst war deren Handhabung. Ein Grundgedanke des Unfallgesetzes bestand darin, nicht nur Unfälle zu entschädigen, sondern auch sie zu verhüten, und gerade hierin ist im bezug auf das landwirtschaftliche Gewerbe so gut wie gar nichts geschehen. Das erklärt sich vielleicht daraus, daß es sich hier um die sogenannten nothleidenden Grundbesitzer handelt, die auch sonst bei der Alters- und Invaliditäts-Versicherung besser weg kommen als die Industriellen im Westen. In das Unfallgesetz selbst müßten Bestimmungen aufgenommen werden, die den Anordnungen des Reichs-Versicherungsamtes auch die Befolgung gewährleisten. In dieser Beziehung lassen namentlich die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe betreffend der Beachtung der unfallvermeidenden Vorschriften zu wünschen übrig.

Im Gegensatz zu Herrn v. Bötticher halten wir die Grundlagen der Unfallversicherungs-Gesetze für falsch. Die Berufsgenossenschaften sind nicht in der Lage, die Unfallversicherung auf die Dauer so durchzuführen, wie es im Interesse der Versicherten, der verunglückten Arbeiter nothwendig wäre. Man hatte bei Erlaß dieser Gesetze zu der Liberalität der Berufsgenossenschaften das Vertrauen, daß sie es kaum auf Professe würden antommen lassen. Das war sogar unsere Meinung. Es würde unmoralisch, sündhaft sein, wenn die staatlichen Institute etwa wie die privaten von ihren verunglückten Nebenmenschen Profit ziehen würden. Leider sind die Berufsgenossenschaften längst vollständige Zänke von großkapitalistischen Großindustriellen geworden. Sie haben den Gesichtspunkt in den Vordergrund gestellt: möglichst wenig Rente zahlen; hier von Liberalität zu sprechen ist lächerlich. Von der Rentenzahlung versuchen sie in allen möglichen Fällen mit der Ausfindung loszukommen, daß es sich um einen Betriebsunfall gar nicht handelt. Ich habe hier einen ganzen Berg von Akten vor mir, der das Gesagte beweist. Nur einige Fälle. Ein Metzgergehilfe kam mit der linken Hand in eine Maschine und erhielt von der Berufsgenossenschaft eine Entschädigung von 10 pCt. Die Metzgerinnung hatte ihm 40 pCt. zugestimmt. Das Entschädigen der Berufsgenossenschaft führte sich auf das Urteil des Vertrauensarztes. Die Vertrauensärzte geben natürlich ihr Gutachten in den allermeisten Fällen zu Gunsten der Berufsgenossenschaften ab. Es müßten freie Ärzte zugezogen und ihnen Sitz und Stimme in den Schiedsgerichten eingeräumt werden. Besonders ungerecht sind die Theilrenten, welche aus der Bolkreute, statt aus dem vollen Arbeitsverdienst berechnet werden. Hierdurch kommen so winzige Renten heraus, daß man sich wundern muß, daß die Schiedsgerichte und Berufsgenossenschaften sich nicht schämen, sie überhaupt nur anzubieten. Ein Bauarbeiter hatte sich schwer verletzt und konnte nur auf Krücken gehen. Die Berufsgenossenschaft setzte seine Rente auf 50 pCt. herunter, unter der Motivierung, die Fortdauer seines Leidens sei nicht auf den Unfall zurückzuführen, sondern auf die schlechte Ernährung! Kommentar überflüssig. Ein Arbeiter erleidet einen schweren Rippenbruch, so daß er nur zum ganz geringen Theil erwerbsfähig ist. Er erhält 10 pCt. Rente, d. h. monatlich 3,55 M.! Und da wundert man sich, daß Unzufriedenheit in Arbeiterkreisen herrscht. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Auch das Reichs-Versicherungsamt, dem die Arbeiter bisher als letzter Instanz vertrauten, hat unter dem Einfluß der Großindustriellen in seiner Rechtsprechung den früheren Standpunkt zum Theil schon aufzugeben angefangen. Charakteristisch ist die Art, wie die Verzele und mit ihnen die Schiedsgerichte die Verunglückten betrachten. Es wird der Anspruch auf Rente wegen eines im Betriebe erlittenen Leistenbruchs zurückgewiesen, weil die Anlage zu dem Leistenbruch schon früher vorhanden war und nur nicht gleich anfangs dem Betroffenen zum Bewußsein gekommen sei! Wer Ausschluß von der Rente scheint mir auf das Größlichste gegen Sinn und Geist des Unfallversicherungs-Gesetzes zu verstoßen. Ich will durchaus nicht generalisiren, aber diese Fälle zeigen, daß einzelne Berufsgenossenschaften in der Handhabung des Gesetzes mit einer unerhörten Rigorosität zu Werke gehen.

Die lokale Organisation, wie sie für das Handwerk gedacht sei, würde auch für die industriellen Arbeiter viel besser sein als die nur dem Großkapitalismus dienbare Organisation der Berufsgenossenschaften. Die Sozialdemokratie fordert die Einbeziehung des Handwerks in die Unfallversicherung. Herr Richter und die „Freisinnige Zeitung“ hätten sich dagegen ausgesprochen und die Nothwendigkeit bezweifelt. Mit Unrecht, denn Unfälle lämen in jedem Handwerksbetriebe sehr zahlreich vor. Köme das Handwerk die Last nicht tragen, so sei seine Partei gern bereit, dem Reich die Befugnis zu ertheilen, Zuschüsse zu gewähren. Die Verschiedenheit der Unfallversicherungs-Gesetze

müsse aufhören. Jetzt beständen sechs Gesetze, drei sollten noch dazu kommen. Statt solchen Flickwerks sollte man lieber ganze Arbeit machen.

Als Ideal einer Versicherung wäre zu betrachten die Zentralisation der Kranken-, Unfall- und Alters- und Invaliditäts-Versicherung in einem großen Körper. Selbstredend müßte dazu auch ein vollständig neues Amt eingeführt werden, das Reichs-Versicherungsamt müßte ein selbständiges Reichsamt werden und zu einem selbständigen Reichs-Arbeitsamt ausgedehnt werden. Mollenbuhr hat auf die glänzenden finanziellen Resultate der Invaliditätsversicherung allerdings hingewiesen. Mit den angefallenen Ueberschüssen sollte man die Invalidenrenten liberaler bewilligen und auch an Wittwen- und Waisenversicherung denken, wie es der Nautische Verein, eine Unternehmer-Organisation, bereits ins Auge gefaßt hat. Der Uebelstand, daß die Unfallrente den Verunglückten vom Lohne abgezogen werde, wie er bei einzelnen Staatsverwaltungen noch vorkommt, bezeichnet Redner als einen höchst verwerflichen Usus. Den Anträgen Kruse und Hise werde er zustimmen, gebe aber dem Zentrum zu bedenken, daß auch der Antrag Auer keinen prinzipiellen Widerspruch erfahren habe. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Köfide (wid) hat gegen die Anträge Auer an sich nichts einzuwenden, hält aber die Zeit für so durchgreifende Änderungen des gesetzlichen Zustandes noch nicht für gekommen. Wenn den Arbeitern jetzt der Nachweis der dreijährigen Beschäftigung vor Erlangung der Altersrente für die Altersrente vielfach schwer werde, so sei das doch ihre eigene Schuld und kein Vorwurf gegen das Gesetz. (Widerpruch bei den Sozialdemokraten.) In den Berliner Anstalten sei die Kapitalansammlung schon so groß, daß man für die Renten Beiträge gar nicht zu erheben brauchte; doch könnten allerdings die Zeiten sich ändern. Die Sozialdemokraten hätten früher aber die 30 Pfennig-Rentiers gespottet und behauptet, es gäbe gar keine 70-jährigen Arbeiter; jetzt beantragten sie selbst die Erweiterung des Kreises von Rentenberechtigten! Ein solcher Umschwung sei sehr erfreulich. Den Anträgen Hise und Kruse stimmt Redner zu, glaubt indes, daß allen Wünschen der Gesetzgeber durch die Unfallversicherung doch nicht gerecht zu werden sei. Er weist dann die Angriffe Bebel's gegen die Verwaltung und Wirksamkeit der See-Unfall-Berufsgenossenschaft in einzelnen zurück. Herr Bebel habe seine Angriffe auch nicht auf Thatsachen, sondern bloß auf Vermuthungen gestützt. Keine Genossenschaft habe so scharfe Unfallverhütungsvorschriften erlassen, wie diese. Herr Singer und Herr Grillenberger führten aus, die Berufsgenossenschaften sparten wo sie könnten, auch an den Sicherheitsvorrichtungen, der sozialdemokratische Abg. Schoenlant habe dagegen im vorigen Jahre das Entgegengesetzte ausgesprochen. Hier seien also die Sozialdemokraten schon unter sich nicht einig. Es wäre überhaupt besser, wenn sie sich mehr Objektivität befeßigten und nicht mit einer gewissen Unwahrscheinlichkeit doppeltes Maß anwandten. Sie zitirten auch aus den Berichten der Fabrikinspektoren nur die ihnen günstigen Stellen, unterschlugen aber alle Ausführungen, welche das Verhalten der Arbeiter und ihre Gleichgültigkeit gegen die angebrachten Schutzvorrichtungen rügen. Nicht weniger als 26 pCt. aller Unfälle kämen auf das Konto der Unachtsamkeit der Arbeiter selbst. Im allgemeinen sei das Vorhandensein einer Unfallvorrichtung dem Arbeiter unbenquem, er arbeite lieber ohne dieselbe. Wer aber sollte ein Interesse an diesen Vorrichtungen haben, wenn nicht die Arbeiter? Würden im Zukunftsjahre Unfälle überhaupt nicht mehr geschehen? Die Angriffe Grillenberger's gegen die Berufsgenossenschaften weist Redner als unbegründet zurück. Die Schiedsgerichte änderten kaum den 18. Theil der Entscheidungen zu Gunsten der Arbeiter um. Der Mangel an Liberalität sei ein ganz haltloser Vorwurf, denn die Genossenschaften hätten nicht liberal oder illiberal, sondern sie hätten nach dem Gesetz zu verfahren. Auch für die Einrichtung der Unfallstationen hätten die Berufsgenossenschaften Anerkennung und Dank verdient.

Abg. Hilpert (Nobenburg o. L., bayr. Bauernverein) macht einige Vorschläge für die Abänderung der Altersversicherung, die in ihrer jetzigen Gestaltung in seiner engeren Heimath Franken Ungenugthuung erregt. Er plaidirt, wie es scheint, hauptsächlich für eine andere Form der Erhebung der Beiträge, für eine gleichmäßig verteilte Steuer. In der jetzigen Konstruktion sei das Gesetz für den Arbeiter kein Schutz, sondern eine Last. Die Landwirtschaft werde dadurch ganz besonders belästigt.

Abg. Meyer-Danzig (Rp.) führt aus, daß die Last der Versicherung auch für den norddeutschen Landwirth immer drückender wird, und unterstützt die auf Abstellung dieses Mißverhältnisses gerichteten Bestrebungen.

Abg. Kühn (Soj.) wendet sich gegen den Abg. Köfide, spricht aber vom Blase und ist daher für die Tribune der Journalisten nur zum Theil sichtbar und nur theilweise im Zusammenhang vernehmbar. Die Sozialdemokratie hätte in ausgedehntem Maße die Arbeiter über die Pflichten aus den Versicherungsgeetzen unterrichtet, sie hätte ein eigenes Buch als Kommentar über das Invaliditätsgesetz herausgegeben und auch ein Auskunftsbureau eingerichtet. Sie wolle auch eine Sozialreform, aber eine wirkliche, eine, die diesen Namen verdiene. Das Verlangen des Abgeordneten Steininger, die Alters- und Invalidenversicherung für die Landwirtschaft freiwillig zu machen, resp. der Armenpflege zu überlassen, entspreche ganz dem Standpunkt des Zentrums, welches bekanntlich alles auf diesem Gebiete mit der Armenpflege abmachen möchte. Herr Hise habe zwar gestern darauf hingewiesen, daß die große Mehrheit des Zentrums gegen das Invaliditätsgesetz gestimmt habe, aber das Barum habe er verschwiegen. Herr Windthorst habe den wahren Grund feinerzig ausgesprochen, weil dieses Gesetz ein sozialdemokratisches sei, welches die Begehrlichkeit der Arbeiter wecken müsse. Für die Offenheit, mit welcher Herr v. Kardorff erklärt habe, er hätte nie für diese Gesetzgebung gestimmt, wenn er gewußt hätte, daß das Sozialistengesetz aufhören würde, könnten die Arbeiter gar nicht dankbar genug sein; wüßte man doch jetzt, daß das christliche Herz des Herrn v. Kardorff mit diesen Gesetzen gar nichts zu thun gehabt habe, sondern daß er nach wie vor zu dem Dogma: Zuckerbrot und Peitsche! schwebte. Redner beschwert sich dann über die unverhältnismäßige Verzögerung der Entscheidung über die Rentenansprüche seitens einiger Versicherungsanstalten, z. B. der Schiefens, und erwählt eine Entscheidung des Reichs-Versicherungsamtes, nach welcher einem Arbeiter, der sich eine Muskelverletzung zugezogen habe, die Rente um die Hälfte, von 50 auf 25 pCt. herabgesetzt wurde, und zieht daraus den Schluß, daß das Reichs-Versicherungsamt sich doch nicht so ganz dem Einfluß und dem Drucke entziehen könne, der von Fabrikantenkreisen gegen dasselbe geltend gemacht werde. Es scheint ihm in diesem Falle eine gewisse Oberbäulichkeit bei dem betreffenden Senat vorzulegen zu haben. In einem anderen Falle erlit am 2. November 1893 ein Textilarbeiter, der schon einmal einen Unfall erlitten hatte, an derselben Stelle im Betriebe wiederum einen Unfall. Am 10. Juli 1894, also beinahe 8 Monate nach dem Unfall, ertheilt der Verzele von der Textil-Berufsgenossenschaft erst den Feststellungsbescheid für die neue Rente. So lange Zeit hat die Berufsgenossenschaft dazu gebraucht. Dieser Bescheid genügt dem



artig belästigt aus, daß die Gräfin auf der Stelle verhaftet und trotz aller Bitten sofort ins Untersuchungsgefängnis abgeführt wurde. Gestern Vormittag wurden mehrere Belästigungen durch den Untersuchungsrichter vernommen. Auch ihr Freund, der der Anklage zum Meineide verdächtig ist, soll nunmehr in Haft genommen werden.

**Anschlagsgläubiger - Zensur.** Die Monopolisten Raud u. Hartmann werden immer äppiger. Wie neulich schon den Christlich-Sozialen der Name des Königs Stumm gestrichen worden ist, so dieser Tage der hiesigen Verlagsfirma Hans Baake. In einer für die Anschlagsgläubigen bestimmten Empfehlung des in diesem Verlage erscheinenden „Sozialistischen Akademiker“ war „Der Fall v. Stumm-Wagner“ aus dem Inhaltsverzeichnis besonders hervorgehoben worden. Die Herren Raud u. Hartmann wollen aber auch von dieser harmlosen Profanisation des Menschlichen Despoten nichts wissen und so blieb der Verlagsfirma nichts übrig, als den geheiligten Namen dieses Herrn aus dem Plakat zu entfernen. Aber ebenso wenig wie den Namen des Königs Stumm wollen die Herren Raud u. Hartmann die Person des ihm wahlverwandten General-Postmeisters v. Stephan der Offenlichkeit preisgeben haben. Ein Plakat, auf dem das Erscheinen der oestern von Hans Baake herausgegebenen Broschüre des Herrn D. Bieth, Herr v. Stephan und seine Leute“ in der nächsten Nummer und unaussprechlichst Form angezeigt wurde, ist gleichfalls von den Pächtern der Anschlagsgläubigen zurückgewiesen worden!

**Bücherliche Ordnungsgläubigen.** Blumberg, das durch seine Krawalle schon eine traurige Berühmtheit erlangt hat, ist in den letzten Tagen wieder der Schauplatz wilder Szenen gewesen. Im Gasthause zum „Deutschen Hause“ hat sich zwischen einer Anzahl Knechten und den Organen der öffentlichen Ordnung eine wahre Schlacht abgespielt. Dem Gemeindevorsteher hat man das Zeug vom Leibe, dem Armbedienten den Degen von der Seite gerissen, das Blut ist in Strömen geflossen. Die Hauptbeiden waren Knechte von außerhalb, einer derselben ist in Haft behalten worden.

**Das Liebesdrama eines Dreißigjährigen.** Die unter dieser Stichmarke gestern gebrachte Mittheilung von dem Selbstmord eines Schlägters wird von zuständiger Seite dahin korrigirt, daß ein Liebesverhältnis zwischen dem Selbstmörder und der Handelsfrau Burkhart nicht bestanden hat.

**Eine Untersuchungsgefängene** hat gestern Morgen gegen 8 Uhr während der Frühstunde die Flucht ergriffen. Auf dem Spazierhofe waren acht weibliche Gefangene unter der Aufsicht einer Gefangenen-Aufsichterin mit dem Klopfen ihrer wollenen Schlafdecken beschäftigt und durch das entsetzliche Geräusch wurde es der Pflichtigen leicht, unbemerkt über die niedrige Eingangstür zu steigen, welche nach dem Hofe des Justizpalastes führt. Von hier aus nahm sie ihren Weg über die Korridore des Kriminalgerichts hinweg durch das Hauptportal und war verschwunden. Der Pflichtigen stand wegen schweren Verbrechens eine schwere Strafe bevor.

**Infolge falscher Weichenstellung** hat am Montag Abend gegen 7 Uhr in der Stralauerstraße, an der Ecke der Mühlstraße, ein heftiger Zusammenstoß von zwei Pferdebahnen der Linie Weddingplatz-Kottbusser Thor stattgefunden. Der Zusammenstoß der beiden Gefährte erfolgte in so heftiger Weise, daß die Vorderperren derselben teilweise zertrümmert und die Frontscheiben der Wagen zersplitterten. Der Schaffner Klein fiel mit dem Kopf in die Thürscheibe und erlitt so bedeutende Verletzungen, daß er nach Anlegung eines Nothverbandes in seine Wohnung geschafft werden mußte. Ein Passagier wurde an der Hand verletzt. Beide Wagen mußten sofort außer Betrieb gesetzt werden.

**Arbeitererisiko.** Abgeführt ist aus der Höhe des ersten Stockes vom Hause Neue Wilhelmstraße 8b der 17 Jahre alte Klemmerlehrling Otto Palliet aus der Schlegelstraße 9. Er sollte im Auftrage seines Lehrherrn Wichmann, Dorotheenstr. 37, den Schnee von dem genannten Hause abräumen und fiel dabei auf die Straße hinab. Ein Schuhmann des 3. Polizei-Reviers brachte den innerlich anscheinend schwer Verletzten nach einem Krankenhause.

**Durch einen herabfallenden Eiszapfen** ist am Dienstag Nachmittag um 4 1/2 Uhr ein etwa 50jähriger Mann schwer getroffen worden. Er ging vor dem Hause Friedrichstraße 242 vorüber, als sich infolge des Thauwetters ein starker Eiszapfen vom Dache löste und den Vorübergehenden mit der Spitze an der rechten Wange traf. Die Kraft des Eisstückes war so groß, daß es eine größere blutende Wunde riss. Der Hauseigentümer dürfte regrettlich gemacht werden können.

**Damon und Phintias.** Der wegen Wuchers bereits seit 6 Monaten in Untersuchungshaft befindliche Bankier Labachin hat dieser Tage den Antrag auf Entlassung aus der Haft gegen Stellung einer hohen Kaution gestellt, um seine geschäftlichen Verhältnisse zu ordnen. Die Staatsanwaltschaft wies den Antrag zurück mit dem Hinweis, daß, sobald L. auf freiem Fuß, derselbe in Gemeinschaft mit seinem Buchhalter eine Verschleierung des Thatbestandes vornehmen könne. Darauf hin erbot sich der Buchhalter, die Stelle seines Chefs im Gefängnis einzunehmen, ein Anerbieten, das jedoch von der Staatsanwaltschaft abgelehnt worden ist.

**Selbstmordversuche durch Gift** haben am Montag Abend 8 junge Mädchen verübt. Die 21 Jahre alte unverehelichte Auguste Rodow, die als Dienstmädchen bei dem in der Alten Schönhauserstraße 7-8 wohnenden Kaufmann Lewy in Stellung war, nahm Schwefelsäure zu sich und erkrankte so schwer, daß sie nach einem Krankenhause gebracht werden mußte. An demselben Abend haben sich die beiden Freundinnen Anna Hillmann und Marie Schöpf, beide 19 Jahre alt, mittels Oxalsäure zu vergiften versucht. Anna Hillmann ist Hausmädchen und hatte die Kindergärtnerin Marie Schöpf in der Charitee kennen gelernt. Am nun für ihre Tochter, die nicht immer geistig gesund ist, einen Anhalt zu haben, hatte die Mutter der Schöpf die Hillmann in ihrer Georgenstr. 46a belegenen Wohnung aufgenommen. Am Montag Morgen verließen beide die Wohnung, ohne dorthin zurückzukehren. - Warum und wo die beiden jungen Mädchen Gift genommen haben, ist noch nicht festzustellen gewesen, da beide in der Charitee mit der Sprache nicht heraus wollen.

**Witterungsübersicht vom 19. Februar 1895.**

Stationen.	Barometerstand in mm. reduziert auf Meereshöhe.	Windrichtung.	Windstärke (Stala 1-12).	Wetter.	Temperatur (nach Celsius) am 9 Uhr.
Ewinemünde . . .	763	S	1	Nebel	- 2
Damburg . . .	767	SWB	2	Dunst	- 6
Berlin . . .	766	SWB	1	bedeckt	- 2
Wiesbaden . . .	766	N	3	wolkig	0
München . . .	764	O	1	Schnee	- 6
Wien . . .	766	SWB	2	Schnee	- 9
Saparanda . . .	762	N	4	wolkenlos	- 7
Petersburg . . .	-	-	-	-	-
Cork . . .	770	SO	5	bedeckt	+ 3
Aberdin . . .	772	SWB	3	heiter	- 9
Paris . . .	767	SWB	2	heiter	- 6

**Weiter Prognose für Mittwoch, 20. Februar 1895.**  
Zeitweise aufklarendes, vorwiegend trübes Laumwetter mit geringen Niederschlägen und schwachen westlichen Winden.  
Berliner Wetterbureau.

**Auf dem Eise der Obersee** rettete am Sonntag Nachmittag der 18 Jahre alte Arbeiter A. Nyksi mit Lebensgefahr einen zehnjährigen Knaben, der unversehens eingebrochen war, das Leben.

**Polizeibericht.** Am 18. d. M. morgens wurde auf einem Grundstücke in der Triftstraße ein Mann an einem Pfahle erhängt vorgefunden. - Vormittags sprang ein Kaufmann aus dem Fenster seiner im zweiten Stocke in der Scharrenstraße belegenen Wohnung auf den Bürgersteig hinab und erlitt außer einem Bruche des Oberarmes ansehnlich schwere innere Verletzungen. - Ein mit der Befestigung des Schnees auf dem Giebel des ersten Stockes des Hauses Wilhelmstr. 8b beschäftigter Klempnerlehrling stürzte an den Bürgersteig hinab und zog sich schwere innere Verletzungen zu. - Eine in der Königsbergerstraße wohnhafte Frau und ein in der Mansteinstraße wohnendes Mädchen machten Selbstmordversuche durch Einnehmen von Gift. Beide wurden nach der Charitee gebracht. - Im Laufe des Tages fanden sechs kleine Brände statt.

**Theater.**

**Im Schillertheater** erlebte am Montag Franz von Schönbach's alter „Schwabenstreich“ eine Aufwärmung, die dem Publikum anscheinend ganz recht zu Munde ging. Warum auch nicht? Die kleinbürgerlichen Stützen dieses Theater-Unternehmens stud nicht, wie die Mitglieder der „Freien Volksschule“ zum Kampfen auch im Kunstgenuss veranlagt. Sie wollen ihre Kunst haben und die ewige Klassiker ist - Schiller hin, Schiller her - doch auch eigentlich etwas, das ein der Mode wegen dem Modernisten zustrebender Mensch sich auch doch eigentlich nicht auf die Dauer bieten lassen kann. Der Dichtung gebührt im Grunde Dank, daß sie sich im Hause hält und nicht auf das Gebiet des nachbarlichen Residenztheaters hinüberstreift. Der „Schwabenstreich“ wurde recht munter heruntergespielt. Herr Max Laurence gab den zur Dichteritis veranlagten Gutsbesitzer Lörch zwar nicht gerade mit überquellender Komik, aber er wußte sich schlecht und recht dem Ensemble seiner Kollegenschaft anzupassen. Ausgeglichen war Fräulein Wille als Frau Hildegard, und auch die beiden Töchter des Gutsbesitzerpaares waren bei den Damen Jling und Levernann gut aufgehoben. Einen vortrefflichen Indulgenten gab Herr Walden. Etwas blaß und fälschlich wurden nur die beiden Rollen des verstorbenen wie des angeblichen Schwiegersohnes von den Herren Pohlau und Georg dargestellt. Der hoffende Tamburin fand in Herrn Schmafow einen annehmbaren Vertreter. Die Regie war vortrefflich.

**Kunst und Wissenschaft.**

Eine wichtige Erfindung hat neuerdings wieder die ärztliche Technik durch die staunenswerthe Leistungsfähigkeit der Photographie zu verzeichnen. Es ist dies, wie ein hervorragendes Fachorgan mittheilt, die Möglichkeit, mittels eines von Dr. Max Nise-Berlin konstruirten photographisch-optischen Apparates, eines sog. „Photographier-Mikroskops“, ohne chirurgischen Eingriff das Innere der Harnblase zu photographiren, was erreicht worden ist, indem der zu den optischen Untersuchungen, welche schon länger bekannt und angewendet sind, benutzte Apparat so mit einem photographischen Apparate in Verbindung gebracht wurde, daß sich das im Harnblaseinnern bei der optischen Untersuchung Gesehene im photographischen Bilde festhalten ließ. Hierdurch kann in erster Reihe ein unschätzbare Anschauungsmittel für Lehrzwecke gewonnen werden. Im übrigen aber ist dadurch auch ermöglicht, den Entwicklungsengang eines pathologischen Prozesses im Harnblaseinnern in allen Phasen zu verfolgen, da sich auf den optisch-photographischen Faltungen des Apparates Geschwülste, Blasensteine, Tuberkelknötchen u. dgl., sowie auch die oft eigenartigsten in die Harnblase eingebrungenen Fremdkörper, wie Haarnadeln zc., mit erstaunlicher Präzision und Klarheit abbilden lassen. Allerdings sind die Originalaufnahmen nur 28 Millimeter groß. Sie vertragen jedoch ohne Schaden für ihre Genauigkeit eine sechsfache Vergrößerung, so daß völlig ausreichende Bilder von 3 Zentimeter Durchmesser erhalten werden können.

**Gerichts-Beitrag.**

Mit besonderer Ausdauer hat die Staatsanwaltschaft ein Verfahren wegen Preisvergehen aufrecht gehalten, welches gestern durch Urteil der vierten Strafkammer des Landgerichts I. zum Abschluß gelangte. Im Oktober 1892 entfiel die „Katholische Volkszeitung“ einen Artikel über die Verhältnisse der Simultan-Schule eines Forstes in der Nähe von Hagenau. Die bei der Schule angestellten Lehrkräfte stellten sich durch den Inhalt des Artikels beleidigt und stellten gegen den Redakteur der genannten Zeitung, Karl Kähler, Strafantrag. Dieser gab seine Verantwortlichkeit zu, erklärte aber, im vollen Umfange den Beweis der Wahrheit antreten zu wollen. Es fanden zeitraubende und eingehende kommissarische Vernehmungen statt. Der Termin zur Hauptverhandlung war bereits anberaumt, als der Angeklagte mit der Behauptung auftrat, daß er zur fraglichen Zeit beurlaubt gewesen wäre und den beanstandeten Artikel gar nicht zu Gesicht bekommen habe. Wenn man ihn trotz dessen als verantwortlichen Redakteur ausgeführt habe, so sei dies versehenlich geschehen, während der Zeit seines Urlaubes hätte der Chefredakteur Dr. Marcour als verantwortlicher Redakteur zeichnen müssen. Da der letztere diese Angaben im Termine vollumfänglich bestritt, auch einräumte, daß er die Aufnahme des Artikels angeordnet habe, so mußte der Angeklagte freigesprochen werden. Da nun aber inzwischen sechs Monate seit dem Erscheinen des Artikels verstrichen waren, so konnte infolge Verjährung nicht mehr gegen Dr. Marcour vorgegangen werden. Nun machte die Staatsanwaltschaft die Befragung des Redakteurs Kähler aus einem anderen Gesichtspunkte zu erwirken. Es wurde nämlich angenommen, daß derselbe wider besseres Wissen den von ihm erhobenen Einwand erst so spät geltend gemacht habe, um dadurch eine strafrechtliche Verfolgung des verantwortlichen Redakteurs wirkungslos zu machen. Es wurde gegen Kähler Anklage wegen Betrug in Aussicht genommen. Derselbe, der inzwischen die Redaktion eines Danziger Blattes übernommen, wurde auf seinen Antrag vom persönlichen Erscheinen zur Hauptverhandlung in dem neuen Verfahren entbunden. Im Termin erbot sich sein Verteidiger, Rechtsanwalt Schneider, als Zeuge für ihn aufzutreten. Der Gerichtshof hielt es aber doch für notwendig, den Angeklagten persönlich zu vernehmen, der frühere Befehl wurde wieder aufgehoben und der Angeklagte hatte zur Wahrnehmung des gestrigen Termins die Reise von Danzig nach Berlin zu unternehmen. Er versicherte, daß er im besten Glauben gehandelt habe. Er sei auch heute noch der Ansicht, daß der Beweis der Wahrheit über die in dem Artikel gemachten Angaben im vollen Umfange gelungen wäre. Erst später sei ihm zum Bewußtsein gekommen, daß er zur fraglichen Zeit gar nicht in der Redaktion thätig gewesen und als er dies seinem Verteidiger mitgeteilt habe, sei ihm der Rath geworden, doch lieber der Einfachheit wegen diesen Einwand geltend zu machen, um sich zu entlasten. Der Verteidiger, der als Zeuge vernommen wurde, bestätigte die Angaben des Angeklagten, der darauf nach dem Antrage des Staatsanwalts freigesprochen wurde.

**Die Geschichte eines Lotteriegewinnes**, welche gestern vor der 133. Abtheilung des Schöffengerichts erörtert wurde, gewährte recht interessante psychologische Einblicke. Der Tischlergeselle Wilhelm Dannenberg ließ sich im Herbst 1893 von seinem Kollegen, dem Tischler Ernst Krause überreden, sich zu zweidrittel an einem Zehntel der sächsischen Lotterie zu beteiligen. Am 20. November erschien Krause in größter Auf-

regung in der Werkstatt, wo Dannenberg arbeitete. Er theilte ihm mit, daß er soeben die telegraphische Anzeige erhalten habe, daß das Loos mit einem Haupttreffer von 200 000 Mark gezogen sei. Für Dannenberg wäre die freudige Ueberraschung bald zu stark gewesen, doch bewahrte er noch so viel Besinnung, den Nobel auf der Stelle hinzulegen. Der glückliche Gewinner erklärte, daß er sofort das Geld haben müsse, wenn es auch Opfer koste, worauf Krause bereit war, dies Geschäft zu vermitteln. Die beiden trafen in einer Drochke zu einem Bankier in der Stralauerstraße, Dannenberg erwartete das Ergebnis der Verhandlung in einer Restauration. Endlich erschien Krause. Er hatte das Geschäft abgeschlossen. Wie Dannenberg behauptet, hat Krause ihm 10 600 Mark in großen Scheinen ausgezahlt mit dem Bemerkten, daß der Gewinnantheil nach Abzug der Kosten diese Summe ausmache, 400 M. habe er dem Bankier gegeben und den dann noch verbleibenden Ueberschuß von 66 2/3 M habe er sich selbst für seine Bemühungen abgezogen. Dannenberg war mit allem zufrieden; er ließ den im Lokale befindlichen Gästen Wein geben, trank selbst genügend, und ging in seinem Freudentaumel so weit, daß er dem Krause einen Tausendmarktschein schenkte, weil dieser geklagt hatte, daß er nicht nur zwei Drittel seines Looses, sondern auch noch das letzte Drittel abgegeben hatte. Krause mußte erst durch Zureden der übrigen Gäste bezwogen werden, den Schein zu nehmen. Am folgenden Tage wurde ein Ausflug nach Pantow unternommen. Drei Droschken bargen die von dem Glückskinde Geladenen, der Champagner ist nach Krause's Angaben in Strömen geflossen. Nach wenigen Monaten erzielte Dannenberg bei Krause. Er hat um ein Darlehen von mehreren hundert Mark. Er hatte ein Geschäft gekauft und war dabei hineingefallen. „Wie gewonnen, so zerronnen!“ Krause verhielt sich ablehnend. Dannenberg wollte sein Geschenk von 1000 M. zurückziehen, er beschritt den Klageweg und erzielte auch ein obliegendes Erkenntnis. Er zeigte dann dem Krause noch wegen Betruges an, indem er behauptete, daß der letztere ihn bei Auszahlung des Geldes überverteilt habe. Nach Abzug der üblichen 15 pCt. seitens des Staates betrug der Gewinn 16 900 M. Davon erhielt Dannenberg 2/3, also 11266 2/3 M. Der Bankier hatte 400 M., Krause 66 2/3 M. erhalten. Dannenberg hätte somit also 10 600 M. erhalten müssen. Anstatt dessen habe Krause ihm nur 10 600 M. gegeben. Der letztere blieb dabei, daß er 10 600 M. ausgezahlt habe. Da trotz der eingehenden Beweisaufnahme eine Klärung des Sachverhältnisses nicht erzielt werden konnte, mußte die Freisprechung des Angeklagten erfolgen.

**Veranstaltungen.**

**Die Kranken- und Sterbefälle der Berliner Hausdiener** hielt am 25. Januar eine Generalversammlung ab. Die Erhöhung der Beiträge von 45 auf 55 Pfg. wurde nach kurzer Debatte angenommen, ebenso ein Antrag des Kollegen W. d. d. Erhöhung der Beiträge mit Genehmigung des diesbezüglichen Status in Kraft treten zu lassen. Nach der Wahl des Vorstandes gelangte ein Vorschlag des Vorstandes zur Verhandlung, dahingehend, daß die Kasse sich dem Hamburger Verbands anschließen möge. Ein Antrag des Kollegen W. d. d., den Vorstand zu ermächtigen, dem Verbands beizutreten, wenn es sich für die Kasse vortheilhaft erweise, wurde angenommen. Im vergangenen Jahre betrug die Einnahme 37 741,26 M., die Ausgabe 18 400,44 M., mithin verbleibt ein Vermögen von 19 340,82 M.

**In der Branchenversammlung der Kohleger und Gehilfen**, die am 10. Februar tagte, referierte Genosse Schoepflin über das Thema: „Gott Mammon und sein Paradies“. Eine Diskussion über den Vortrag fand nicht statt. Von der in letzter Versammlung gewählten Kommission, welche den Fall „Dahlke“ untersuchen sollte, wurde berichtet, daß die Handlungsweise des Arbeitsvermittlers in diesem Falle nur zu billigen sei, übrigens seien auch die Angaben des betreffenden Kollegen nicht ganz zutreffend gewesen. Des weiteren wurde bekannt gemacht, daß wiederum ein Kollege wegen Verleumdung und ungebührlichen Betragens im Arbeitsnachweis von Benutzung desselben ausgeschlossen worden sei. Die Kollegen werden ersucht, um derartige Fälle zu vermeiden, sich mehr nach dem Reglement im Arbeitsnachweis zu richten. Kollege Karpentel machte hierauf auf die am 10. März stattfindende Branchenversammlung aufmerksam, dieselbe finde stets regelmäßig jeden zweiten Sonntag im Monat Annenstraße 16 statt, um rege Agitation für besseren Besuch derselben wurde gebeten.

**Der Verband der Vergolder** beschäftigte sich in seiner Versammlung am 11. Februar mit der Stellung zur Einführung einer Arbeitslosen-Unterstützung. Das Referat hielt das Mitglied Bege, dessen Ausführungen allseitig zustimmend aufgenommen wurden. Zur Erledigung stand sodann die Wahl des Vorstandsvorsitzenden, mit welchem Amt das Mitglied N. a. u. betraut wurde. Den streitenden Kollegen in Warmbe spricht die Versammlung ihre Sympathie aus und erucht die Kollegen der hiesigen Filiale, sich fleißig an den Sammlungen zu beteiligen. Den streitenden Pariser Kollegen wurden 50 Fr. aus der Vereinskasse bewilligt.

**Eine Mitgliederversammlung** der in der Kürschnerbranche beschäftigten Arbeiter tagte am 11. Februar. Den ersten Gegenstand der Tagesordnung bildete ein Referat der Frau Rohrlach über: „Die Verwendung der weiblichen Arbeitskraft“. Der Vortrag wurde von den Anwesenden allseitig zustimmend aufgenommen und in der Diskussion die Mitglieder angefordert, recht rege die Bes. Abende zu besuchen. Unter Erinsangelegenheiten fand die Wahl eines Vergnügungskomitees Erledigung. Das Amt eines ersten Schriftführers wurde dem Kollegen Junge übertragen.

**Die Kürschner** hielten am 11. Februar ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Frau Rohrlach sprach in einem interessanten Vortrag über „Moderne Großindustrie“. In der Diskussion äußerten sich mehrere Redner im Sinne des Referats. Unter Vereinsangelegenheiten wurde beschlossen, das Silvesterfest des Verbandes an einem Sonnabend abzuhalten. Hierauf gab Frau Kiebe bekannt, daß der nächste Bescheid für Frauen und Mädchen am 15. Februar stattfindet und wünscht, da kein Entree erhoben wird, eine größere Beteiligung. Sodann schritt man zur Wahl des 1. Schriftführers und wurde Kollege Junge mit dem Amt betraut. Kollege Michaelis legte sein Amt als Vertrauensmann nieder. Selbständiger Kollege Thomsen machte bekannt, daß der Klub der Selbständigen sich zu einem Interessentenverein der selbständigen Rührmacher konstituirte habe. Zum Schluß wurde vom Vorsitzenden bekannt gegeben, daß die nächste Versammlung am 11. März stattfindet.

**Der deutsche Holzarbeiterverband** (Zahlstelle Berlin) hielt am 12. Februar eine außerordentliche Generalversammlung ab behufs Berichterstattung der Statutenberathungs-Kommission und Wahl der Delegirten zum Verbandstag. Nachdem der Vorsitzende eine kleine Uebersicht über die von der Kommission geleistete Arbeit gegeben, wurde in die Berathung selbst eingetreten. Kollege Glode verlas die bisherigen Paragraphen und setzte die hierzu gestellten Abänderungsanträge an den betreffenden Stellen hinzu, die dann von dem Vorsitzenden der Kommission begründet wurden. Größere Debatten fanden statt bei dem § 7 wegen Wiederaufnahme ausgeschlossener Mitglieder; bei § 9 betreffend die Erniedrigung der Reise-Unterstützung. Die verschiedenen, hierzu von der Versammlung gestellten Anträge wurden abgelehnt und der Kommissionsantrag angenommen. Bei § 12 wurde, nicht wie beantragt 15 M., sondern 20 M. Unterstützung angenommen. Ein Antrag aus der Versammlung, eine Arbeitslosen-Unterstützung einzuführen, wurde vertagt und die Verwaltung angewiesen, denselben „eventuell“ der nächsten Generalversammlung



## Parlamentsberichte.

Abgeordnetenhaus.

28. Sitzung vom 19. Februar, 11 Uhr.

Von Ministertische: Riquel, Schönstedt und Kommissarien.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Verathung des Gesetzentwurfs betreffend die von der Umgestaltung der Klassen im Bereich der Verwaltung der direkten Steuern betroffenen Beamten.

Finanzminister Riquel: Der vorliegende Gesetzentwurf ist bedingt durch das Gesetz betreffend die Aushebung direkter Staatssteuern vom 14. Juli 1893. Danach werden die Staatsklassen im Bereich der Verwaltung der direkten Steuern die Sammelstellen der von den Gemeinden und selbständigen Ortsbezirken zu erhebenden Steuern und Renten bilden. Hierdurch ist eine durchgreifende Umbildung derjenigen Klassen erforderlich, welche gegenwärtig mit der elementaren Erhebung der sämtlichen direkten Staatssteuern betraut sind. Die Klassen in den sieben östlichen Provinzen tragen schon jetzt im wesentlichen den Charakter von Sammelstellen. 587 Klassen gelangen zur Aufhebung. In Bezug auf die durch diese Organisation verfügbar werdenden Beamten soll ähnlich verfahren werden, wie bei der Reorganisation der Eisenbahnverwaltung. In dieser Beziehung trifft der Gesetzentwurf Bestimmungen über die Dauer der Jurisdiktionstellung, die theilweise Berechnung des bisherigen Einkommens aus der Verwaltung gewisser Nebenämter und die Aufrechterhaltung der mit der Verwaltung der Nebenämter verbundenen Pensionsansprüche. In Zukunft werden diese Beamten materiell gesicherter sein als vorher. Materielle Verluste werden sie in keiner Weise erleiden.

Abg. Krawinkel (ntl.) bezweifelt, daß für diese Beamten materielle Verluste nicht vorzukommen würden; ein großer Theil der Beamten ist nicht fixirt und hat erheblich mehr Einnahmen als 4200 M., worauf der Gesetzentwurf die Bezüge beschränkt. Neben empfiehlt deshalb, den Beamten ihr bisheriges gesichertes Einkommen zu belassen, zumal die Mehrzahl der Beamten sich in rühmlichem Alter befindet, da ja 43 pCt. derselben zur Verfügung gestellt werden, bei der Eisenbahnverwaltung aber nur 3 pCt. der Beamten. Der Minister sollte die Rentmeister, soweit sie noch arbeitsfähig sind, verwenden für die Stellen der Lohnrentmeister, für die Lotterien, Einnehmerstellen und besonders als Revisionenbeamte für die Gemeindefassen, wozu sie besonders geeignet sind.

Geheimer Oberfinanzrath Wassach erklärt, daß die Rentmeister vielfach Einnahmen aus Nebenämtern beziehen; da die Genehmigungen zur Uebernahme von Nebenämtern nur auf Widerruf erteilt werden, so könne der Staat dieses Nebeneinkommen den Beamten nicht garantieren.

Abg. v. Votelberg (l.) erkennt die Nothwendigkeit der Vorlage wegen der Umgestaltung der Steuerverwaltung an. In betreff der überflüssig werdenden Beamten mildere die Vorlage alle Härten.

Abg. v. Cnatten (3.) empfiehlt auch die Fürsorge für die zur Verfügung gestellten Beamten und bittet, um die Tragweite übersehen zu können, der Kommission eine Nachweisung über die Einnahmen derselben aus Nebenämtern vorzulegen.

Finanzminister Riquel: In der Kommission wird sich herausstellen, daß eine generelle Regelung dieser Frage unmöglich ist.

Abg. v. Cnurn (ntl.) weist daraufhin, daß die Rentmeister ihre Lebenshaltung ihren jetzigen Einnahmen angepaßt haben; jetzt müssen sie auf ihre Einnahmen verzichten und zwar ohne ihre Schuld.

Abg. Willebrand (3.) hält dafür, daß den Beamten ihr bisheriges Einkommen vollständig gewährt werden müsse.

Die Vorlage wird der Budgetkommission überwiesen. Es folgt die erste Verathung des Entwurfs eines Stempelgesetzes.

Abg. Noelle (ntl.) ist damit einverstanden, daß der Entwurf unter Festhaltung der bisherigen Grundlage der preussischen Stempelsteuer-Gesetzgebung die zerstreut liegenden Gesetze und Verordnungen einheitlich zusammenzufassen soll, daß er diejenigen Bestimmungen, welche sich bis in die Gegenwart hinein bewährt haben, unberührt läßt, andere veraltete und den Bedürfnissen des heutigen Verkehrs nicht mehr entsprechende Bestimmungen ausfondert oder ändert, vorhandene Lücken ergänzt und anerkannte Härten durch Herbeiführung einer gerechteren, insbesondere die weniger bemittelten Klassen der Bevölkerung mehr berücksichtigende, Besteuerung mildert. Die Besteuerung der Standeserhöhungen und königlichen Gnadenbeweise kann, wenn die Regierung sie vorschlägt, von einem Abgeordneten kaum bekämpft werden; es wird sich sogar fragen, ob nicht der geheime Kommerzienrath noch viel zu gut wegkommt, während andere Personen vielleicht schwer belastet werden, z. B. ein Privatgelehrter, der Professor, oder ein Arzt, der Sanitätsrath wird. Erleichterungen bringt die Vorlage mit der Zurückzahlung des Stempels für Geschäfte, die nicht rechtsgültig geworden sind, und bei der Aenderung des Fiktivstempels nach der Höhe der Objekte; die geringeren Objekte werden von 1,50 M. auf 0,50 M. ermäßigt. Warum sollen nur von Ärzten und Apothekern, nicht auch von anderen Personen Gebühren für die Approbation verlangt werden? Gerade nach Beendigung der Studierzeit, wenn der Arzt seinen Beruf erst anfängt, ist die Gebühr aber schwer drückend. Gerechtfertigt ist aber die Gebühr für die Genehmigung von gewerblichen Anlagen aus Grund des § 16 der Gewerbeordnung. Sehr befehlend ist aber die Veränderung der Besteuerung der Polizen. Die Versicherungen sollten gefördert werden, namentlich für die kleinen Leute; daß in anderen Staaten die Gebühren dafür höher sind, ist nicht durchschlagend. Bei solchen Vergleichen muß man doch die ganzen Steuerverhältnisse in Betracht ziehen; sonst hätte ja auch der Finanzminister Verdreifachung des Immobilienstempels vorschlagen können, wofür sich auch Beispiele in anderen Ländern finden. Soweit der Fiktivstempel die Grundstücke, Spekulationen treffen soll, ist dagegen nichts einzuwenden. Allein es finden sich doch bei Grundstückskäufen auch oft berechtigte Vermittlungsgeschäfte. Einer Gemeinde würde ohne solche Vermittlung der Kauf von Grundstücken sehr theuer werden. Es möchte eine Bestimmung getroffen werden, daß eine an demselben oder dem nächsten Tage erfolgte Fiktion dem billigeren Fiktivstempel, nicht dem Immobilienstempel unterliegt. Die größten Bedenken erregt aber die Steuer auf die Miethsverträge, weil der Grundfah verlassen wird, daß nur die Urkunden besteuert werden sollen, nicht das Geschäft. Bei Miethsverträgen handelt es sich nicht mehr um eine Urkundensteuer, sondern um eine Miethsteuer. Das ist um so bedenklicher, als die Konsequenz in Bezug auf die Pachtverträge nicht gezogen worden ist. Die Miethsteuer würde sehr tief eingreifen in die Privatverhältnisse, weil eine scharfe Kontrolle notwendig wäre, und weil die Entlastung dadurch, daß die Miethsverträge nur erleichtert werden, soweit sie auf ein Jahr geschlossen sind und unter 300 Mark bleiben, für die Miethsverträge mit kürzeren Fristen bei einem Jahresmietvertrag von über 300 Mark nicht Platz greift. Alle Hoteliers und alle Zimmervermieter müssen schließlich den Stempel bezahlen. Es kann für ein Hotelzimmer,

welches gegen 1 Mark täglich vermietet wird, da die Jahresmiete 365 Mark beträgt, für jeden Vermietungstag, wenn ein Wechsel der Gäste eintritt, eine Stempelgebühr von 50 Pf. erhoben werden. Ueber den Lombardverkehr und den dazu einzuführenden Stempel werden vielleicht berufenere Kräfte sprechen. Bedenklich ist aber die Doppelbesteuerung der Gesellschaftsverträge und besonders die Besteuerung der Kauf-, Tausch- und Pachtverträge, deren Nothwendigkeit nicht nachgewiesen ist, die aber tief eingreift in alle möglichen wirtschaftlichen Vorgänge. Wie leicht können dabei Konflikte mit der Steuerbehörde vorkommen! Dann kommen die Vorstände der Stempelsteuerbehörden, und da Thatsachen vorliegen, welche die Vermuthung rechtfertigen, daß die Stempelsteuer-Gesetze verkehrt sind, wird ein Geschäftsmann gezwungen werden können, seine Bücher vorzulegen. Darunter wird die Geschäftswelt leiden. Die Mindereinnahmen aus der Rückzahlung der Stempelgebühren wird auf 1 1/2 Millionen Mark berechnet. Bei den Hauptpositionen des Tarifs, bei Miethen, bei Kaufungen, Hypotheken u. s. w. kann es sich niemals um eine Stempelentlastung handeln. Ich kann mir also nicht berechnen, wie eine Einnahmeverminderung von 1 1/2 Millionen entstehen kann. Sonst sind Zahlen nicht angeführt, es heißt immer nur „erheblich“ oder „nicht erheblich“ werden die Einnahme-Aussfälle oder die Mehreinnahmen nicht sein. Ein Fraktionsgenosse hat ausgerechnet, daß allein die Einnahmen aus den Schlüsseln für Zuder und Zuckerrüben sich um 400 000 Mark erhöhen werden. Der Mangel an statistischem Material kann es nicht entschuldigen, daß die Begründung nicht ausführlich ist. Für einzelne Positionen läßt sich doch das Material leicht beschaffen. Die Kommission muß in den Stand gesetzt werden, die Wirkungen der gemachten Vorschläge zu beurtheilen. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Finanzminister Riquel: Die Zurückzahlung des Stempels in diesem Falle und in manchen anderen wird ganz erhebliche Mindereinnahmen herbeiführen. In anderen Beziehungen werden allerdings nicht unerhebliche Mehreinnahmen einkommen; aber einige sind nicht wegen der Mehreinnahme vorgeschlagen, sondern aus besonderen wirtschaftlichen und sozialen Gründen. Da komme ich auf die Besteuerung von Grundstücken. A. kauft ein Grundstück und zahlt es an B, dieser an C u. s. w. bis F; es wird immer nur ein niedriger Stempel gezahlt, trotzdem es sich um die Uebertragung von Grundbesitz handelt. Bei diesem Fiktivwechsel wird immer der Kaufpreis erhöht, dadurch wird eine Vertheuerung der Grundstücke und der Wohnungen herbeigeführt. Wenn man die englischen Wohnungsverhältnisse ansieht, so ist man erstaunt, wie viel billiger die englischen Arbeiter wohnen, als die deutschen. Das kommt von der Stabilität des Grundbesitzes her, davon, daß der Grund und Boden nicht zu einer Waare gemacht wird. (Zustimmung rechts.) Die Ausnahmefälle, die der Vordrucker angeführt hat, können ausgenommen werden, aber ich möchte Sie bitten, sie auch gesetzlich zu formulieren. Die Gesellschaftsverträge, so weit es sich darum handelt, Immobilien einzubringen in eine Gesellschaft, bilden auch nur eine Veräußerung. Warum soll die Veräußerung von einem Individuum an eine Gesellschaft steuerfrei bleiben, aber nicht die Veräußerung von Individuum zu Individuum? Seit 1822 ist eine ganze Reihe von Mobilienverträgen entstanden; der Verkehr in diesen Werthen muß erfasst werden, und zwar lediglich der Gerechtigkeit wegen, aus sozialen Gründen, nicht aus Feindschaft gegen diese Werthe. Die Konzeptionsgebühren können nicht gut grundsätzlich bekämpft werden. Wenn eine Jubiläumsgabe gemacht wird, dann muß der Staat die Klagen der Adjazenten entgegennehmen. Es werden Sachverständige gehört, es wird vor dem Bezirksausschuß verhandelt u. s. w. und das alles soll der Staat wurscht thun? In die Kommunalbesteuerung wird durch die Stempelsteuer nicht eingegriffen. Die Kommunen haben das Recht, alle Akte der Baupolizei mit Gebühren zu belasten, die von der Stempelsteuer nicht getroffen werden. Für die Jagdscheine ist allerdings eine Besteuerung von 5 M. in Aussicht genommen. Eine Gemeinde kann die Jagdscheine nicht gut besteuern; anders liegt die Sache in den Kreisen. Aber da die Jagdpolizei zu Kosten des Staates liegt, ist es wohl berechtigt, eine staatliche Gebühr zu erheben. Das schließt nicht aus, daß die heutige Ordnung, daß die Jagdscheine in den Kreisen besteuert werden, aufrecht erhalten und ausgestellt wird. Denn z. B. im Osten ist die Gebühr von 3 M. viel zu niedrig. (Hört! rechts.) Eine Reihe von Positionen ist in den Tarifen, die sehr bestritten werden können. Der Lombardstempel besteht heute in Höhe von 1/2 pCt., während wir 1/10 pCt. vorschlagen. Der jetzige Stempel könnte kaum zur Anwendung kommen bei kurzfristigen Geschäften; deshalb hat man denselben umgangen, indem man ein offenes Konto einrichtete. Wir standen vor der Frage, soll der Lombardstempel aufgehoben werden? Ich war anfänglich für die Aufhebung. Aber wenn wir die Schuldverschreibung vertheuern, können wir die durch Offekten gedeckte Schuldverschreibung frei lassen? Schließlich müßten wir mit dem Lombardstempel auch den Stempel auf Schuldverschreibung aufheben. Das können wir doch nicht. Warum sollte man Kauf- und Pachtverträge steuerfrei lassen, während alle anderen Verträge besteuert werden? Das Gesetz ist in seiner Gesamtbetrachtung mir so wichtig, daß ich keineswegs mich auf die einzelnen Tarifpositionen verweisen werde. Bezüglich der Miethsverträge wollen wir auch nur eine einheitliche Besteuerung erzielen. Eine Erleichterung entsteht dadurch, daß die Steuerpflicht erst bei mehr als 300 M. beginnt. Wenn durch die Besteuerung der mündlichen Verträge die Zahl der schriftlichen sich vermehrt, so ist das nur erfreulich. Auf Grund der uns vorliegenden Materialien ist es nicht möglich, die Mehr- oder Mindereinnahmen genau zu berechnen. Wir werden das Material geben, welches vorhanden ist, das ist aber sehr unsicher und bezieht sich nur auf einzelne Tarifpositionen. Ich stehe aber nicht an, meine persönliche Meinung auszusprechen, daß wir, wenn auch in nahigen Grenzen, aus diesem Gesetze Mehreinnahmen haben (Heiterkeit), und ich halte das für erwünscht. Denn selbst wenn es gelingt, trotz des Widerstandes des Abg. Richter im Reichstage, zu einer mäßigen Erhöhung der eigenen Einnahmen des Reiches zu kommen, wenn es gelingt, zu einer Ausgleichung der Einnahmen und Ausgaben Preussens zu gelangen, so sind damit doch unsere staatlichen Bedürfnisse noch nicht befriedigt, und ich glaube, daß nicht viele hier sehen, die sich vor einer staatlichen Mehreinnahme von einigen Millionen fürchten. Anders wäre die Sache, wenn wir in einer Zeit des Ueberflusses lebten, wenn wir Steuern erlassen könnten dann würde die Stellung zu einem solchen Gesetze anders sein. Aber diese Lage liegt nicht vor. Wir wissen alle, daß wir keine Aussicht haben, durch eine natürliche Steigerung neuer Einnahmequellen aus dem Defizit herauszukommen. Es ist sehr schwer, ein solches Gesetz wie dieses vor Ansetzungen im einzelnen zu schäzen. Manche Position kann mit guten Gründen angefochten werden. Ich habe daher in vollem Vertrauen auf die objektive Behandlung durch dieses Haus mich entschließen können, einen solchen umfassenden Gesetzentwurf vorzulegen und nicht eine Novelle, wodurch die Klarheit nicht so groß geworden, aber die Verhandlungen hier vielleicht leichter gewesen wären. Aber eine Verminderung der staatlichen Einnahmen darf auf keinen Fall eintreten.

Abg. Klasing (l.): Die Nothwendigkeit einer einheitlichen Ordnung des Stempelwesens erkenne ich an, wenn auch nicht in dem Maße wie der Minister. Erfreulich ist die Möglichkeit, auch nach Abschluß dieses Vertrages zwischen Mobilien und Immobilien eine Scheidung eintreten zu lassen, und die Möglichkeit der Rückzahlung für nicht ausgeführte Verträge u. s. w., ferner Steuerbefreiung für Arbeitsverträge bis 1500 M. Aber lassen diesen Erleichterungen gegenüber steht eine große Zahl von Erschwerungen für die Steuerzahler. Der Briefwechsel soll mehr als bisher der Stempelsteuer unterzogen werden; die Anwälte sollen zur Anzeige von Stempelpflichterziehungen gezwungen werden; für Hypotheken, Urkunden und Erbverträge wird ein Werthstempel statt des Fiktivstempels eingeführt; Erschwerungen treten ferner ein für die Miethsverträge, Gesellschaftsverträge, Vollmachten und Versicherungspolizen. Diese Erschwerungen werden gegenüber den Erleichterungen genau abgewogen werden müssen. Eine Verminderung der Einnahmen des Staates darf nicht eintreten, gegen eine Vermehrung der Staatseinnahmen haben wir nichts einzuwenden, soweit diese Mehreinnahme nicht zu steuerlichen Härten führt, soweit die Steuer nach der Leistungsfähigkeit bemessen wird und soweit eine vegetarische Handhabung durch amtliche Behörden vermieden wird. Zu einer Erhöhung der Staatseinnahmen ohne alle Grenzen können wir nicht die Hand bieten; wir können nicht einen Sprung ins Dunkle machen, ohne daß wir über die Mehreinnahmen wenigstens schätzungsweise etwas erfahren haben. Die Stempelpflichtigkeit auch der mündlichen Miethsverträge ist vielleicht der finanzielle Angelpunkt der ganzen Vorlage; diese Tarifposition muß allein eine sehr erhebliche Mehreinnahme bringen. Wenn sich starke Mehreinnahmen ergeben, dann müßten die Stempel für Kauf- und Pachtverträge in erster Reihe ermäßigt werden; manche meiner Freunde halten diese Stempel-Position überhaupt für unannehmbar. Es wird durch die Besteuerung der Kauf- und Pachtverträge das Handwerk besonders geschädigt, auch weil hier gerade eine sehr erhebliche Strafe festgesetzt ist, und weil ein Eindringen der Steuerbehörden in die Privatverhältnisse möglich ist. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Der Stempel soll 1/10 betragen, während die Börsensteuer doch nur 1/10 beträgt. Wie kann man den Landwirth und Handwerker stärker besteuern als die Börsenleute! Die Versicherungsverträge sind zu theuer, namentlich so weit es sich um kleinere Beträge handelt. Sie sind genügend belastet, wir haben nicht die Absicht, daran etwas zu ändern. (Zustimmung rechts.)

Abg. Richter (fr. Sp.): Es giebt sich eine erfreuliche Uebereinstimmung der Kritik auf allen Seiten des Hauses kund. Ehe ich einstimme in die Kritik, möchte ich dem Finanzminister meinen Dank aussprechen. Ich beglückwünsche dem Finanzminister zu seinem Einfall, die Einkommensteuer zu befeuern. Er hat hier eine Quelle erschlossen, nur bedauere ich, daß er nicht die vollen Konsequenzen des Prinzips gezogen hat, daß er mit einer Schüchternheit vorgegangen ist, die ihm sonst nicht eigen ist bei Steuerfragen. Es sollen die Personen, denen solche Stempelverleihungen zu theil werden, sich wenigstens um die Staatskasse ein Verdienst erwerben. In Württemberg ist ein Fiktiv 20 000 M. werth, da sollte er doch in Preußen etwas mehr als 3000 M. werth sein. (Heiterkeit; Zischen rechts.) Warum beschränkt man sich auf die Kammerherren- und Kammerjunkerwürden, warum geht man nicht in die höheren Hofchargen hinaus? (Heiterkeit; Zischen rechts.) Jeder Titel sollte besteuert werden, der nicht mit einem Aute verbunden ist. Ein Kommerzienrath oder ein Geheimer Kommerzienrath ist mehr werth als ein Fürst. Ich würde einen solchen Hofchargen zwei anderen Fürsten gleichsetzen, und ich würde die Titel Wirklicher Geheimer Ober-Kommerzienrath u. s. w. noch neu einführen. (Heiterkeit; Zischen rechts.) Auch die Rathskölle könnten versteuert werden, und auch die Exzellenzen sollte man nicht vergessen; die Minister ausgenommen. Warum verschont man denn die Orden? Ritter v. p. ist doch mehr werth als ein Kommissionsrath. Den ersten Orden würde ich niedriger besteuern, die späteren um so höher; denn wo einmal ein Adler sich niedergelassen hat, da kommen bald mehrere. (Heiterkeit, Zischen rechts.) Daß jemand wider seinen Willen Sanitätsrath wird, ist mir nicht bekannt geworden. Ich habe nur erlebt, daß jemand wider seinen Willen Herzog geworden ist (Zischen rechts), aber ich meine, es ist das Grundrecht jedes Preußen, Titel zurückzuweisen. Wenn aus besonderen Umständen der Behörden einem einzelne Vortheile erwachsen, dann müssen die Stempel denjenigen zusteigen, welche die Bemühungen haben, also z. B. bei ortspolizeilichen Leistungen der Gemeinde, welche die Ortspolizei zu verwalten hat. Wenn durch Reichsgesetz Bedingungen für die Erlaubnißerteilung festgesetzt sind, dürfen die Bedingungen nicht durch Landesstempel erschwert werden oder es müßte wenigstens der Stempelbetrag durch Reichsgesetz festgesetzt werden. Nachdem die neuere Gesetzgebung die Betriebssteuer neben der Gewerbesteuer eingeführt hat, seitdem die Gemeinden die Luftbalkensteuer ausgedehnt haben, sollte man den Stempel dafür nicht noch erhöhen. Der Stempel für Apotheken kann nur festgesetzt werden bei Regelung der Apothekengesetzgebung, denn wenn die Apothekenverhältnisse so bleiben wie jetzt, sind 60 M. viel zu wenig. Für die Kleinbahn ist eine Stempelabgabe von 100 M. vorgesehen. Wozu diese höhere Besteuerung, da man die Kleinbahnen staatlich subventionirt. Die Jagdscheine sollen 5 M. für den Staat und 3 M. oder mehr von Kreiswegen einbringen. Das hat zwei Seiten; es wird sich eine Vermehrung des Wildstandes zum Schaden der Landwirthschaft zeigen. (Widerspruch rechts.) Ja, die Bauern denken anders darüber als die Jäger. Und es wird sich eine Verminderung der Jagdpachtverträge bemerkbar machen. (Widerspruch rechts.) Es hat keinen Sinn, die Einnahmen aus den Jagdscheingebühren theils dem Staat, theils den Kreisen zuzuwenden. Man sollte diese Einnahmen beim Kreise belassen, namentlich nachdem die Einnahme aus der lex Suene verschwunden ist. Die Kreise sollen die Verpflegungstationen unterhalten; sie sollen vom Staate eine Beihilfe von 1 Million dazu erhalten. Warum entsteht man ihnen die Einnahme aus den Jagdscheinen? Dem Abg. Noelle kann ich mich vollständig anschließen. Die Kodifikation hätte ja schon früher stattfinden können, aber man hat sich gescheut, daß dabei neue Stempel eingeführt würden. Der Minister hat lange gezögert. Mag sein; aber nachdem er sich entschlossen, hat er fest zugegriffen. (Heiterkeit.) Der Finanzminister will nicht eigenständig sein, aber er will sich nicht auf allgemeine Nebewendungen einlassen. Die Redner aus dem Hause haben keine leeren Nebewendungen gebraucht, er hat vielmehr solche Nebewendungen gebraucht, nebenbei, als er von der großen Zahl neuer Mobilienverträge sprach. Heute hat der Finanzminister schon offener gesagt, daß mehrere Millionen Mehreinnahmen heranzukommen werden. Ich halte die Schätzung von 15-17 Millionen für nicht zu niedrig. Deshalb stimme ich Herrn Klasing durchaus zu: Man soll nicht ins Blaue hinein Steuern bewilligen. Wenn der Minister auf die Milderungen und Ermäßigungen hinweist, so wird der Finanzminister Berechnungen vorlegen müssen. Es ist merkwürdig, daß in dieser ganzen Vorlage keine andere Ziffer vorkommt, als daß die Rückzahlungen 1 1/2 Millionen Mark betragen werden. Mag man die Finanzlage beurtheilen, wie man will, die Stempelsteuer soll bleiben, dauernd, auch wenn die Finanzverhältnisse sich mit den

wirtschaftlichen Verhältnissen wieder geben. Wir können nachher  
ihnen Nachlaß mehr herbeiführen. Die Mehreinnahme der Ein-  
kommensteuer wurde auf 15 Mill. Mark geschätzt und dann waren  
es 40 Millionen. (Weiterkeit.) Damals war ein Ausgleich bei der  
weiteren Steuerreform noch möglich, hier ist das aber nicht der Fall.  
Die Absicht im Reichstage ermäßigen das Defizit für Preußen  
und dann liegt doch die Frage der Konversion vor, die wir doch  
in absehbarer Zeit vornehmen müssen, und da kommen größere  
Ersparnisse in Frage, als beim Stempelsteuer-Gesetz gemacht  
werden. Früher wurde es immer als das dringendste be-  
trachtet, den Immobilienstempel herabzusetzen. Seitdem man  
aber gemerkt hat, daß derselbe hauptsächlich von den  
Städten getragen wird, ist man etwas ruhiger ge-  
worden. Wenn die Städte auch wirklich zugreifen, so ist  
für diese der Immobilienstempel ebenso wichtig wie die Grund-  
und Gebäudesteuer. Der Finanzminister hat ja auch alles ge-  
than, daß die Kommunen noch dem Immobilienstempel greifen.  
Dagegen muß ich Widerspruch erheben, daß bei einem Besitz-  
wechsel immer eine Werthsteigerung eintritt. Der Besitzwechsel  
in den Städten ist notwendig, um das Bedürfnis an Wohnungen  
schnell zu befriedigen. Gegenwärtig werden von den Spekulantem  
mehr Verluste als Gewinne gemacht. Militärische Grund-  
stücke sind im Werthe von 8 Millionen in guter Stadt-  
gegend in Berlin vorhanden, aber die Spekulantem haben beim  
letzten Termin nur die Hälfte des veranschlagten Wertes geboten.  
Aber die Mehreinnahmen aus dem Konzeptionsstempel werden  
die Mindereinnahmen infolge der Minderhaltung decken. Soll  
in Bezug auf die Fideikomnisse alles beim alten bleiben? Soll  
der Minister oder der König den Stempel erlassen können?  
Die Miethsteuer, welche hier eingeführt werden soll, ist viel  
schlimmer als die abgegangene Berliner Miethsteuer. Die  
Chambregarnisten werden davon betroffen. Was werden da für  
Kontrollen notwendig werden? Ich schätze die Mehreinnahme  
für Berlin allein aus dieser Steuer auf 200 000 M. Was kann  
man alles machen, wenn man jemand zu schriftlichen Aufzeich-  
nungen zwingt? Das ist das Ei des Steuerkolombus auf die  
Spitze gestellt. Warum soll man nicht Tagesbücher einführen  
für alle möglichen Ausgaben, wie viel man im Staatspiel ver-  
loren hat u. s. w. Die Miethsteuer ist doch bloß eine notwendige  
Ausgabe, manche anderen Ausgaben sind aber nur Luxusaus-  
gaben. Der Versicherungstempel wird allein 2 Millionen Mark  
mehr einbringen, während er bis jetzt fast gar nichts eingebracht  
hat. Die Feuerversicherung der kleinen Leute ist besonders lästig  
für die Gesellschaften; umfomehr sollte man sich hüten, die Ver-  
sicherung zu erschweren. Eher sollte man die Nichtversichereten  
befeuern. Läßt sich eine Besteuerung der Lebensversicherungen  
vereinbaren mit richtigen sozialpolitischen Grundfäden? Bei der  
Einkommensteuer kann die Prämie bis 600 M. vom Einkommen  
abgezogen werden. Die Versorgung der Hinterbliebenen ist  
das allernothwendigste. Wenn ich die Wahl gehabt hätte zwischen  
der Invalidenversicherung und der Rentenversicherung, so hätte  
ich die letztere unbedingt vorgezogen. Den Gesellschaftsverträgen  
gegenüber ist der Finanzminister sehr wenig günstig gestimmt.  
Die Aktiengesellschaften u. s. w. sind schon doppelt be-  
steuert. Nachdem der Aktienstempel im Reiche verdoppelt  
ist, legt der Finanzminister noch 1/10 pCt. für Preußen vor.  
Das läßt sich moralisch vor dem Reichstage nicht rechtfertigen.  
Und kann man denn die Gesellschaften mit beschränkter Haftung  
ebenso wie die Aktiengesellschaften behandeln. Aktien sind leicht  
realisierbar, das trifft aber für die Gesellschaften mit beschränkter  
Haftung, deren Bedeutung das Publikum erst jetzt erkennt, nicht  
zu. Weil man diese Rechtsform noch nicht kannte, hat man  
früher Aktiengesellschaften gegründet. Man sollte diese Gesell-  
schaftsform begünstigen vor den Aktiengesellschaften, weil sie  
dem kleineren Kapital die Vortheile des größeren Kapitals  
zuzuwenden. Kapitalansammlungen finden dabei nicht statt, denn  
meist werden die Gesellschaften begründet, damit die Erben ge-  
meinsam den Betrieb des Vaters fortführen oder damit die  
Gläubiger den Betrieb eines Schuldners für sich übernehmen.  
Besonders aber würde sich die Gesellschaft mit beschränkter  
Haftung auch für die Landwirtschaft eignen, eine solche Gesell-  
schaft würde besser stehen als ein hochverschuldetes Gut, wo  
der Eigentümer mit seiner geringen Beteiligung das große  
Risiko der wechselnden Erträge zu tragen hat. Und wie oft  
tritt ein Wechsel der Theilnehmer an einer solchen Gesellschaft  
ein! Und welches ausgebreitete Revisionsrecht soll eingeführt  
werden. Im Reichstage hat man das Revisionsrecht abgelehnt,  
obgleich das Reich daran viel mehr interessiert wäre. Mit diesem  
Steuergesetz soll das Revisionsrecht eingeführt werden für  
Preußen. Das Eindringen in Privatverhältnisse wird durch  
dieses Gesetz gesteigert in einer Weise, die unerträglich ist. Es  
wird eine Deklarationspflicht eingeführt, die man bis heute nicht  
kannte.

Die Deklarationspflicht bei der Einkommen- und Vermögens-  
steuer erzeugt viel mehr Unmuth als man glaubt. Vielfach lassen  
sich die Leute lieber eine ungerechte Einkinkung gefallen, als  
daß sie ihre Verhältnisse offenlegen, sodas es fast zu einer Er-  
pressung wird. Wenn das noch erweitert wird, dann muß  
auch der regierungströmmste Bürger schließlich seine Ge-  
duld verlieren. Einer der besten Kenner der preussischen  
Steuerverhältnisse, Hofmann, hat schon am An-  
fange dieses Jahrhunderts gesagt: Stempel soll man nur  
legen auf Urkunden, die die Behörden selbst ausstellen, oder die sicher  
zu ihrer Kenntniss kommen. Das wird gar nicht beachtet bei den  
Kauf- und Pflanzungsverträgen und beim Stempel auf Schuld-  
verschreibungen und auf Lombardgeschäfte. Das ist die unrichtige  
Darstellung in diesem Gesetz, daß ein Ermäßigungsvorgeführt  
werden, die garnicht vorhanden sind. In Preußen steht der  
Lombardstempel auf dem Papier, er gelangt nicht zur Erhebung.  
So sehr die Mehrheit des Reichstages begierig war, die Stempel  
zu erhöhen, so ist sie doch vor diesem Lombardstempel zurück-  
geschreckt, und hier wird der Stempel in größerer Höhe vor-  
geschlagen. Der Landwirtschaftsminister will etwas thun für  
den Lombardkredit der Landwirtschaft, er will Sikoanlagen  
herstellen und hier sollen die Lombardgeschäfte befreit werden,  
dadurch wird hauptsächlich die Landwirtschaft getroffen,  
denn die Börse hat andere Kreditformen. Die bestimmten Gegenstände gehen aus der Fabrik in die Ab-  
nehmer, die anderen kommen in den Handel und da sollte man  
die vertretbaren Gegenstände steuerfrei lassen. Den Börse-  
handel hat man mit 1/10 pCt. belastet und nun trifft man  
alle die Waaren, bei denen kein Terminhandel vorkommt, mit  
einem höheren Steuersatz. Da hört doch jede Logik  
auf. Da muß ja die Börse darauf ausgehen, überall  
Terminpreise zu notiren, weil dadurch eine Steuer-  
erleichterung für die betreffenden Waaren herbeigeführt wird.  
Effektenverkäufe werden mit 1/10 pCt. besteuert, trotzdem sie viel-  
leicht in dauernden Besitz übergehen; Waaren aber, Petroleum,  
Kohlen, Eisen u. s. w. gehen durch mehrere Hände, ehe sie ver-  
braucht werden. Führt man einen Stempel auf die Urkunde  
ein, dann wird dadurch die Schriftlichkeit der Verträge  
beschränkt. Wie heimlich ist diese Vorlage vorbereitet. Man  
spricht immer von der Organisation der Berufsvertretungen;  
daß man irgend eine Korporation befragt, obgleich alle Erwerbs-  
kreise von diesem Gesetze betroffen werden? Und die Motive!  
So schwer ist noch niemals ein Gesetz zu lesen gewesen, wie  
dieses. Die schwierigsten Sachen sind ganz harmlos dargestellt.  
Die Begründung beschränkt sich meist auf Stichworte und  
darauf, daß in einem anderen Staate eine höhere  
Steuer vorhanden ist. Da können wir zu ganz herri-  
chen Stempelsteuern kommen, aber man fragt nicht  
nach den übrigen Steuerverhältnissen der betreffenden Staaten.  
Ich bedaure, daß die Vorlage so schnell zur Verathung gekommen  
ist. Sie verschwindet nun in der Kommission und dadurch wird  
die Beurtheilung ihrer wirtschaftlichen Wirkungen erschwert.  
Diese Vorlage ist viel wichtiger als der ganze Etat. Einiges  
Annehmbare steht in der Vorlage. Anderes ist aber un-  
annehmbar, wenn nicht eine Schädigung der wirtschaftlichen

Verhältnisse eintreten soll, die nicht im Verhältniß steht  
zu den fiskalischen Mehreinnahmen. (Zustimmung links.)  
Abg. v. Puffenberger (Chlau (L.)): Wozu hat Herr Richter  
eigentlich seine Rede gehalten, die wir in seiner Zeitung schon  
haben lesen können. (Zurück Richter's: Ich habe die Rede des  
Ministers auch schon vorher gelesen!) Herr Richter schweigte  
ja förmlich in der Ironie auf die Ordens- und Titel-  
verleihungen. Er hätte etwas vorsichtiger sein sollen,  
denn er kann ja schließlich selbst noch einmal in die Lage  
kommen, einen Titel zu erhalten. (Weiterkeit.) Es sind  
in diesem Gesetze zwei ganz verschiedene Materien vereinigt,  
die nur das gemeinsame haben, daß sie in der Form eines Stempels  
erhoben werden; es handelt sich zum theil um Verwaltungs-  
gebühren, die man mit Recht als Stempelsteuer bezeichnet. Die  
Gebühren sollen höchstens die Ausgaben des Staates decken; Ein-  
nahme-Neberträge sollen dabei nicht erzielt werden. Anders  
liegt die Sache aber mit den eigentlichen Verkehrssteuern.  
Namhafte Nationalökonomem wollen von solchen Verkehrssteuern  
gar nichts wissen, weil sie schädlich sind. Daraus hin wird die  
Vorlage besonders eingehend geprüft werden müssen und je mehr  
ich diese Prüfung angestellt habe, desto unsicherer wird das Ur-  
theil, denn es fehlt jede Schätzung der Mehreinnahmen. Unter  
10 Millionen Mehrertrag hat niemand herausgerechnet, man ist  
bis auf 24 Millionen gekommen. Solche Unsicherheit muß Be-  
denken und Bemannigung hervorrufen und es wird ja  
vielleicht der Entzückungsummel, den Herr Richter und seine  
Freunde so schön zu arrangiren wissen, auch noch kommen.  
Das gesetzliche Recht auf Minderhaltung von Stempeln wird im  
Publikum allgemeine Befriedigung erregen. Aber dieser Er-  
leichterung stehen Mehreinnahmen gegenüber. Das erscheint in  
seiner Weise bedenklich, sondern ist ein Vortheil der Vorlage.  
Wenn sie zehn Millionen Mark mehr ergibt, so kommen wir aus  
dem Defizit noch nicht heraus, wir müßten auf die Konversion  
zurückgreifen, die doch eine sehr bedenkliche Maßnahme ist,  
für die man den richtigen Zeitpunkt abwarten muß. Welche  
Wünsche nach Ausgabeverminderung sind auf allen Seiten laut  
geworden und werden bei der Eisenbahnvorlage noch laut  
werden. Man spricht immer auf der Linken von der Nicht-  
erfüllung der Kulturaufgaben, aber man will keine neuen Ein-  
nahmen bewilligen. Wir sind aber bereit die Konsequenzen auch  
nach dieser Richtung zu ziehen, ohne daß wir dabei blindlings  
der Vorlage folgen. Wir werden von Fall zu Fall die Steuer-  
sätze prüfen in ihrer Bedeutung zum Verkehr. Denn die Stempel-  
steuern sind nur eine Ersatzsteuer für staatliche Leistungen, die  
man bei den eigentlichen Steuern nicht berücksichtigen kann.  
Redner beantragt die Ueberweisung der Vorlage an eine Kom-  
mission von 21 Mitgliedern.  
Nach 4 Uhr wird die weitere Verathung bis Mittwoch  
11 Uhr verlag.

## Soziale Ueberlicht.

**Wohlfahrts-Einrichtungen für Arbeiter haben wir**  
schon mehrfach auf ihren wahren Werth hin geprüft und sie  
wurden meist sehr „leicht befunden“. Hier ein neuer Beweis,  
wie sehr dieselben geeignet sind, die Arbeiter in ihrer freien Be-  
wegung zu hindern. Vor der Strafkammer zu Dortmund stand  
der Genosse Schönwald. Er hatte die Broschüre: „Was  
rettet uns?“, dessen Abfassung ihm jüngst zwei Monate Ge-  
fängniß eingetragen hat, in den Häusern der Zechenkolonie  
„Court“ zum Verkauf angeboten. Das soll Hausfriedensbruch  
sein, weil die Kolonisten sich im Miethkontrakt verpflichten  
müssen, nur bei solchen Hausirern zu kaufen, die  
eine besondere Erlaubniß der Zeche haben.  
Diese hatte natürlich der Angeklagte nicht, und da die Zeche  
allen nicht von ihr konfessionirten Händlern das Betreten der  
Kolonie verboten hat, so verurtheilte das Schöffengericht zu  
Gamen Schönwald zu 5 M. Geldstrafe, wogegen Berufung ein-  
gelegt wurde. Schönwald machte vor der Strafkammer geltend,  
die Zeche habe nicht das Recht, die Häuser dem freien Verkehr  
zu entziehen. Das Gericht war jedoch anderer Ansicht, da die  
Miethier in diesem Punkte alle Rechte an die Zechen-  
verwaltung abgetreten haben. Die Berufung wurde ver-  
worfen.

**Ueber die Arbeiterentlassungen auf der Zeche „West-  
falia“** schreibt man der Rheinisch-westfälischen Arbeiter-  
Zeitung: Die genaue Zahl der am 15. d. M. gekündigten Ar-  
beiter beträgt 72. Zum größten Theil sind es Leute, die schon  
10, 15 und 20 Jahre auf der Zeche arbeiteten, einige sind sogar  
darunter, die schon 25 Jahre für die Aktionäre der Zeche sich  
gequält haben. Vielleicht ist die Zechenverwaltung der sehr rich-  
tigen Meinung, daß diese Arbeiter sich genug abgefunden  
haben, daß sie der Ruhe bedürfen. Die Zeche kann ja doch nicht  
mehr viel aus ihnen herauspressen, ihre Kräfte haben nach-  
gelassen, denn die Akkordarbeit läßt Raubbau an der Arbeits-  
kraft. Der alte Arbeiter kann gehen, jetzt zu einer Zeit, wo  
selbst der junge, kräftige Arbeiter nicht weiß, wo er Beschäfti-  
gung finden soll. Nach Ansicht der Zechenverwaltungen darf der  
junge Arbeiter nicht zu viel verdienen, denn er legt das Geld  
doch nur in Bier und Schnaps an. Wenn also der Arbeiter  
jung ist, dann darf er aus Gründen der Sittlichkeit nicht zu viel  
verdienen und wenn er alt ist, dann entläßt man ihn. Prakti-  
scher kann man's doch nicht einrichten. Und da sage einer,  
diese Welt sei nicht die beste — für die Aktionäre.

**Die das „dankbare Vaterland“** für die Hinterbliebenen  
seiner Helden sorgt, zeigt nachstehendes Inserat des „Vochumer  
Anzeigers“: „Bitte in Noth. Eine im 81. Lebensjahre stehende  
gebrechliche Wittwe, deren 2 Söhne den Strapazen von drei  
Kriegen erlegen, theils verschollen und deren letzter Sohn, der  
frühere Ernährer, seit zehn Jahren schwer leidend das Kranken-  
bett hütet, appellirt in ihrer Noth in Gemeinschaft mit ihrem  
Geistlichen an die Wohlthätigkeit edel denkender Menschen. Gaben  
nimmt entgegen und besördert die Exped. d. B.“ — Die todtten  
Helden feiert man mit Denkmal, Kranz und Paukenschlag, die  
Angehörigen aber können — betteln. In solcher Form quittiren  
Staat und herrschende Klasse über die zwiefältig ihnen gezollte  
Blutsteuer des Volkes.

**Bergarbeiter-Risiko.** Ein gräßliches Unglück ereignete  
sich auf der Zeche „Holland“ bei Wattencheid. Als der  
Schachtbauer Reubeling aus Hammie sich anschickte, bebüßs Aus-  
fahrt den Förderkorb zu besteigen, in welchem zwei seiner  
Kameraden bereits Platz genommen hatten, hob sich der Korb  
plötzlich und riß dem Unglücklichen den Kopf vom Rumpf.  
Ersterer ging mit dem Korbe nach oben, während letzterer unten  
im Schachte liegen blieb. — Auf dem Schachte „Kaiser-  
stuhl II“ (Dortmund) gerieth am Freitag ein Arbeiter in der  
Kohlenwäsche zwischen die Rammräder und wurde schrecklich  
verwundet. — Eine Grubenexplosion in der Zeche  
„Königin Luise“ bei Zabrze (Oberschlesien) wurde  
14 Bergleuten verhängnisvoll. Acht wurden schwer verletzt aus  
dem Schacht zu Tage gefördert. In der vorhergehenden Nacht  
sind in derselben Grube zwei Hauer durch einen zu Bruch ge-  
gangenen Pfeiler verschüttet, einer blieb sofort todt, der andere  
wurde schwer verletzt nach dem Lazareth geschafft. Vier andere  
Arbeiter wurden leicht verletzt.

**Vom Weberelend.** Wenn es sich um die Unterstüfung  
von darrenden Arbeitern handelt, kennt die Wohlthätigkeit unserer  
Bourgeoisie schier keine Grenzen. Bewilligt hat der Provinzial-  
Rathschuß zur Förderung der Erwerbsverhältnisse der Hand-  
werker im Regierungsbezirk Siegen u. s. w. die Jinsen eines Unter-  
stüfungsfonds in der Höhe von 375 M. — Die Noth der Weber  
wird nun wohl bald ein Ende haben!

Der Konsumverein in Basel hat zur Unterstüfung der  
Arbeitslosen 2000 Fr. aus seiner Kasse bewilligt.

Für die Frauenvorträge in Winterthur, deren 12 von  
dem Fräulein Dr. med. Sommer gehalten wurden, bewilligte die  
bürgerliche Regierung dem veranstaltenden Grüdlvereine einen  
Staatsbeitrag von 100 Fr.

Die Unentgeltlichkeit der Lehrmittel, Schreibmaterialien  
und Nähmaterialien (für die Arbeitsschulen) kosteten der Stadt-  
gemeinde Winterthur im Jahre 1894 7944 Fr. durchschnitt-  
lich pro Schüler Lehrmittel 3,36 (1893: 3,48, 1892: 3,70 Fr.),  
Schreibmaterialien 1,19 (1893: 1,26, 1892: 1,48 Fr.) und Nähma-  
terialien 2,10 Fr.

## Gerichts-Beitung.

### Gewerbegericht.

Der Maler R. machte vor der Kammer III gegen den Maler-  
meister Jüterbogel eine Lohnverforderung geltend, unter anderem  
verlangte er auch 11 angeblich geleistete Ueberstunden vergütet.  
Da der Beklagte bestritt, daß der Kläger die Ueberstunden „ge-  
macht“ habe, mußte hierüber Beweis erhoben werden. Der Kläger  
berief sich auf die in Frage kommenden Wochenzeitel. Jüterbogel  
konnte nicht in Abrede stellen, daß die vorgeblichen Ueberstunden  
vom Kläger auf den ihm, Jüterbogel, feinerzeit eingerichteten Wochen-  
zetteln notirt waren. Auch mußte er zugeben, an den betreffenden  
Lohnungstagen nicht gegen die klägerischen Aufstellungen einge-  
wendet, sondern diese erst später in Abwesenheit und ohne Wissen des  
Klägers förrigirt zu haben. Letzterer war inzwischen entlassen  
worden. An den fraglichen Lohnungstagen war es deshalb noch  
nicht zu Differenzen wegen der Ueberstunden gekommen, weil  
Beklagter seinen Leuten ihren Verdienst häufig ratenweise aus-  
zahlte. Die Lohnzeitel brachte der Beklagte nicht zur  
Stelle; er hatte sie vernichtet, nachdem er in seinen Geschäftsbüchern,  
die seiner Meinung nach richtigen Eintragungen gemacht hatte.  
J. wurde mit Rücksicht auf obige Feststellungen verurtheilt, auch  
die 11 Ueberstunden zu bezahlen. In der Begründung betonte  
der Vorsitzende besonders, die nachträglich und in Abwesenheit  
des Klägers vorgenommenen Veränderungen der Lohnzettelanlagen  
desselben befähigen irgend eine Verbindlichkeit für den Kläger  
nicht, gleich nach der Uebergabe der Wochen-  
zetteln Lohnzeitel hätten diese kontrollirt und  
etwaeige Einwände gemacht werden müssen.

Kammer VIII. Einen sonderbar begründeten  
Schadenersatzanspruch erhob die Firma Oswald Dieze  
(Schuderei) gegen den Eger Sch., wahrcheinlich um die Klust zwischen  
Kapital und Arbeit überbrücken zu helfen. 310 M. waren Sch.  
vom Lohn abgezogen worden, die er mit Hilfe des Gewerbe-  
gerichts zu erlangen suchte, weil er einen Grund zu dem Abzuge  
nicht gegeben zu haben glaubte. Vor der Kammer VIII suchte  
der Vertreter der beklagten Firma nun einen Gegenanspruch von  
7 M. folgendermaßen zu „begründen“: „Irgend ein Geheim-  
sekretär habe 24 Postkarten bestellt und auch erhalten, von denen  
drei zurückgekommen seien, weil sie falsch bedruckt waren.  
Um schleunigst Ungelegenheiten vorzubeugen, hätte die Firma die  
ganze Auflage noch einmal drucken lassen und dem Kunden über-  
mittelt, hätte man doch nicht wissen können, wieviel verkehrt ge-  
druckte Karten noch bei der ersten Auflage waren und welche  
Unannehmlichkeiten dem Herrn Sekretär daraus erwachsen  
konnten. Folglich müsse Sch., der die ersten Karten gedruckt, mit  
6 M. den Unkosten des Neudrucks, den Schaden büßen, den er  
der Beklagten zugefügt habe. Aber weiter: Außerdem sei Kläger  
noch für die Unbrauchbarkeit von 8 — acht — Briefbogen ver-  
antwortlich zu machen, deren Kopf schief oder sonst inkorrekt ge-  
druckt sei. Für die acht Bogen, die, wie festgestellt ward, die  
Manufaktur einer Auflage von 5000 — fünf-  
tausend — darstellen, wurde dem Kläger nur 1 —  
eine Mark in Anrechnung zu bringen versucht. Der Kläger be-  
hauptete in glaubwürdiger Weise, an den wenigen unbrauchbaren  
Postkarten hätten seiner Meinung nach Anverwandte des ehe-  
maligen Chefs die Schuld, die an den Karten nach der Be-  
druckung einer Seite herumhantirt und wahrcheinlich die ver-  
drückten falsch auf den vorherigen Platz zurückgelegt hätten. —  
Nachdem einer der sachverständigen Beisitzer seine Meinung ge-  
äußert, wurde die Beklagte mit ihrem völlig unmotivirten Gegen-  
anspruch zurückgewiesen und verurtheilt, dem Kläger  
310 M. zu zahlen. Ihrem Vertreter wurde der gute Rath mit  
auf den Weg gegeben, daß Einwände, wie die der Beklagten,  
doch besser unterblieben.

**Von der Behandlung unserer Brüder im Waffenrock.**  
Wiederholter Soldaten-Mißhandlungen war der  
Wachtmeister Nägele vom württembergischen Manenregiment  
Nr. 19 in Ulm in einem Artikel der „Ulmer Zeitung“ beschuldigt  
worden. Das Regiment stellte infolge dessen innerhalb seines  
Verbandes eine Untersuchung an, und als dieselbe kein Resultat  
ergab, verlagte der Kommandeur des Ulmer Bataillon. Am  
29. Januar wurde der Fall vor dem Ulmer Schöffengericht  
verhandelt. Aus der Verhandlung ist zu melden, daß außer  
einigen „Zivilisten“, die früher beim Regiment gedient hatten,  
etwa 30 Gefreite und Mannschaften des Manenregiments als  
Zeugen erschienen waren, darunter der Vize-Wachtmeister Nägele.  
Die Zivilisten machten übereinstimmend folgende Angaben:  
Eines Abends, ansangs Juli v. J., als das Regiment noch in  
Stuttgart garnisonirt war, sollte ein großer Theil der 2. Eskad-  
ron nacherezziren. Kurz vor der angeordneten Stunde befanden  
sich die Mannschaften auf ihren Zimmern beim Kaffeetrinken.  
Da kam Vize-Wachtmeister Nägele ins Zimmer gestürzt und for-  
derte die Soldaten auf, im Kasernenhofe anzutreten. Um diesem  
Befehl den gehörigen Nachdruck zu geben, warf Nägele einige  
der Kaffeetische gegen den Ofen, daß sie zerstückelt und jagte  
dann die Mannschaften mit dem gezogenen Säbel zur Thüre  
hinaus. Ein anderer Zeuge (Man) giebt an, von Nägele mit  
Peitsche und Säbel geschlagen worden zu sein. Weiter  
wurde mehrfach bezeugt, daß die Gefreiten die Mannschaften  
geschlagen haben. Diese Mißhandlungen scheinen so häufig  
vorgekommen zu sein, daß, wie mehrere Zeugen angaben, man sich  
gar nichts mehr daraus machte, wenn man selbst  
oder ein Kamerad geschlagen wurde. Wenn man gebiet hat,  
meinten die Leute mit überlegenem Lächeln, dann weiß man ja,  
wie's in der Kaserne zugeht. Einer der Mannen, welcher die  
Mißhandlungen bezugte, antwortete auf Anfrage des Vertheidi-  
gters, ob er denn nicht bei der Untersuchung durch das Regiment-  
kommando befragt worden sei: „Er habe, als er mit seinen  
Kameraden durch den Eskadronchef über den Artikel in der  
„Ulmer Zeitung“ verhört worden sei, sich nicht getraut, die Wahr-  
heit zu sagen, weil er gefürchtet, es werde ihm nach-  
getragene, wenn er gegen den Vize-Wachtmeister  
ausgesage.“ — Vize-Wachtmeister Nägele machte nach vor-  
gängiger Belehrung durch den Vorsitzenden über die  
Fragen, welche die von ihm verübten Handlungen be-  
trafen, keine Angabe. Der Vertreter der Staats-  
anwaltschaft konstairte hierauf, daß dem Angeklagten  
der Wahrheitsbeweis gelungen sei und daß eine formelle Be-  
leidigung in dem Artikel nicht zu erblicken sei. Der Vertheidiger,  
Rechtsanwalt Moos, plädirte auf Freisprechung, indem er u. a.  
darauf hinwies, daß es ein bedenkliches Zeichen sei, wenn durch  
die fortgesetzten Mißhandlungen das Ehrgefühl der Soldaten so  
abgestumpft werde, daß sie gar nicht Besonderen mehr dabei  
fänden, wenn sie selbst oder einer ihrer Kameraden geschlagen  
würden. Weiter sei sehr auffällig, daß die militärischen Zeugen,  
mit nur wenigen Ausnahmen, von den geschändeten Mißhänd-  
lern „nicht gesehen“ haben wollten, während doch nach den Angaben  
der Zivilzeugen all das sich ereignet habe, was in der „Ulmer  
Zeitung“ stand.

Es erfolgte die Freisprechung des angeklagten Redakteurs  
Engels.  
Prozeß Weitzel in Altona. Vor dem Schwurgericht  
in Altona begann am Montag der Prozeß gegen Weitzel wegen

Umordnung des Knaben Maczla in Lindenhof am 9. November. Der Andrang zum Zuhörerraum war sehr groß; 78 Zeugen sind zu vernehmen. Die Anklage-Acten lauten sehr belastend. Der Angeklagte erklärte fortwährend, er sei unschuldig. Am Montag wurden nur Entlastungszeugen vernommen; die Oeffentlichkeit ist nicht ausgeschlossen. Die Geschworenen begaben sich mit den Richtern an den Thortort. Die Verhandlungen werden voraussichtlich erst Mittwoch beendet.

Gegen fünf angebliche Anarchisten, frühere Mitglieder des in Hamburg aufgelösten Klubs „Liberte“, hat die Hamburger Staatsanwaltschaft Anklage wegen Geheimbündelerei erhoben.

Reichs-Versicherungsamt. Die Pflöchlichkeit der Gesundheitsschädigung ist nach der Praxis des Reichs-

Versicherungsamtes als wesentliches Merkmal eines Unfalls zu betrachten. Die Hesse-Massauische Berufsgenossenschaft hatte sich dies zu nütze gemacht und den Weißbinder Brächt mit einem Rentenanspruch abgewiesen, weil eine Fingerverletzung desselben infolge allmählichen Druckes bei der Arbeit entstanden war. Bei der Handhabung eines Werkzeuges hatte sich B. eine Blutblase zugezogen, die später in Eiterung überging und schließlich eine Verminderung seiner Erwerbsfähigkeit zur Folge hatte. Das Schiedsgericht erkannte wie die Berufsgenossenschaft, während das Reichs-Versicherungsamt nochmal darüber Beweis erhob, ob wirklich die Verletzung des Klägers eine allmähliche gewesen sei. Ein ärztliches Gutachten, das eingeholt wurde, sprach sich dahin aus, daß allerdings die Blutblase durch allmählichen Druck entstanden sei; mehr als wahrscheinlich sei jedoch,

daß bei der weiteren Ausübung seines Berufes dem B. giftige Stoffe und Schmutz in die Wunde gekommen seien und daß sie die eigentliche Entzündung des Fingers und in der Folge die Beschränkung seiner Erwerbsfähigkeit hervorgerufen hätten. Das Reichs-Versicherungsamt hob auf Grund dieses Gutachtens die Vorentscheidung auf und sprach dem Kläger 10 pSt. Rente zu. In der durch allmählichen Druck entstandenen Blase sah es nicht die Folge eines Betriebsunfalles, wohl aber in dem Zustand des Fingers des Klägers, der auch nach seiner Meinung höchst wahrscheinlich auf das Hineinkommen von Farbe, Schmutz u. dergleichen zurückzuführen ist. Natürlich war für die Entscheidung seine wesentliche Voraussetzung, daß die Arbeit B.'s im Betriebe seines Arbeitgebers die Infizierung des Fingers durch Schmutz u. dergleichen verursacht.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

**Theater.**  
Mittwoch, den 20. Februar.  
Opernhaus. Oberon.  
Schauspielhaus. Zum wohlthätigen Zweck. — Die Diensthöfen.  
Deutsches Theater. Die Weber.  
Berliner Theater. Die Kinder der Erzellen.  
Festung-Theater. Aus Berlin W.  
Kunus Theater. Der selige Loupinal.  
Vorher: Unsere Nachfische.  
Friedrich-Theater. Fernand's Theater.  
Theater Unter den Linden. Der Prodelsh.  
Schiller-Theater. Der Schwabenreich.  
Bellevue-Theater. Verliebte Mädchen.  
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater. Der Obersteiger.  
Adolph Ernst-Theater. Ein fideles Corps. Gesindeball.  
Central-Theater. Unsere Rentiers.  
National-Theater. Die lebende Brücke.  
Alexandersplatz-Theater. Die Braut von Messina.  
Reichshallen-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.  
American-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.  
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.  
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

**Schiller-Theater.**  
(Wallner-Theater.)  
Wallner-Theaterstrasse.  
Mittwoch, den 20. Februar, abends 8 Uhr: Der Schwabenreich.  
Donnerstag, den 21. Februar, abends 8 Uhr: Rabale und Liebe.  
Freitag, den 22. Februar, abends 8 Uhr: Der Schwabenreich.  
Abonnementhefte werden täglich von 11-1 und 6-8 Uhr ausgegeben.

**National-Theater.**  
Große Frankfurterstrasse 182.  
Sensationelle Novität!  
Gastspiel der amerikanischen Gesellschaft William Calder  
(Direktion H. Bertrande u. W. Polini).  
Die lebende Brücke.  
(The span of Life.)  
Großes Sensationschauspiel mit Musik in 4 Akten (11 Bildern), neuen Dekorationen und Kostümen, nach dem Englischen von Sutton Vane, übersetzt von H. Schwab. Dirigent: Adolph Wiedemann. Elektr. Beleuchtungseffekte v. Salsowsky. Regie: Max Samst.  
Raffensöffnung 6 1/2 Uhr. Anf. 7 1/2 Uhr.  
Morgen: Diefelbe Vorstellung.

**Adolph Ernst-Theater**  
Auftreten der ersten Pirouette- u. Courbette-Tänzerin Englands vom Prince of Wales-Theater in London.  
**Ein fideles Corps.**  
Große Gesangsposse mit Tanz.  
Nach dem englischen Original „A Gaiety Girl“ von Jones Sidney, frei bearbeitet von Eduard Jacobson und Jean Kren.  
Vorher:  
**Gefindeball.**  
Schwank in 1 Akt von Ed. Jacobson und Jean Kren.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Morgen: Diefelbe Vorstellung.

**Urania**  
Anstalt für volksthümliche Naturkunde.  
Am Landes-Ausstellungspark (Lehrer Bahnhof).  
Geöffnet von 5-10 Uhr.  
Täglich Vorstellung im wissenschaftlichen Theater.  
Näheres die Anschlagzettel.

**Central-Theater**  
Alte Jakobstrasse Nr. 30.  
Emil Thomae a. G.  
Novität! Zum 2. Male: Novität!  
**Unsere Rentiers.**  
Große Posse mit Gesang und Tanz in 4 Akten von Wilhelm Mannstädt und Julius Freund.  
Musik von Julius Einödhofer.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Montag: Unsere Rentiers.  
Die für heute Sonntag, den 17. d. M. angekündigte Nachmittags-Vorstellung von O. diese Berliner! findet nächsten Sonntag, den 24. d. M. statt und werden bereits gelöste Billets an der Verkaufsstelle umgetauscht.

**Kaufmann's Variété.**  
Beispielloser Erfolg!  
Es braucht kein **Black-Patti** zu sein.  
**Naucke** als **White-Patti** ist auch nicht schlecht.  
Und noch **16 Glanznummern!**  
In Vorbereitung:  
**Kneip-Genies** von **Emil Naucke** und **Arthur Fränkel.**

**Castan's Panoptikum.**  
Noch nie dagewesen!  
Die Kiesen des dunkeln Erdtheils:  
**Die Dinka,**  
40 Männer, Frauen u. Kinder.  
Das schockige Mädchen Mariotta.  
**Weihnachts-Ausstellung**

Nur noch kurze Zeit.  
**Circus Renz**  
Carlstrasse.  
Mittwoch, 20. Februar, abds. 7 1/2 Uhr:  
Wiederholung des Programms der Benefiz-Vorstellung von dem beliebten Clown und August Mr. Lavater Lee. Gr. Amateur-Springen zwischen Mr. Lavater Lee und einer Anzahl Bilettanten. Mr. Lavater Lee als Miss Florida zu Pferde. Mr. Lavater Lee in seinen neuen komischen Entrees. — Außerdem Auftreten der hervorragenden Künstler-Spezialitäten, Vorführer und Reiter bestdressirter Freizeits-, Spring- und Schulpferde. — Zum Schluss der Vorstellung:  
**Tjo Ni En.**  
(Beim Jahreswechsel in Peking.)  
Neue Musik-Einlagen.  
Ausstellung einer Flasche mit Geld im Boden des Herrn Louis Kraft, Friedrichstraße 116.  
Morgen Donnerstag: Extra-Vorstellung. Auf auf zur fröhlichen Jagd. Sonntag: Zwei Vorstellungen. Nachm. 4 Uhr: Die lustigen Heidelberger. — Abends 7 1/2 Uhr: Tjo Ni En.  
Fr. Renz, Kommissionsratb.

**Passage-Panopticum.**  
Das **Riesen-Kind** mit den **24 Fingern.**

**Parodie-Theater**  
Oranien-Strasse 52 (am Morichpl.).  
**Madame Sans-Gêne.**  
Vorher:  
**Grand Café Unfallverhütung.**  
Zum Schluss:  
**Freimath.**

**Louis Keller's Festsäle**  
29, Koppenstrasse 29.  
Größtes Rosenotablisement d. Residenz.  
Mittwoch, 20. Februar 1898:  
**Grosse Soiree der Leipziger Sänger.**  
Anfang 8 Uhr. Bond giltig.  
Nachdem: **Grosser Ball.**  
Louis Keller.  
NB. Sonntag, den 24. Februar: Kein Konzert.

Unter den Linden 21.  
**Ben-** Jeden Sonntag **Nachmittag**  
Orientalische **Ali-** Familienvorsllg. zu halb. Preisen.  
**Zauber und Bey's** Wunder.  
Täglich Anfang 1/8 Uhr.

**Feen-Palast**  
Gurgstr. 22, neben der Gärse.  
**Riesen-Februar-Programm.**  
Ein Liebes-Drama, oder:  
Der Braud auf der Taubenburg.  
Das unruhige Haus um Mitternacht.  
**Max und Moritz** Sündenfreude.  
Die **Wunder-Elefanten.**  
James Capelli.  
Miss Tanisan.  
Wilhelm Fröbel.  
Mary Myra Maa.  
Anita & Jul. Schaffeur.  
Truppe Largards etc.  
Anfang: Wochentags 7 1/2 Uhr.  
Sonntag: Konzert 6 Uhr, Vorstellung 7 Uhr.

**Masken** verleiht bill. Ferd. Henke, Dennewigstr. 1. 2402b  
Unbemitt. erth. Musikant. „M“ Postamt 79  
Destillation Geg. Jakobstr. 107, für ca. 1650 M. zu verk. Näh. Annenstraße 34 bei Urban. 1746b

**Sozialdemokratischer Wahlverein für den 1. Berl. Reichstags-Wahlkreis.**  
Donnerstag, den 21. Februar, abends 8 1/2 Uhr:  
**Große öffentliche Versammlung**  
in Cohn's Festsäle, Reuthstrasse 22, 1 Er.  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag. Referent: Reichstags-Abgeordneter F. W. Metzger. 276/24  
2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
Um zahlreiches Erscheinen ersucht **Der Vorstand.**

**Verband aller in der Metall-Industrie beschäftigten Arbeiter Berlins und Umgegend.**  
Donnerstag, den 21. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn **Deigmüller, Alte Jakobstraße 48a:**  
**Branchen-Versammlung der Metalldrücker.**  
Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen A. Hoffmann über: Das moderne Handarbeiterthum. 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.  
Die in der Lampenbranche beschäftigten Kollegen laden wir hierdurch ganz besonders ein. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht **Der Vorstand.** 298/11

**Große öffentliche Versammlung**  
zu gunsten des Vereins für die Reform der Schule und Erziehung  
am **Mittwoch, den 20. Februar, abends 8 1/2 Uhr,**  
im großen Saale des **Schmiedischen Brauhaus, Landsberger Allee 12/13.**  
Vortrag von **Johannes Gutzzeit:** 1741b  
„Berufsbildung des Menschen von klein auf.“  
Nach dem Vortrag Diskussion. — Zahlreicher Besuch sehr erwünscht.

**Achtung! Wander-Versammlung Achtung!**  
**des Frauen- u. Mädchen-Bildungsvereins**  
Berlins und Umgegend  
am **Mittwoch, 20. Februar, abds. 8 Uhr,** bei **Zuhell, Lindenstr. 106.**  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Genossen **Auer.** 2. Diskussion. 117/3  
3. Verschiedenes. 4. Aufnahme neuer Mitglieder.  
Um recht zahlreichen Besuch bittet **Der Vorstand.**

**Achtung, Tapezirer!**  
Mittwoch, den 20. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in den „Arminhallen“,  
Kommandantenstr. 20:  
**Grosse öffentliche Versammlung**  
aller im Tapezirer-Gewerbe beschäftigten Personen.  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Regierungsbauamteisters a. D. **G. Kessler** über: Die Gewerkschaftsorganisation seit Aufhebung des Sozialistengesetzes. 2. Diskussion. 3. Antrag Feder. 4. Verschiedenes. 238/7  
**Die Agitationskommission.**

**Allgem. Verein d. Töpfer u. Berufsg. Deutschlands**  
(Filiale Berlin).  
Donnerstag, den 21. Februar, abends 6 Uhr, im Lokal **Wernau,**  
Reuthalerstraße Nr. 57:  
**Mitglieder-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Die Ursachen der Arbeitslosigkeit. 2. Der Vertrieb unseres Organ. 246/14  
3. Vereinsangelegenheiten. **Der Vorstand.**

**Deutscher Holzarbeiterverband.**  
Freitag, 22. Febr., abds. 8 1/2 Uhr,  
bei **Cohn, Reuthstr. 20/22 (Ging. 20)**  
**Sitzung**  
der Ortsverwaltung und der **Berstatt-Kontroll-Kommission** mit Hinzuziehung der **Beitragsammler.**  
Pünktliches Erscheinen aller erwartet  
202/13 **Die Ortsverwaltung.**

**Außbaummöbel.**  
Verkaufe sofort meine vollständige Wohnzimm. u. Schlafzimm.-Einricht. auch einzeln, spottbillig. (Brautleuten empfehlenswerth.) Landwehrstr. 5/6, I.

**Stempel- u. Abzügen-Sabrit.**  
beschaftigt Sabrit-angestellter  
Privatleuten zu Großpreisen. Näheres **Linienstraße 10, 1 Tr.**

**Aug. Krause** 80. Wienerstr. 13.  
Blumen-Geschäft  
u. Kranzbinderel. Veroinskränze mit  
Bibmung in bester Ausführung zu  
billigsten Preisen.

**14 Resterhandlung 14**  
für Herren- u. Damenstoffe, Reste  
für Kinderanzüge u. 1 M. an **C. Joch,**  
Pallasenstr. 14 part. 16902\*

**Georg Wagner**  
Uhrmacher,  
**Oranienstr. 65, 1 Tr.**  
Bitte auf die Hausnummer  
zu achten.

**Reparaturen**  
an Uhren u. Goldwaaren solid u. billig

**O Aegir, Herr der Fluthen!** **Zeit-Kouplet** von B. Strzelewicz. **Pr. 60 Pf.**  
(Mit Klavierbegleitung.) Soeben erschienen in **A. Hoffmann's Verlag, Berlin O. 27,**  
Krautstr. 38 a. (Porto 3 Pf.)

**Waaren-Haus M. Löwinsohn, Inh. N. L. Jacob, Grüner Weg 32, Ecke Andreasplatz.** 1534L\*  
**Kleiderstoffe, Leinen-Waaren, fertige Wäsche zu billigsten Fabrikpreisen.**

# Wehe dem, der lügt!

Dr. Max K. h. n., noch Rechtsanwalt beim Landgericht 1 Berlin, hat in meiner Abwesenheit folgende wissenschaftliche Unwahrheiten durch die Zeitungen verbreiten lassen:

1. Er habe nie den Einwand der Differenz im Prozesse mit mir erhoben.
  2. Er schulde mir nichts, sondern er habe eine rechtskräftige Forderung an mich.
  3. Ich habe über seine Hypotheken widerrechtlich verfügt und ihn zur Anerkennung von Börsendifferenzen eines geisteskranken Börsenvertreters veranlaßt.
- Jedem ich diese Unwahrheiten hiermit nach Gebühr kennzeichne und niedriger hänge, bemerke ich in tatsächlicher Hinsicht folgendes:  
Der Dr. Max K. h. n. hat den Einwand der Differenz in drei Prozessen, zuerst in einem am 11. Januar d. J. vor dem 11. Zivilsenat des Kammergerichts verhandelten Rechtsstreite um Kompensation von Kosten erhoben.  
Seit dem Jahre 1892 figurirt der Dr. Max K. h. n. in der schwarzen Liste der Schuhvereinigungen der Banquiers.  
Dr. Max K. h. n., noch Rechtsanwalt, schuldet mir laut Vergleichsurkunde vom 6. September 1889 an diesem Tage in alter Rechnung M. 45 841,35.  
Aus der damals angelegten neuen Rechnung schuldet mir Dr. Max K. h. n., noch Rechtsanwalt, M. 63 729,85 per 1. Februar d. J. Ich schulde dem Dr. K. h. n. überhaupt nichts.  
Mit dem gedachten Börsenvertreter hat Dr. K. h. n. laut eidlicher Zeugnisaussage Meta-Geschäfte gemacht.  
Was sagt der Ehrenrath der Berliner Anwaltschaft zu dem handesgemäßen amtlichen und außeramtlichen Verhalten des Dr. Max K. h. n., noch Rechtsanwalt in Berlin?

L.,  
Inexigibler Banquier und Börslaner.

**Wegen Abriss des alten Eckhauses**  
verlege mein seit 18 Jahren von mir betriebenes  
**Gold-, Silber- u. Alfenidewaren-Geschäft**  
nebst Trauring-Fabrik u. Reparaturwerkstatt zum 1. April 1895 nach Rosenthalerstr. 20/21 nahe der Gipsstr.  
Bis dahin großer Ausverkauf im alten Eckhause bedeutend unter dem Auszeichnungspreis!!  
Scheidung, wie seit 18 Jahren, streng reell.  
**Carl Lützow, Juwelier und Goldschmiedemstr.**  
Brunnenstrasse 198 am Rosenthaler-Thor.

# Vorwärts

Beliebter Berliner Kümmel  
A. Giller, Berlin, W.  
überall zu haben! Besatzliche geschützt!

**Vorwärts** ist das Beste für den Magen.

**Vorwärts** kostet nur 1/2 Liter-Glasche Mk. 1,25

**Vorwärts** wird in allen Destillationen und Restaurationen glasweise ausgeschänkt. 16859

**Vorwärts** ergiebt bei 1/3 Vorwärts und 2/3 Wasser und etwas Zucker einen ausgezeichneten Punsch.

**Fortuna-Säle, Straußbergerstr. 3.**

Inhaber: H. Birk.  
Jeden Sonntag: Grosser Ball. Donnerstags: Damen-Kränzchen. Täglich: Spezialitäten-Vorstellung.  
Außerdem empfehle meine Säle zu Versammlungen und Vergnügungen.

## Brauerei Müggelschlößchen

### Friedrichshagen

empfehl **Helles Versandbier,**  
**Friedrichsbräu** (nach Münchener Art gebraut).

Specialität: **Bock Ale.**  
Fernsprecher: Amt Friedrichshagen 4. Comtoir in Berlin O., Frankfurter Allee 62.  
**Kein Flaschenbier - Geschäft.**

**Masken** verleiht bill. Ferd. Henke, Dönnelwischstr. 1. 24926

In **Roh-Tabaken** und **Utensilien** für Cigarren-Fabrikanten

**!! billigster Einkauf!!**  
**W. Hermann Müller**  
Berlin  
Alexanderstr. 22.  
Streng reelle Bedienung.  
**Creditgewährung nach Uebereinkunft!!**  
Ein Jeder mache den Versuch.

**Im Circus.**



**Halb und Halb**  
Mampe mit Pomeranzen.

**Gardinen-Reste**

zu 1-4 Fenstern passend, spottbillig in der Fabrik Grüner Weg 80, part. Eingang vom Flur.

**Geschäfts-Verlegung.**  
Am 15. Februar ex. verlege ich mein **Möbel-Geschäft** von Köpenickerstr. 25 nach **SW. Blücher-Strasse 14.**  
**Franz Tutzauer.**  
1396L

**Teilzahlung.** Monatl. v. 10 M. an liefert elegante Anzüge nach Maass  
**Comporowski, Schneidermeister,** Berlin C, Fädenstr. 37 I.

**Unfallfaden,** Klagen, Eingaben, Patagon, Steglitzerstr. 65

**Künstl. Zähne** schmerzlos eingeseht, feststehend. Reparaturen sofort. Weniger Bemittelte Ermäßigung. **Kreslawski, Spittelmarkt 13.**



**Arbeiter Berlins!**  
Die Fabrikate der ausgesperrten Schuhmacher in Erfurt werden jetzt, außer in den bekannten Verkaufsstellen, in den eigenen Niederlagen **Bellealliancestr. 98/99** und **Rosenthalerstr. 63/64** in vorzüglichster Beschaffenheit zu den billigsten Preisen verkauft. Wir bitten uns durch reichliche Einkäufe zu unterstützen.  
1337L  
**Deutsche Schuhfabrik G. Markus & Co.**

**Bürgerliches Branhaus**  
**Luckenwalde**

empfehl den geehrten Herren Wirthen:  
**hochfeines Bockbier,**  
feinstes Lager- und Versandbier.  
Niederlage: **G. Spieckermann, Kraut-Strasse 48.**  
Fernsprecher: Amt VII No. 1487. 1640L

**Brenn- und Politur-Spiritus, Prima Spirit** liefern Wieder- treibenden zu sehr billigen Preisen **Hermann Meyer & Co., Berlin, Brunnenstr. 37.**

**Damenschneiderei u. Schnittmusterzeichnen**  
(10 M.) lehrt Frau E. Hoffmann, Currystr. 48. Auch Abend- u. Sonntagskurse.

**Festäle im Industrie-Gebäude**  
Benthstraße Nr. 20-21  
16058  
Empfehle meine eleganten Festäle, bis 300 Personen fassend, zu Versammlungen und Vergnügungen. Vereinszimmer für 20 bis 100 Personen.  
**Moritz Cohn, „Zur neuen Post“.**

Feinster **Tafel-Liqueur**  
Grosse Originalflasche Mk. 1,25  
kleine - 0,80  
Bei grösserer Abnahme in Liter billiger.  
**Verdauungsbefördernd**  
**Spree-Perle**  
**Nerven-anregend**  
**Wolf & Zachen**  
BERLIN S.O.  
Reichenberger-Strasse 14/16

**Herren-Hüte 1,25**  
**Konfirmanten-Hüte 1,25**  
neueste Façons verkauft das Fabrik-Comptoir, Georgenkirchstr. 5 II.

**Möbel-Gelegenheitskauf**  
für Brautleute. In der Möbelfabrik Schützenstraße 2 sollen gebogene, kurze Zeit verliehen gewesene Wohnungs-Einrichtungen zu 100, 200, 300 bis 1000 M. verkauft werden. Teilzahlung gestattet. Waschtisoleiten, Küchenspinden, Kommoden 12, Kleiderspinden 15, Sophas 18, Bettstellen, Sprungfeder-Matratzen 20, Nähmaschinen, elegante Ruhsbaum-Kleiderspinden, Wäschespinden 30, Plüschgarnituren 60, Buffets, Paneelesophas 80, Ruhsbaum-Säulen-Trumeaus 65, Zylinder-Bureau, Schreibsekretär 20, Diplomat-Schreibtisch, Kouliffentisch, Stühle staunend billig und sollte es Niemand versäumen, wer gut und reell kaufen will, mein sehr großes Lager zu besichtigen. Gelaufte Möbel können auf meinem Lager speicher bis April kostenfrei lagern und werden durch eigene Gespanne transportirt und aufgestellt.

reine Gänsefedern 4 Pfd. **Bettfedern**, v. 50 Pfd. an, **Grüner Weg 41, 1 Tr. Frau Glaser.**

Ein anständig möbl. Zimmer, freundl. gelegen, Nähe tgl. Universität (Aussicht Kastanienwäldchen), ist per sofort oder 1. März ex. für 25 M. zu vermieten. Gefinnungsgenosse erwünscht. Sub **B. 10 Expedition des „Vorwärts“.**

Fäßliestr. 13 bill. Wohnungen 1 und 3 Tr. 2646b

**Trinkt Volls-Kraft-Kaffee**  
einziges Vollsgetränk.  
Kaffee ca. 200 Gramm 10 Pf.  
Probieren auf Wunsch von der Haupt-Niederlage Fetscherstr. 8, 1 Tr. Telefon Amt Probit 1147.

**Arbeitsmarkt.**

**Mamsells** 1745b  
auf bessere Capes. Auch zum Bernen verl. **Gurth, Georgenkirchstr. 65, 4 Tr. I.**

Kartonarbeiterinnen, geübte, verlangt **J. Schwandt, Neue Jakobstr. 6.**

Farbigenmacher u. Vergolderinnen verl. **Barnimstr. 2. 1743b**

Zur Leitung einer Arbeitsstube auf seine, herrenmäßig abgearbeitete Damen-Jackets wird ein intelligenter und energischer

**Meister**  
bei hohem Salair gesucht.  
Offerten unter **C. D.** an die Exped. dieser Zeitung. 1740b

**Gelegenheitskauf**

für Brautleute: Im Möbelspeicher Neue Königstr. 59, vorn I., sollen über 100 Wirtschaftseinrichtungen, kurze Zeit verliehen gewesene u. neue Möbel spottbillig verkauft werden. Ganze Einrichtungen 100, 150, 200-1000 M. Teilzahlung gestattet. Beamten ohne Anzahlung. Kleiderspinden 15, Küchenspinden, Kommoden 12, Sophas 15 M., Bettstellen mit Sprungfeder-Matratzen 18, Ruhsbaum-Kleiderspinden 30, Stühle 3 Mark, hochseine Ruschleiderspinden 40, Plüschgarnituren 60 Mark, Herrenschreibtische, Damenschreibtische 30, Zylinderbureau, Schreibsekretäre 15 Mark, Garderobenspinden, Paneelesophas 75, Buffets, Trumeaus 65 M., Betten, Kouliffentische, alles spottbillig. Auch einzelne Gegenstände werden zu Engrospreisen verkauft. Empfehle allen Herrschaften, mein größtes Möbellager Berlins zu besichtigen u. sich vor den staunend billigen Preisen zu überzeugen. Gelaufte Möbel können bis April kostenfrei stehen bleiben und werden durch eigene Gespanne transportirt und aufgestellt.

**Wildgeschäfts- Utensilien** und **Molkereigeräthe,** **Jordan, Kleine Markstr. 28.**

**Armin-Hallen**

Kommandantenstraße Nr. 20  
**Säle und Vereinszimmer**  
von 20-600 Personen.

**Herm. Ramlow's**  
**Weiss- u. Bairisch-Bierlokal.**  
Zimmer (90-80 Person.) für Vereine u. Festlichkeiten. **135 Schönhauser Allee 135.**

**Nieff's Festsäle,**  
17 Weber-Strasse Nr. 17.  
Ein Sonnabend im März ist frei geworden.

Bier: **Brauerei Hohen-Schönhausen.**